Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (12.12.2007)

Sand im Getriebe 63

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at,** mail an die Redaktion**: sig@attac.de**



Auf der Graphik repräsentieren die Flächen der Länder die Anteile der Fluggäste an der Gesamtzahl der Fluggäste im Jahre 2002
(http://www.worldmapper.org/display.php?selected=29)

Das Klima ist in aller Munde. In Bali tagt die Kioto-Nachfolge-Konferenz, die Dinge kommen in Bewegung. Immerhin wird endlich anerkannt, dass auch beim CO2-Ausstoß sich niemand Privilegien herausnehmen darf, wie das gegenwärtig noch der Fall ist: 20 Tonnen in den USA pro Jahr pro Kopf, 12 in Deutschland, 1 in Afrika. Klimaverträglich wären höchstens 2 Tonnen pro Mensch. Es gibt einen Durchbruch, was das Wissen um Ursachen und Folgen der Klimaerwärmung betrifft, und mit dem CO2-Thema können Wahlen gewonnen werden (Australien). Die Bevölkerung ist informiert und beunruhigt wie nie zuvor. Aber: es hat keine Folgen, es geschieht fast nichts. Frau Merkel gibt den Umweltengel. Gleichzeitig werden neue Kohlekraftwerke gebaut, die Autolobby wird unterstützt, Flugplätze und Flugbenzin werden subventioniert. Der Lebensstil wird nicht infrage gestellt. Der Umbau der Industriesystems hat noch nicht mal ernsthaft begonnen. Stattdessen sollen die Länder des globalen Südens es richten, die mühselig versuchen, die Armut zu überwinden.

Bereits 1992 hat dazu der früheren malaysischen Premierministers Mohamad Mahathir angemerkt:
„Als die Reichen ihre eigenen Wälder abholzten, ihre Gift speienden Fabriken bauten und die Welt nach billigen Rohstoffen durchkämmten, sagten die Armen nichts. Tatsächlich zahlten sie für die Entwicklung der Reichen. Jetzt fordern die Reichen das Recht, die Entwicklung der armen Länder zu regulieren… Zuerst wurden wir als Kolonien ausgebeutet. Jetzt, als unabhängige Nationen, sollen wir ebenso ausgebeutet werden."

Walden Bello beobachtet allerdings, dass das **Umweltthema auch im globalen Süden** überaus ernst genommen wird. Er weist in einer umfangreichen Untersuchung nach, dass es in fast allen Ländern des Südens eine sehr aktive **Umweltbewegung** von unten gibt, die sich längst nicht mehr nur auf Umweltfragen beschränkt, sondern die gesamte politische Landschaft in diesen Ländern verändert hat. Dennoch: *„Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Last der Anpassung an die Erderwärmung zum größten Teil auf den Norden fallen wird und dass diese Anpassung innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre zu erfolgen hat. Die Anpassung im Süden wird nicht stattfinden ohne die Führerschaft des Nordens. Aber sie wird auch nicht stattfinden, wenn die Verantwortlichen im Süden ihre exportorientierten Vorgaben für ein Turbo-Wachstum nicht auf den Müll werfen. Es ist nötig, dass die Eliten und die Mittelklasse ihre Faszination für jene Modelle überwinden, wie sie von der Weltbank und den meisten Ökonomen entwickelt wurden. (…)
Der Kampf gegen die Erderwärmung muss notwendigerweise hauptsächlich von einer Allianz aus der fortschrittlichen Zivilgesellschaft im Norden und den Massenbewegungen der Bürger des Südens vorangetrieben werden."*

Winfried Wolf betont in seinen Thesen zu **„Globalisierung und Tempowahn"**, dass unsere Globalisierungskritik nicht bei der Kritik der Finanzmärkte stehen bleiben sollte und zur Kritik der stofflichen Seite der Weltwirtschaft voranzuschreiten hat. Denn die Globalisierung bedingt eine immer absurdere internationale Arbeitsteilung, verbunden mit einer grotesken Übermotorisierung, die nicht nur aufgrund der sozialen und politischen Verwerfungen inakzeptabel ist, sondern auch im wahrsten Sinne des Wortes „untragbar" ist für Umwelt, Natur, Klima und für die kommenden Generationen. *„China und Indien als Länder hinzustellen, die das Weltklima bedrohen, ist allerdings grotesk angesichts der Tatsachen, dass die Automotorisierung in dieser Region dem westlichen Modell folgt und dass diese vor allem von den Autokonzernen der USA, Japans und Westeuropas vorangetrieben wird. Die gegenwärtige Struktur der weltweiten Automotorisierung hat weiterhin neokolonialen Charakter: Von den im Jahr 2005 weltweit registrierten 640 Millionen Pkw konzentrieren sich 452 Millionen oder gut 70 Prozent auf die Regionen Nordamerika, Europa, Japan, Australien und Neuseeland, in denen nur 17 Prozent der Menschheit leben. …Hinsichtlich des besonders klimaschädlichen Flugverkehrs gilt: Die Hälfte der gesamten weltweiten Verkehrsleistung im Flugverkehr entfällt allein auf den Binnenflugverkehr innerhalb der USA."*

Klimagerechtigkeit kann unter diesen Bedingungen nur heißen, diesen neokolonialen Lebensstil und die ihn fördernden Strukturen der Weltwirtschaft zu überwinden. Oder – wie Achim Brunnengräber es formulierte:
„*Wer von Klimagerechtigkeit redet, kann zum Kapitalismus nicht schweigen*".

Wolfgang Pomrehn knüpft an das Motto des letzten Ratschlags von ATTAC-D an: „Die Eigentumsfrage neu stellen". Neu heißt sicherlich, dass die Lösung der Eigentumsfrage eine notwendige, aber keineswegs hinreichende Bedingung für die Lösung der dringenden Fragen der Gesellschaft ist. Es ist bitter nötig, die Stromoligopolisten in gemeinschaftliches Eigentum zu überführen, um der Gesellschaft überhaupt die Gestaltungs**macht** zurückzugeben, die durch den Neoliberalismus geraubt wurde. Aber dann beginnt ja erst die Umgestaltung mit dem Ziel dezentraler, demokratisch kontrollierter Strukturen. Wir sollten uns "*nicht damit begnügen, die Eigentumsfrage zu stellen, wenn wir über die Gesellschaft von morgen nachdenken. Die Industrie ist im Kapitalismus nicht allein in den falschen Händen, sie ist auch oft von zweifelhaftem Nutzen…. **Die Organisation der kapitalistischen Ökonomie** führt dazu, dass die zum Teil enormen externen Kosten der Produktion in den ökonomischen Überlegungen unberücksichtigt bleiben, da sie der Gesellschaft aufgehalst werden können. Eine kommunistische Ökonomie kann daher keine Kopie der kapitalistischen mit anderen Besitzverhältnissen sein, sondern muss auch die stofflichen Bedingungen der Produktion neu formulieren…"*

Inzwischen beeilen sich die Herrschenden der EU, die in Frankreich und den Niederlanden abgelehnte **EU-Verfassung** nach einigen kosmetischen Änderungen erneut zu verabschieden. Sie begrüßten zwar das Ergebnis des Verfassungsreferendums in Venezuela, aber hier in Europa meiden sie eine Volksabstimmung wie der Teufel das Weihwasser.
In Österreich wie in Frankreich rufen daher breite Bewegungen zu einer **Kampagne für eine Volksabstimmung** auf.
„*Der EU-Reformvertrag wirkt sich auf viele Lebensbereiche der ÖsterreicherInnen aus. Es gibt daher keinen Grund, die Betroffenen nicht selber über den EU-Reformvertrag entscheiden zu lassen.*"
Auch auf der Jahresvollversammlung von **attac Frankreich** (13. und 14.Oktober) gab es mehrere Anträge und Workshops zu der Leitfrage **„Welches Europa wollen wir**?" Wir dokumentieren die unterschiedlichen Ansätze unserer Schwesterorganisation, sowie den Tätigkeitsbericht von **Attac-Schweiz**.
In einem Bericht über die neuen sozialen Kämpfe in **Polen** wird u. a. über eine Zeltstadt als neue Kampfform berichtet:
„*Das weiße Städtchen weckte in den Menschen Hoffnungen und Begeisterung, dass ein anderes Polen möglich ist, wo Demokratie durch Dialog vertieft wird und Gerechtigkeit ernst genommen wird.*"

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis - Bezugsbedingungen: Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €., ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft; Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben. Bestellen per Mail an sig-abo@gmx.de

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)   Dank an die riesige Unterstützung der ÜbersetzerInnen von coorditrad !

Klimagerechtigkeit

*„Im Globalisierungsdiskurs wird hervorgehoben, die Weltwirtschaft werde in erster Linie durch das „**Finanzkapital**" bestimmt." Allerdings "stellt das in Konzernen zusammengefasste Kapital nicht allein eine Zusammenballung von anonymer Macht und von abstrakten Kapital dar, welches das Dollar-, Euro- oder Yen-, das britische Pfund- das Schweizer Franken- oder das chinesische Yuan –Zeichen trägt. Es handelt sich auch um eine spezifische stoffliche – „gebrauchswertmäßige" – Zusammensetzung." Um diese **stoffliche Struktur der Weltwirtschaft** geht es Winfried Wolf in seinem gerade erschienenen neuen Buch. Darin untersucht er die Geschichte des Transportsektors in seiner Funktion für die Globalisierung. Er zeigt die fatalen Folgen eines auf fossilen Brennstoffen und hemmungslosen Ressourcenverbrauch basierenden Industrialisierungs-, Transport- und Konsum-Modells, das nur bei Strafe der Selbstvernichtung der Menschheit aufrecht erhalten werden kann. Diese Globalisierung bedingt **eine immer absurdere internationale Arbeitsteilung**, verbunden mit einer **grotesken Übermotorisierung**, die nicht nur aufgrund der sozialen und politischen Verwerfungen inakzeptabel ist, sondern auch im wahrsten Sinne des Wortes „untragbar" ist für Umwelt, Natur, Klima und für die kommenden Generationen. Winfried Wolf, Verkehrsexperte, Aktivist im Kampf gegen die Bahn-Privatisierung und Mitglied im wissenchaftlichen Beirat von ATTAC-D, hat uns die Eingangsthesen zu seinem sehr lesenwerten und spannend geschriebenen Buch zur Verfügung gestellt. Sie sind anlässlich der Konferenz in **Bali** von aktueller Bedeutung (SiG-Redaktion).*

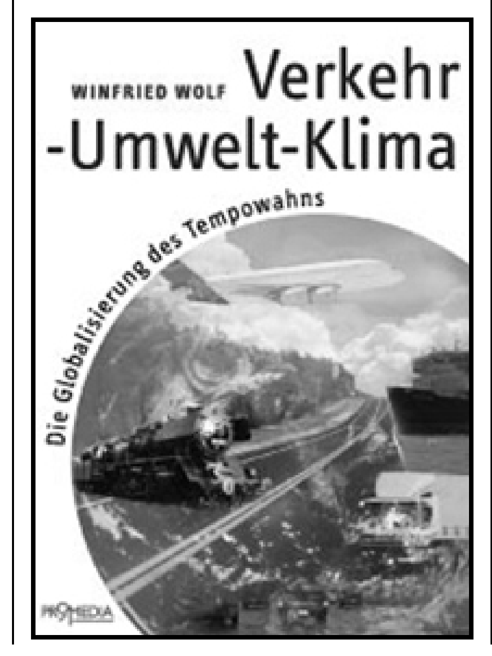
Winfried Wolf

Globalisierung und Tempowahn

Viele Tausende Jahre lang bewegten sich die Menschen mit vergleichbar geringen Geschwindigkeiten, gewissermaßen mit Bodenhaftung. Seit dem massenhaften Einsatz von Eisenbahnen hat sich die Erdverbundenheit relativiert. Auto und Flugzeug haben diese Tendenz beschleunigt und verallgemeinert: Die Menschen bewegen sich auf dem Globus in ständig beschleunigter Gangart. Heines Feststellung, wonach mit den Eisenbahnen „die Elementarbegriffe von Zeit und Raum ... schwankend geworden (sind)", bezieht sich gewissermaßen auf die „gefühlte Raum- und Zeitlosigkeit". In Wirklichkeit bleiben Raum und Zeit feste Bezugsgrößen. Allerdings sind die rasanteren Gangarten mit einer Bewusstlosigkeit hinsichtlich der Zeit und mit einer Rücksichtslosigkeit gegenüber Natur und Klima verbunden.

I Transportrevolutionen *(1)*

In den vergangenen 350 Jahren kam es zu ***vier Transportrevolutionen***. In großen Teilen Europas und in Nordamerika gab es mit den seit dem 17. Jahrhundert errichteten Kanalsystemen eine erste Transportrevolution, die zunächst bestimmend für die industrielle Revolution war. Während bei den vorausgegangenen Verkehrsformen der durchreiste Raum als lebendige Einheit wahrgenommen wurde – Menschen, Pferde und Kutschen waren in die Natur eingebunden – erschienen bereits die Kanäle wie durch den Raum hindurch geschlagen. Zeitgewinne resultierten aus verkürzten Wegen. Die Eisenbahnen als zweite Transportrevolution wurden seit Beginn des 19. Jahrhunderts in englischen Bergwerken eingesetzt. Sie wurden aus zwei Gründen als veritabler Einbruch verstanden: Erstens wird mit den Eisenbahnen die Transportgeschwindigkeit erstmals qualitativ – im Vergleich zur Kutsche um das Dreifache – gesteigert. Zweitens ist die Energie, mit der die Lokomotiven betrieben werden, nicht mehr auf menschliche und tierische Kraft oder auf den Wind zurückzuführen, sondern auf die Dampfkraft. Diese Energiequelle beschleunigte nun die industrielle Revolution. Anfang des 20. Jahrhunderts kam es mit dem massenhaften Einsatz von Pkw und Lkw in Nordamerika zur dritten Transportrevolution. Diese ist ebenfalls mit einer neuen Energiequelle verbunden, der Verbrennung von Öl und seinen Derivaten Diesel und Benzin. Die vierte Revolutionierung der Verkehrsorganisation findet mit der Luftfahrt statt. Seit Ende des 20. Jahrhunderts hat die Liberalisierung des Flugverkehrs und das Aufkommen so genannter Billigflieger den Flugverkehr immens gesteigert und verallgemeinert.



II Öl-Auto-Flugzeug-Gruppe

Anders als im Fall der Eisenbahnen setzten sich das Auto und das Flugzeug weltweit stark phasenverschoben und über einen fast einhundertjährigen Zeitraum durch – Anfang des 20. Jahrhunderts in Nordamerika, nach dem Zweiten Weltkrieg in Westeuropa, seit den 1980er Jahren in Mittel- und Osteuropa und Lateinamerika und mit der Jahrhundertwende in China, Indien und der übrigen Welt.
Die Verallgemeinerung dieses Verkehrsmodells war nur dadurch möglich, dass die Eisenbahnen in der Fläche und andere schienengebundene Verkehrsmittel in den Städten als bestimmendes Massenverkehrsmittel an den Rand gedrängt wurden. Der Aufstieg von Auto und Flugzeug erfolgte weitgehend parallel mit dem Aufstieg der USA zur führenden Wirtschafts- und Militärmacht. Unter den 500 größten Konzernen der Welt ist die **Öl-Auto-Flugzeug-Gruppe** die **bestimmende**. Erst wenn dieser stofflichen Seite der Kapitalkonzentration Rechnung getragen wird, können die Grundlagen der tiefen ökologischen Krise und die drohenden zukünftigen ökonomischen und militärischen Erschütterungen des „fossilen Kapitalismus" verstanden werden.

III Neokolonialer Lebensstil

Wenn in Indien und China nur die Pkw-Dichte erreicht wird, die es 1989 auf dem Gebiet der DDR gab, dann müsste sich die Zahl der Autos weltweit verdoppeln. Diese Zielmarke – ein Auto auf vier Personen – wird für das Jahr 2020 angepeilt. Zusammen mit dem schnell steigenden Flugverkehr kommt es allein hierdurch zu einem Anstieg der Treibhausgase, der die Ansätze zur welt-

weiten Reduktion der klimaschädigenden Gase konterkariert.

China und Indien als Länder hinzustellen, die das Weltklima bedrohen, ist allerdings grotesk angesichts der Tatsachen, dass die Automotorisierung in dieser Region dem westlichen Modell folgt und dass diese vor allem von den Autokonzernen in den USA, Japan und Westeuropa vorangetrieben wird. **Die gegenwärtige Struktur der weltweiten Automotorisierung hat weiterhin neokolonialen Charakter**: Von den im Jahr 2005 weltweit registrierten 640 Millionen Pkw konzentrieren sich 452 Millionen oder gut 70 Prozent auf die Regionen Nordamerika, Europa, Japan, Australien und Neuseeland, in denen nur 17 Prozent der Menschheit leben. Etwas plastischer: In den vier deutschen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen rollen mehr Pkw als in Indien und China. Hinsichtlich des besonders klimaschädlichen Flugverkehrs gilt: Die Hälfte der gesamten weltweiten Verkehrsleistung im Flugverkehr entfällt allein auf den Binnenflugverkehr innerhalb der USA.

IV Welthandel hebt ab

Der Verkehrssektor vermittelt die stoffliche Verbindung der globalen Warenwelt und der internationalen Mobilität. In der Folge gibt es Globalisierung seit der ersten Transportrevolution. Zwischen 1700 und 1800 hat sich die Tonnage der aus englischen Häfen auslaufenden Schiffen versechsfacht. Zwischen 1830 und 1910 wurde der Welthandel um das Zwanzigfache gesteigert. 1913 wurden zwischen Europa und Nordamerika bereits 2,5 Millionen Reisende auf den Dampfschiffen gezählt. Der Globalisierungsprozess wurde im 20. Jahrhundert durch die zwei Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise 1929-32 zurückgeworfen; 1950 lag der Welthandel auf dem 1913-er Niveau. In den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die Globalisierung fort. Seit den 1980er Jahren **hebt der Welthandel von den Binnenmärkten förmlich ab**: Zwischen 1980 und 2000 hat sich das weltweite Bruttoinlandsprodukt rund verdoppelt. Der Welthandel wuchs im gleichen Zeitraum um das Dreifache. Noch größer war das stoffliche, physische Wachstum in Form der umgeschlagenen Tonnage in den großen Seehäfen.

Globalisierung ist demnach integraler Bestandteil des modernen Kapitalismus. Es veränderten sich allerdings die Dimensionen. 1878 beklagte der preußische Ministerpräsident Fürst Otto von Bismarck, dass zunehmend Holz aus Ungarn und Schweden den inländischen Holzmarkt ruinieren und dass „ausländisches Holz durch billige Tarifsätze der Eisenbahnen vor dem einheimischen bevorzugt“ würde. Heute wird bayerisches Buchenholz nach China exportiert, dort zu Kinderspielzeug verarbeitet, um erneut nach Europa exportiert zu werden.

V Ungehemmtes Wachstum

Spätestens seit den zwei letzten Transportrevolutionen ist der Austausch Mensch-Natur völlig auf die Ziele der fortgesetzten **Beschleunigung** und das **ungehemmte Wachstum** ausgerichtet. Dort, wo Natur diesen Zielen im Weg steht, wird sie überbrückt, untertunnelt und begradigt. Bei der Realisierung der strategischen Verkehrsprojekte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts spielte das Thema Umwelt im gesellschaftlichen Bewusstsein noch keine Rolle. Bekannt sind allerdings die menschlichen Opfer: Der Bau der ersten interkontinentalen Eisenbahn in den USA soll ebenso vielen Menschen – überwiegend Chinesen – das Leben gekostet haben wie es Schienenschwellen gibt. Der Bau des Suezkanals und des Panamakanals forderte mehr als 40.000 Menschenleben. Die strategischen Verkehrsprojekte hatten von Anfang an eine militärische Komponente. Als beim Bau des Gotthard-Tunnels in der Schweiz die italienischen „alpinen Steinarbeiter“ gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen streikten, schlug das schweizerische Militär die Insurrektion nieder. Der Panamakanal wurde von der US-Regierung von vornherein als „Teil der Küstenlinie der USA“ gesehen; die Panama-Kanalzone war bis 1999 eine militarisierte Zone unter US-Kontrolle.
Die in jüngerer Zeit umgesetzten und die in den nächsten Jahren geplanten Großprojekte im Verkehrssektor setzen die Entwicklung fort. Die europäischen „missing link-“ und TEN-Projekte (Eurotunnel, Alpentunnel, Brücken-Tunnel-Verbindungen in Nordeuropa) der Bau neuer großer Seehäfen und die Erweiterung des Panamakanals werden die Transportinflation und die Belastungen von Umwelt und Klima steigern.
„In Zukunft geht es darum, im Verkehrssektor **weniger Beton** und **mehr Intelligenz** einzusetzen.“ Diese erstaunliche Einsicht der Europäischen Kommission steht im krassen Widerspruch zur verkehrspolitischen Praxis der Europäischen Union.

VI Externe Kosten

Die gewaltigen Steigerungen der Transporte von Personen und Gütern sind mit **hohen Kosten verbunden, die nicht in den Transportpreisen enthalten sind**. Es handelt sich erstens um materiell bezifferbare Kosten (z. B. nicht gedeckte Unfallkosten). Zweitens gibt es „nicht internalisierte“ Kosten, deren Höhe in Euro geschätzt werden kann (z. B. Kosten für Umweltbelastungen, gesundheitliche Schädigungen oder Lärm). Drittens gibt es Kosten, die nur über – zum Teil problematische – Hilfskonstruktionen beziffert werden können, denen jedoch inzwischen die größte Bedeutung zukommt (z. B. „Kosten“ für Menschenleben und die Kosten der Klimaerwärmung).
Die autoritativste Studie zu diesem Thema kommt zu dem Ergebnis, dass allein in Westeuropa jährlich rund 650 Milliarden Euro an „**externen Kosten** des Verkehrs“ entstehen, wobei 84 Prozent dieser Kosten auf den Straßenverkehr und weitere 14 Prozent auf den Luftverkehr entfallen. Die beiden eng mit der erwähnten **Kapitalgruppe Öl-Auto-Flugzeug** verbundenen Verkehrsarten Straßen- und Luftverkehr konzentrieren damit 98 Prozent aller externen Kosten des Verkehrs auf sich. Wenn die externen Kosten der See- und der Küstenschifffahrt einbezogen werden – das in den Schiffsmotoren verbrannte Schweröl ist hochgiftiger Sondermüll – dann ergibt sich ein Niveau externer Kosten, das zehn Prozent des westeuropäischen Bruttoinlandproduktes entspricht.
Die externen Kosten des Verkehrs und die zusätzlichen vielfältigen Subventionierungen münden in künstlich reduzierten Transportpreisen. Zusammen mit den Bauprojekten, die den natürlichen Widerstand des Raumes reduzieren, tragen diese **Dumpingpreise** zur Inflation aller Verkehre bei. In der Folge verläuft in Zukunft die preiswerteste Verbindung von China an die Ostküste der USA durch den Suez-Kanal, das Mittelmeer und über die Nordatlantikroute nach Nordamerika. Der Panamakanal wird erst 2015 groß genug für die neuen gewaltigen Container-Carrier sein; ein drei Mal längerer Seeweg kommt die Reedereien günstiger als der Einsatz von Schiffen, die mit 20 Prozent weniger Container beladen sind.

VII Technisch machbar – technisch sinnvoll?

Der Startschuss für die Eisenbahnen waren Lokomotivrennen. Am Beginn der Durchsetzung des Automobils als Massenverkehrsmittel standen Autorennen. Eine der ersten Maßnahmen des italienischen sowie des deutschen Faschismus war jeweils die Aufhebung jeglicher Geschwindigkeitsbegrenzung im Straßenverkehr. Im April 2007 realisierte der französische Hochgeschwindigkeitszug TGV mit 575 Stundenkilometer einen neuen Weltrekord im Schienenverkehr, der völlig abgehoben von der Realität des Eisenbahnverkehrs ist.
Der **Tempowahn** ist mit einem Verlust von Bodenhaftung, mit einer Zerstörung von Nähe und mit einem Bewusstsein verbunden, dass technisch alles machbar sei – und dass **das technisch Machbare auch das sinnvoller weise zu Machende ist**. Vorherrschend sind ein Geschwindigkeitsfetischismus und ein Technikwahn.
Doch die Raum- und Zeitlosigkeit ist nicht real. Der Tag hat weiterhin 24 Stunden. Der Raum und die Materie sind weiter existent beziehungsweise sie verändern sich – Umwelt wird zerstört, der Treibhauseffekt wird gesteigert –, auch weil die Verletzbarkeit von

Raum und Materie immer mehr aus der direkten Erfahrungswelt ausgeblendet werden… Die vorherrschende Verkehrspolitik ist Krieg gegen die Menschen und Krieg gegen Natur und Klima.

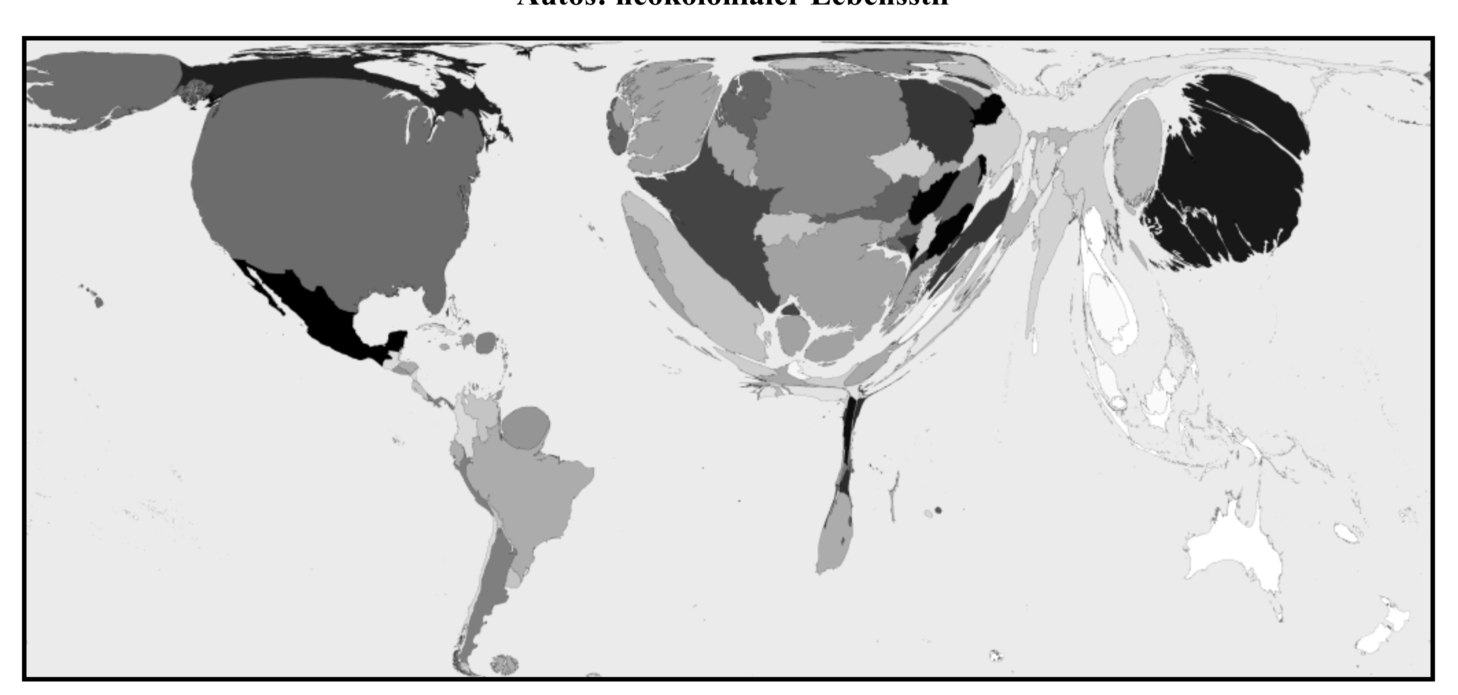
VIII Alternativen

Für eine alternative Verkehrsorganisation gibt es zwei Ausgangspunkte:
Erstens die Erkenntnis, dass das westliche Transport- und Mobilitätsregime in erheblichem Maß zu den Zerstörungen von Umwelt und Klima beiträgt, die in jüngerer Zeit breit debattiert werden. Eine Steigerung und Verallgemeinerung dieser auf Öl, Auto und Flugzeug basierenden Transportorganisation hätte schwerwiegende Folgen für das weltweite Klima. Die Politik einer **radikalen Verkehrswende** muss in der hoch motorisierten Welt begonnen und gegebenenfalls zunächst **im Alleingang** durchgeführt werden, wenn sie überzeugen und zum Modell für den „Rest der Welt" werden soll.
Zweitens muss verstanden sein, dass das Wachstum der pro Kopf zurückgelegten Kilometer nicht mit einer gesteigerten Mobilität und dass die ständig wachsende Zahl von Transportkilometern im Güterverkehr **nicht** mit **Wohlstandsgewinnen gleichzusetzen** sind. Vielmehr droht, wie es in einem Text heißt, „*die Gesellschaft an ihrem Mobilitätsaufwand und -aufkommen zu ersticken. ... Das Niederreißen sämtlicher kultureller Schranken durch weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ist von ausnehmender Zerstörungskraft.*" Es gelte „*ernsthaft mit einer Begrenzung der mechanischen Raum-Zeit-Verdichtung*" zu beginnen. Erforderlich sei dafür „*eine Flächenbahn mit einem dichten Schienennetz ... In dicht besiedelten Gebieten darf kein Bürger weiter als drei Kilometer bis zum nächsten Bahnanschluss haben.*" Das „*Herzstück einer entsprechenden neuen Verkehrs- und Raumordnungspolitik*" sei „***die Verkehrsvermeidung***," die nur gelingen werde, wenn „*die Geschwindigkeiten gedrosselt und keine zusätzlichen Straßen gebaut werden.*". Auf diese Weise allerdings könnte sich eine „*soziale Ästhetik herausbilden, die gelassene Zeitmaße und mittlere Entfernungsmaße als gelungen empfindet.*"
Die Studie, aus der hier zitiert wird, wurde im Jahr 1995, vor einem Dutzend Jahre vom Wuppertal Institut verfasst. Das Vorwort zu dem Text ist unterzeichnet von Dr. Angelika Zahrnt für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Prälat Norbert Herkenrath als Hauptgeschäftsführer der katholischen Organisation MISEREOR. MISEREOR und BUND waren auch die Herausgeber der Studie. Im Schlusskapitel des hier vorgelegten Buchs wird dargelegt, wie ein solches Programm der Verkehrswende zu konkretisieren ist.
Vor allem gilt: Ein solches Programm ist aktueller denn je. Seit der Veröffentlichung der zitierten Studie wurde in Europa das Autobahnnetz von 47.500 auf 62.000 Kilometer verlängert, das Schienennetz von 218.000 Kilometern auf 195.000 Kilometer abgebaut, die Zahl der Pkw von 178 Millionen auf 225 Millionen gesteigert. 600.000 Menschen wurden im Straßenverkehr getötet.
Lewis Mumford verallgemeinert den Geschwindigkeits- und Autowahn und spricht von einem „*Mythos der Maschine*", dem die Menschen in den vergangenen zwei Jahrhunderten verfallen seien. Seine Schlussfolgerung: „*Um zu ihrer Rettung zu gelangen, wird die Menschheit ... eine Bekehrung vom mechanischen Weltbild zu einem organischen (vollziehen müssen), in welchem die menschliche Persönlichkeit, als die höchste bekannte Erscheinungsform des Lebens, jenen Vorrang erhält, den jetzt Maschinen und Computer haben.*" Mumford argumentiert, dass solche Wandlungen zwar „*schwer vorstellbar*" seien, in der „*Geschichte jedoch wiederholt vorkommen und unter dem Druck von Katastrophen wieder vorkommen können.*"

Der Autor des hier vorliegenden Buchs setzt in erster Linie auf die **konkrete organisierte Gegenwehr,** auf Beispiele des Widerstands gegen die Privatisierung von Häfen, gegen die förmliche Entbettung von Natur, gegen Enteignungen der Bevölkerung durch die Bahnprivatisierungen oder gegen die extremen Ausbeutungsbedingungen, die in der internationalen Seeschifffahrt vorherrschen (und die eine der Voraussetzungen für die Transportinflation sind). Möglicherweise wird es eine Verbindung geben müssen zwischen einem **kollektiven Erwachen** einer Mehrheit der Bevölkerung und solchen Aktivitäten von Kollektiven, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften.

(1) Zwischenüberschriften von der Redaktion

Autos: neokolonialer Lebensstil



Die Fläche der Länder entspricht dem Anteil an der Anzahl der Autos der Welt.
Im Jahre 2002 gab es 590 Millionen Autos in der Welt. Das entspricht einem Auto für 10 Menschen.
Es gibt 140 Millionen Autos in den USA und 55 Millionen in Japan.
Im Kontrast dazu gab es gerade mal 9 Millionen Autos in China und 6 Million in Indien.
2005 gab es bereits weltweit 640 Millionen registrierten Pkw. (http://www.worldmapper.org/display.php?selected=31)

Wolfgang Pomrehn
Heisse Zeiten – Thesen

1. Unter Wissenschaftlern ist unstrittig, dass menschliche Aktivitäten die Zusammensetzung der Atmosphäre – genauer: die Konzentration der Spurengase Kohlendioxid, Methan, Distickstoffoxid, Ozon und einiger weiterer – in bedenklicher Weise beeinflusst und dass dies zu einer empfindlichen Veränderung des Klimas führt. Die in den Medien hin und wieder gern kolportierten Einwände kommen meist von Leuten, die keine Klimawissenschaftler sind und nicht in der Fachpresse publizieren.
Quellen der Treibhausgase sind in Deutschland (in der Reihenfolge der Bedeutung): Stromerzeugung, Gebäudeheizung, Straßenverkehr und industrielle Prozesse. Der Beitrag des Luftverkehrs nimmt rasch zu und wird im nächsten Jahrzehnt ein ernsthaftes Problem darstellen.

2. Die menschliche Zivilisation hat sich in den letzten 10.000 Jahren in einer Periode ungewöhnlicher klimatischer Stabilität entwickelt. Halbwegs stabile Verhältnisse sind für den Ackerbau, der, obwohl in monetären Begriffen in den Industrieländern randständig, immer noch die materielle Grundlage unser bloßen Existenz bildet, unabdingbar.

3. Die Konzentration des wichtigsten der (zusätzlichen) Treibhausgase, des Kohlendioxids (CO2), übersteigt bereits alle Werte der letzten mindestens 650.000 Jahre. Geht in den nächsten Jahrzehnten die Emission von Treibhausgasen unvermindert weiter wie bisher, dann wird sich das globale Klima gegen Ende des Jahrhunderts um 3,5 (+-0,5) Grad Celsius erwärmen. Auch die günstigste Variante (Zunahme um drei Grad Celsius) liegt schon deutlich jenseits all dessen, was die Erde in der letzten Million Jahre erlebt hat.

4. Die zwei Grad Celsius an globaler Erwärmung (ausgehend vom vorindustriellen Niveau), die inzwischen oftmals als Grenze gehandelt werden, in deren Rahmen der Klimawandel noch erträglich ist, und die daher nicht überschritten werden darf, muss als Höchstgrenze angesehen werden. Auch innerhalb dieses Rahmens sind wir vor bösen Überraschungen nicht sicher. (Zum Beispiel ist unser Wissen über die Eisschilde auf Grönland und in der Westantarktis noch immer sehr begrenzt, und kein seriöser Wissenschaftler kann ausschließen, dass es bei einer globalen Erwärmung von zwei Grad vielleicht nicht doch schon zu einem allmählichen aber unaufhaltsamen Abtauen kommt.)
Oberhalb dieses Wertes von zwei Grad globaler Erwärmung sind verheerende Ausmaße des Klimawandels jedoch ziemlich sicher.

5. Soll die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius beschränkt werden, müssen die globalen Treibhausgasemissionen bis zur Mitte des Jahrhunderts mindestens halbiert werden. Da die Pro-Kopf-Emissionen in den Industriestaaten wesentlich höher als in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind, sind erstere für den weitaus überwiegenden Teil der notwendigen Reduktion verantwortlich. In Deutschland müssen die Emissionen gegenüber dem heutigen Niveau mindestens 80 Prozent gesenkt werden.



6. Der Klimawandel wird eine erhebliche Gefahr für die Ernährung der Weltbevölkerung darstellen. Die Landwirtschaft wird sich in großer Eile an veränderte Klimabedingungen anpassen müssen, und zwar ohne dabei Produktivität einzubüßen. Mit ziemlicher Sicherheit wird es in vielen Regionen in einem wärmeren Klima eine deutlich erhöhte Variabilität des Wetters geben. Das heißt die Ernten werden vermehrt von Dürren und Starkniederschlägen bedroht. Praktisch der ganze Mittelmeerraum wird zum Beispiel unter extremer Trockenheit zu leiden haben. (Berlin und Brandenburg übrigens auch.)
Das Tempo des Wandels bedeutet für Ökosysteme einen ganz außerordentlichen Stress und wird das schon begonnene Artensterben massiv beschleunigen. Das kann sich unter anderem auch zu einer Bedrohung der Ernährungssicherheit auswachsen, denn je kleiner der genetische Pool, der für die Züchtung von Nutzpflanzen zur Verfügung steht, desto bedrohlicher werden Pflanzenseuchen.
Schließlich ist auch die Fischerei durch den CO2-Anstieg bedroht. Ein Teil dieses Gases wird von den Ozeanen aufgenommen. Steigt seine atmosphärische Konzentration weiter wie bisher, dann werden die Weltmeere in etwa 50 Jahren durch das im Wasser gelöste CO2 derart versauert sein, dass sich Kalkkrusten und -skelette im Wasser auflösen. Ein wichtiger Teil des Planktons würde aussterben und damit die Nahrungspyramide zum Einstürzen bringen.

7. Eine andere wichtige Gefahr ist der Meeresspiegelanstieg. Selbst wenn die Konzentration der Treibhausgase auf dem jetzigen Niveau eingefroren würde, würde der Meeresspiegel aufgrund des bereits erfolgten CO2-Anstiegs noch über mehrere Jahrhunderte um insgesamt einige Dutzend Zentimeter ansteigen. Mit zunehmender Erwärmung kann schlimmstenfalls auf Grönland und in der Westantarktis ein unaufhaltsamer Prozess angestoßen werden, der die Eisschilde dort zum Verschwinden bringt.
Das sind allerdings Vorgänge, die sich über Jahrhunderte hinziehen. Dennoch sind die Folgen dramatisch: In Grönland ist genug Wasser für einen Meeresspiegelanstieg von sieben Metern gespeichert, in der Westantarktis für einen Anstieg von vier bis sechs Metern. Hinzu kommt, dass sich in einer wärmeren Welt auch das Meerwasser erwärmt und damit ausdehnt.
Bis 2300 könnte diese thermische Expansion einen Meter Anstieg ausmachen, aber der Anstieg würde sich noch über viele Jahrhunderte fortsetzen.
Der Meeresspiegel ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich viele der schlimmsten Folgen des Klimawandels erst für künftige Generationen zeigen werden. Wenn nicht noch rechtzeitig gegengesteuert wird, werden zum Beispiel irgendwann im nächsten Jahrhundert weite Landstriche in Belgien, den Niederlanden und an der deutschen Nordseeküste aufgegeben werden müssen. Schlimmstenfalls kann das Meer bis nach Hannover vordringen. Schon lange vorher werden im indischen Ozean und im Südpazifik ganze Staaten in den Fluten untergehen.

8. Die Klimamodelle sind noch lange nicht perfekt, wie die Wissenschaftler betonen. Wichtige Wechselwirkungen, wie das Abschmelzen des arktischen Meereises oder die Auswirkungen der Erwärmung auf potenzielle Treibhausgasquellen (z.B. Permafrostböden), sind noch nicht hinlänglich verstanden und in die Modelle eingebaut. Das heißt jedoch, dass alles auch noch deutlich schlimmer kommen kann, als bisher angenommen.

9. Der Klimawandel kann nur mit einer radikalen Abkehr von Erdöl und Kohle in erträglichem Grenzen gehalten werden. Ein

entsprechender Umbau der Industriegesellschaft steht wegen der Endlichkeit dieser Ressourcen ohnehin an. (Auch Uran ist beim derzeitigen Verbrauch nur noch für etwa 60 Jahre vorhanden.)

10. Künftig wird Energie ganz überwiegend aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden müssen. Sonne und Wind bieten wesentlich mehr, als die Menschheit braucht. Die Technik ist im Wesentlichen vorhanden und muss nur im großen Maßstab eingesetzt werden.

11. „Biokraftstoffe", die man lieber Agrarkraftstoffe nennen sollte, sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. Für die derzeitige PKW- und LKW-Flotte gibt es nicht genug Anbauflächen auf der Erde, nicht einmal bei wesentlich verbesserter Technik und schon gar nicht bei einer Verdopplung der globalen Kraftfahrzeugflotte, wie sie für die nahe Zukunft erwartet wird. Agrarkraftstoffe bergen zu dem eine Gefahr für die Welternährung in sich, da sie mit Nahrungsmittelanbau konkurrieren, sie werden gewalttätige, oligarchische Strukturen in den ländlichen Ökonomien in Ländern wie Brasilien und Argentinien stärken und dort eine zusätzliche Bedrohung für die Umwelt darstellen.

12. Sinnvoll ist hingegen die Gewinnung von Biogas aus pflanzlichen und tierischen Abfällen. Gereinigt kann es sogar ins Erdgasnetz eingespeist werden und zusammen mit moderner Technik in Blockheizkraftwerken einen wichtigen Beitrag zur Strom- und Wärmeversorgung liefern.

Ausblick:

13. Wichtige Ansatzpunkte im Kampf gegen den Klimawandel in den nächsten Jahren: (a) die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke und das Ende des Braunkohletagebaus, (b) die Verstaatlichung der Stromnetze, (c) mancherorts die Rekommunalisierung der Stadtwerke, wobei dies natürlich mit der Durchsetzung einer klimafreundlichen Poltik auf lokaler Ebene verbunden sein muss, (d) Verhinderung der Bahnprivatisierung, Ausbau des Schienenverkehrs, Beschränkung des Straßenverkehrs, (e) Beschränkung des Luftverkehrs. Die Enteignung der großen Energiekonzerne, die zu den größten Bremsern in Sachen Klimaschutz gehören, sollte man ebenfalls immer wieder mal fordern, allerdings in dem Bewusstsein, dass dies eher eine sehr langfristige, also strategische Forderung ist. Für die unter a bis e genannten Punkte lassen sich hingegen schon heute viele Bündnispartner finden, sodass zumindest ein Teil dieser Forderungen von einer starken gesellschaftlichen Bewegung in den nächsten Jahren durchgesetzt werden könnte. Aber auch das wäre sicherlich alles andere als ein Spaziergang.

14. Ein Teil des Klimawandels ist nicht mehr aufzuhalten, es wird in den nächsten Jahrzehnten vor allem darum gehen, das Schlimmste zu vermeiden. Das heißt aber auch, das kostspielige Anpassungsmaßnahmen notwendig sind, Maßnahmen, die sich ärmere Länder kaum leisten können. Für soziale Bewegungen in Deutschland und in den anderen Industriestaaten ist es daher wichtig, das Prinzip der Klimagerechtigkeit hoch zu halten. Die reichen Gesellschaften haben den Klimawandel verursacht, also müssen sie auch für die Folgen aufkommen. Ein finanzieller Transfer in die Länder des Südens ist notwendig, der dort den Bau von Deichen und Reservoiren für Niederschlagswasser, die Anpassung der Landwirtschaft usw. möglich macht. Organisiert werden könnte das, wie es zum Beispiel von ATTAC gefordert wird, über die so genannte Tobin-Steuer auf Transaktionen an den Kapitalmärkten oder auch über eine Abgabe auf Flugtickets. Man könnte natürlich auch einfach die obszönen, exorbitanten Gewinne der Energiekonzerne abschöpfen, aber die dafür notwendigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind leider auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

Grundsätzliches:

15. Zum Wesen der kapitalistischen Ökonomie gehört es, dass sie wächst. Sich mit dem Erreichten zu begnügen, weil zum Beispiel neue oder noch mehr Produkte keinen Gebrauchswert hätten, ist nicht vorgesehen; Stillstand bedeutet Krise. Daher gilt das Prinzip der Unbedenklichkeit. Neue Produkte, Produktionsprozesse und Abfallstoffe gelten solange als ungefährlich, bis das Gegenteil wissenschaftlich nachgewiesen und diese Erkenntnis in einem oft langwierigen und erbitterten gesellschaftlichen Prozess durchgesetzt ist. Diese Haltung verletzt die Interessen des überwiegenden Teils der Bevölkerung, nicht zuletzt der Beschäftigten, die unter den Folgen von allerlei schädlichen Substanzen im Produktionsprozess zu leiden haben. Der Schaden ist meist längst eingetreten, bevor der Beweis erbracht werden kann, und oft ist er irreversibel. Das gilt insbesondere auch für den Klimawandel. Wir müssen hingegen unbedingt auf dem Vorsorgeprinzip bestehen. Das heißt, wir müssen darauf bestehen, dass Umweltgefahren und Gefahren für die Gesundheit der Beschäftigten vorgebeugt wird, sobald es ernsthafte Hinweise auf sie gibt und nicht erst, wenn auch der letzte Zweifel ausgeräumt ist.

16. Klimawandel ist nicht, wie es ein Autor aus der Linkspartei im Sommer 2007 mit Gorbatschow in der „jungen Welt" formulierte, eine „Menschheitsfrage". Wir wären naiv, wenn wir darauf setzen würden, dass alle Menschen das gleiche Interesse an der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen haben. Nicht zuletzt der Umgang mit den Verheerungen des Hurrikans Katrina in New Orleans im Jahre 2005 hat gezeigt, dass es so etwas wie Umweltrassismus gibt. Die Schwächsten in der globalen wie in den nationalen Gesellschaften werden immer zu erst und am meisten zu leiden haben. Klimawandel ist also eine Frage der gesellschaftlichen Klassen, der globalen Apartheid und des Rassismus.

17. Marxisten sollten sich nicht damit begnügen, die Eigentumsfrage zu stellen, wenn sie über die Gesellschaft von morgen nachdenken. Die Industrie ist im Kapitalismus nicht allein in den falschen Händen, sie ist auch oft von zweifelhaftem Nutzen. Die Tatsache, dass sie allein auf die Profitinteressen ihrer Besitzer ausgerichtet ist, hat dazu geführt, dass ihre Arbeitsabläufe die unmittelbaren Interessen der Produzenten (wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit) oft missachten und ihre Produkte manchmal keinen und oft nur geringen Gebrauchswert haben. Die Organisation der kapitalistischen Ökonomie führt dazu, dass die zum Teil enormen externen Kosten der Produktion in den ökonomischen Überlegungen unberücksichtigt bleiben, da sie der Gesellschaft aufgehalst werden können. Eine kommunistische Ökonomie kann daher keine Kopie der kapitalistischen mit anderen Besitzverhältnissen sein, sondern muss auch die stofflichen Bedingungen der Produktion neu formulieren. (Man möge dies nicht als Maschinenstürmerei missverstehen. Es geht nicht um Deindustrialisierung, sondern um den Umbau der Produktion unter Ausnutzung des ohne Zweifel sehr positiven, hohen Produktivitätsniveaus.)

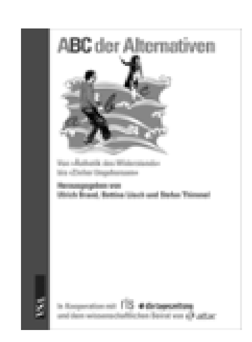
Juli 2007, http://www.wolfgangpomrehn.de

Es geht also!!!!
RWE sagt Kohlekraftwerksbau ab

In einer Bürgerbefragung haben sich 70% der Bürgerinnen und Bürger im saarländischen Ensdorf gegen eine Änderung des Flächennutzungsplanes ausgesprochen, die Voraussetzung für den Neubau des geplanten X-MW Steinkohlekraftwerks gewesen wäre. RWE hatte bereits angekündigt, das Kraftwerk nicht gegen eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung bauen zu wollen. Ein RWE-Sprecher kündigte nun an, man werde das Projekt aufgeben und "die Gründe für das Scheitern analysieren". Auch wenn RWE nun prüft, ob man an einem Alternativstandort bauen könne: Diese Entscheidung ist ein wichtiger Sieg für die globale Klimaschutzbewegung. Weitere werden hoffentlich folgen.
http://globalisierungsklima.wordpress.com/
S. auch :Attac De:
http://www.attac.de/oekologie/cms/pages/material.php
www.wir-klimaretter.de/lichtan/

ABC der Alternativen

Von »Ästhetik des Widerstands« bis »Ziviler Ungehorsam«.
Herausgegeben von Ulrich Brand, Bettina Lösch und Stefan Thimmel.
In Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung, der tageszeitung
und dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
VSA 2007



Achim Brunnengräber, Kristina Dietz

Klimagerechtigkeit

Die Atmosphäre ist ein globales öffentliches Gut, das allen Menschen gehört und folglich von allen Menschen gleichermaßen als »Deponie« für klimaschädliche Emissionen genutzt werden kann. Soweit die Theorie. Alleine die G8-Staaten haben mit ihrem Anteil von ca. 13% an der Weltbevölkerung den satten Anteil von 50% an den weltweiten CO_2-Emissionen. Grundsätzlich gilt, je ärmer das Land, desto weniger CO_2 wird ausgestoßen. Noch deutlicher wird die ungleiche Nutzung der Atmosphäre, wenn die Pro-Kopf-Emissionen betrachtet werden. Die ärmsten Länder emittieren nur rund 0,9 Tonnen pro Kopf und Jahr, während etwa Deutschland 10 und die USA rund 20 Tonnen emittieren. Doch wenn über Fragen globaler Gerechtigkeit beim Klimaschutz geredet werden soll, sind vor allem die Luxusemissionen der Reichen und die Überlebensemissionen der Armen zu betrachten sowie in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Fähigkeiten, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Wie müsste eine Klimapolitik gestaltet sein, die eine globale Klimagerechtigkeit zum Ziel hat?

Mit dem Konzept der »Klimagerechtigkeit« wird ganz allgemein die Lösung der Klimakrise verstanden, bei der die Lasten und Kosten dieser Politik gerecht verteilt werden. Gemäß Art. 3 der UN-Klimarahmenkonvention von 1994 soll die internationale Staatengemeinschaft Maßnahmen zum Klimaschutz »auf der Grundlage der *Gerechtigkeit* und entsprechend ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten« (Art. 3.1) ergreifen. Schließlich wurde mit dem Kyoto-Protokoll, das 2005 in Kraft trat, die Reduktion der Emissionen der Industrieländer von 5,2% zwischen 1990 und 2012 beschlossen. Doch das globale Abkommen ist blind gegenüber Fragen der Klimagerechtigkeit. Dies zeigt sich nicht nur auf Grund der viel zu geringen Reduktionsverpflichtungen der Industrieländer, auch die Anpassungsmaßnahmen für Entwicklungsländer sind bisher völlig unzureichend.

Die zentrale Frage lautet: Wie kann die Bürde der Emissionsreduktionen und der erforderlichen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel »gerecht« verteilt werden? Klimapolitik ist dann gerecht, wenn sie das Ziel verfolgt, dass sich die Pro-Kopf-Emissionen angleichen. Die Gleichheit aller Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Einkommen und sozialem Status wird zum Ausgangspunkt jeder Klimapolitik. Voraussetzung dafür ist die drastische Reduktion der Emissionen derjenigen Länder- und Bevölkerungsgruppen, die auf Grund ihres Produktions-, Mobilitäts- oder Konsumverhaltens einen emissionsintensiven Lebensstil führen. Viele andere Länder- und Bevölkerungsgruppen müssen jedoch erst die Möglichkeit erhalten bzw. in die Lage versetzt werden, ihre Emissionen steigern zu können.

Auch wenn in diesem erweiterten Verständnis bereits eine Reihe von Grundsätzen liberaler sozialer Gerechtigkeit verankert ist, so greift es noch zu kurz. Denn mit der Forderung nach einer individuell gleichen und gerechten Lasten- sowie Nutzenverteilung des Gemeinschaftsgutes Atmosphäre wird einem Denkmuster gefolgt, in dem Ansätze der *Nicht*-Verschmutzung und der nicht-marktförmigen Bearbeitung der Klimakrise unberücksichtigt bleiben. Stattdessen wird die hegemonial gewordene Prämisse der Moderne gefestigt, dass gesellschaftliche Entwicklung in Entwicklungs- wie Industrieländern mit der effizienteren Nutzung fossiler Energieträger – also der Verschmutzung der Atmosphäre –, mit globalem Standortwettbewerb und weltwirtschaftlichem Wachstum einhergehen muss. Die globale Definition von Klimagerechtigkeit, die sich alleine an den Pro-Kopf-Emissionen orientiert, vernachlässigt zugleich die verschiedenen, sozial-räumlichen und kontextspezifischen Herausforderungen im Umgang mit dem Klimawandel.

Für arme und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen ist Klimagerechtigkeit mit der Forderung nach umfassender menschlicher Sicherheit verbunden. Die Erhöhung der individuellen wie kollektiven Anpassungsfähigkeiten an die Folgen des Klimawandels kann nur auf der Grundlage der Ermächtigung und Emanzipation derjenigen gesellschaftlichen Gruppen erfolgen, die sozial, ökonomisch oder politisch marginalisiert sind. Klimapolitik ist dann aber nicht nur eine staatliche Aufgabe zum Schutz des globalen Guts Atmosphäre oder treffender: zur internationalen Bewirtschaftung der Deponie für Treibhausgase. Sie muss in einem umfassenderen Sinne die Verwirklichung der politischen, sozialen und physischen Menschenrechte zum Ziel haben. Diese einzulösen muss eine das kapitalistische System transformierende Bedeutung erlangen. Klimagerecht ist die Beendigung des fossilen Energiezeitalters, die Etablierung dezentraler und erneuerbarer Energiesysteme, die emanzipatorische Gestaltung von Reduktions- und Anpassungsmaßnahmen sowie die umfassende Beseitigung globaler Ungleichheit.

Zum Weiterlesen

Brouns, Bernd (2004): Was ist gerecht? Nutzungsrechte an natürlichen Ressourcen in der Klima- und Biodiversitätspolitik. Wuppertal Paper 146.

Santarius, Tilman (2007): Klimawandel und globale Gerechtigkeit. In: APuZ 14/2007

Gerhard Klas

Ernährungssouveränität

Der Begriff wird erstmals 1996 in der Erklärung »Profit für wenige oder Nahrung für alle« erwähnt, die Bauernorganisationen und NGOs anlässlich des Welternährungsgipfels der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) in Rom formuliert haben. Vor allem die internationale Organisation La Via Campesina (»Der bäuerliche Weg«) – entwickelt die Ernährungssouveränität als Gegenkonzept zur industrialisierten und exportorientierten Landwirtschaft und fordert u.a. den heimischen Agrarsektor mit Zöllen vor Dumpingprodukten zu schützen. »Ernährungssouveränität ist das Recht der Völker auf gesunde und kulturell angepasste Nahrung, nachhaltig und unter Achtung der Umwelt hergestellt. Sie ist das Recht auf Schutz vor schädlicher Ernährung. Sie ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und transnationalen Konzerne«, heißt es in »Nyeleni – Deklaration für Ernährungssouveränität«, die im Februar 2007 in Mali beim 1. Internationalen Forum zur Ernährungssouveränität verabschiedet wurde. Im Gegensatz zur Ernährungssicherheit, die auch mit grüner Gentechnik erreicht werden soll, auf Ertragsquantität und finanzielle Verwertung fokussiert, umfasst die Ernährungssouveränität auch Produktionsbedingungen, Produktqualität und ungleiche Tauschbedingungen auf internationaler Ebene. Die von diesem Begriff angeleiteten Politiken wenden sich »gegen Nahrungsmittelhilfe, die das Preisdumping versteckt, Gentechnik

einschleust und neuen Kolonialismus schafft« (Nyeleni-Deklaration).
Verfechter der Ernährungssouveränität sehen ihre Märkte durch Billigimporte zerstört. Die Privatisierung von Ressourcen gräbt ihnen buchstäblich das Wasser ab, wegen internationaler Patentrechtsabkommen dürfen sie nicht mehr ihr eigenes Saatgut verwenden. Stattdessen melden Biotechnologiekonzerne immer wieder neue Patente auf Pflanzen an, deren genetischer Code dann sprichwörtlich in ihr »Eigentum« übergeht. Ernährungssouveränität weist jegliche Anwendung von Gentechnologie zurück und bewertet auch den jüngsten Boom der so genannten »Bio«-Energie nicht als Chance, sondern als Bedrohung für die bäuerliche Existenz und eine menschenwürdige Ernährung, denn die Energiepflanzen werden in großflächigen Monokulturen angebaut, unter Einsatz von Chemie und Gentechnik. Ernährungssouveränität ist auch ein Gegenbegriff zur »Grünen Revolution«, die in den 1960er und 1970er Jahren mithilfe von Kunstdünger, Pestiziden und Herbiziden kurzfristige Produktionssteigerungen erzielte, dann aber – wegen Schädlingsresistenzen, vergifteten Böden und Grundwasser – ihre zerstörerische Wirkung entfaltete. Diese Schäden und die Folgekosten werden in den Kalkulationen der Agrarindustrie externalisiert, d.h. der Allgemeinheit in Rechnung gestellt. Auf Ernährungssouveränität zielende Praktiken berücksichtigen die ökologischen Kosten – den Verbrauch von Grundwasser, die Vernutzung des Bodens und anderes – und streben eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen an.
Ernährungssouveränität ist eine Kampfansage an die westliche Agrarindustrie, ihre Verwertungs- und Profitinteressen auf dem Weltmarkt. Wasser, Saatgut und Land sollen dem Zugriff und der Kontrolle durch große Konzerne entzogen werden; die NahrungsmittelproduzentInnen sollen diese Ressourcen frei nutzen können. Ob der Boden dann genossenschaftliches oder privates Eigentum der Kleinbauern ist, bleibt offen. Schließlich werden in dem Leitbild der Ernährungssouveränität die Interessen von abhängig Beschäftigten berücksichtigt und für LandarbeiterInnen »gerechte Löhne« und »annehmbare Arbeit« gefordert (Nyeleni-Deklaration).
Weit mehr als eine Milliarde Menschen leben weltweit als KleinbäuerInnen oder LandarbeiterInnen, vor allem im Globalen Süden. Die industrialisierte Landwirtschaft raubt ihnen die Lebensgrundlage und treibt sie in die Städte. Doch dieser Prozess der Urbanisierung geht – anders als vor mehr als 200 Jahren in Europa – mit einer fortschreitenden Deindustrialisierung in den Städten einher. Das Leben in der Stadt bietet der Landbevölkerung also keine Perspektive mehr. Was bleibt sind die Slums.
Da die Praktiken der Ernährungssouveränität die noch bestehenden bäuerlichen Versorgungsstrukturen stärken, stellen sie auch eine Option für Millionen Slumbewohner dar. Die brasilianische Landlosenbewegung MST z.B. führt Landbesetzungen – oft in Randbezirken von Großstädten – auch mit SlumbewohnerInnen durch, um dort anschließend Landwirtschaft zu betreiben.

Zum Weiterlesen

Aktionsbündnis Globale Landwirtschaft zum G8-Gipfel (2007): Widerstand ist fruchtbar – Analysen und Perspektiven für eine nicht-kapitalistische Landwirtschaft.
Pérez-Vitoria, Silvia (2007): Bauern für die Zukunft – Auf dem Weg zu einer globalen Bewegung, Zürich.
Shiva, Vandana (2006): Erd-Demokratie – Alternativen zur neoliberalen Globalisierung,

Oliver Pye

Fair Trade

Der Ansatz von Fair Trade (»gerechter Handel«) beruht auf der Annahme, dass ungerechte Handelsbeziehungen (-> Gerechter Welthandel) eine wesentliche Ursache von Unterentwicklung sind. Die Verschlechterung der Terms of Trade, bei der Entwicklungsländer für ihre Primärgüter (Rohstoffe, Kaffee, usw.) immer weniger an verarbeiteten Produkten aus den Industrieländern bekommen, führt demnach dazu, dass sie immer ärmer werden. Bildhaft gesprochen heißt das bspw., dass ein Kaffeebauer 1980 vier Kilogramm, 2002 aber zehn Kilogramm Kaffee verkaufen musste, um ein Schweizer Taschenmesser kaufen zu können. Das Machtgefälle innerhalb der Vertriebsketten kommt durch die Dominanz von wenigen Handelshäusern in den Industrieländern zustande und führt dazu, dass die kleinbäuerlichen ProduzentInnen oder die PlantagenarbeiterInnen einen sehr geringen Anteil des Verkaufspreises erhalten.
Initiativen für gerechten Handel entstanden Anfang der 1970er Jahre im Rahmen der Solidaritätsbewegungen mit der so genannten Dritten Welt. Hunderte von Gruppen, oft aus kirchlichen Zusammenhängen, nahmen direkte Handelsbeziehungen mit lokalen ProduzentInnengruppen auf, um deren Produkte dann in (»Dritte«- oder »Eine«-)Welt-Läden zu verkaufen. Durch Ausschaltung der großen Handelsketten und über Solidaritätspreise sollten die ProduzentInnen eine »gerechte« Entlohnung erhalten und dadurch in die Lage versetzt werden, sich selbst zu »entwickeln«. Dominierten zunächst Handwerksprodukte (»Jute statt Plastik«), wurden mit der Entstehung professioneller Vertriebsnetze wie Gepa (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt, 1975 gegründet) Nahrungsmittel wie Kaffee dominant. Die Fair Trade-Bewegung war bewusst politisch ausgerichtet: Das Trinken des berühmtesten Fair Trade-Kaffees aus Nicaragua drückte eine antiimperialistische Grundhaltung aus.
Fairer Handel hat mittlerweile, gemessen an Umsatz und Anzahl der Beteiligten, einen Siegeszug angetreten. Um die 800 Welt-Läden verkaufen Fair Trade-Produkte in Deutschland (Österreich: 100; Schweiz: 300), der europaweite Umsatz hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdreifacht. Der Boom ist vor allem auf die Entwicklung von Gütesiegeln bzw. Markenzeichen wie TRANSFAIR oder FAIRTRADE zurückzuführen. Fair Trade-Kaffee wird deutschlandweit in über 27.000 Supermärkten angeboten, u.a. durch Karstadt, Tengelmann und Kaisers. Doch gerade das Erfolgsprodukt Kaffee zeigt auch klare Grenzen auf: Trotz seines Einzugs in die Supermärkte hat fair gehandelter Kaffee nur einen Marktanteil von 1,2% in Europa. An den grundlegenden Abhängigkeiten hat sich nichts geändert: So verloren in den vergangenen zehn Jahren Hunderttausende von KaffeebäuerInnen ihre Existenz, weil durch eine weltweite Überproduktion durch zusätzliche Anbieter (v.a. aus Brasilien und Vietnam) und die Macht der fünf großen Kaffeekonzerne, die den Markt beherrschen (Kraft, Nestle, Sara Lee, Procter & Gamble und Tchibo), die Kaffeepreise für die ProduzentInnen auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren sanken.
Eine Antwort auf das Nischenproblem sucht die Fair Trade-Bewegung in Kampagnen für eine faire Handelsarchitektur, die insbesondere in der »Make Trade Fair«-Kampagne von Oxfam zum Ausdruck kommt. Nach der Maxime »Trade not Aid« setzt sich Oxfam für eine erfolgreiche Doha-Runde der WTO ein, bei der ein gerechter Marktzugang zu den Agrarmärkten des Nordens (v.a. Abbau der Subventionen) »Millionen aus der Armut heben« sollte. Die Kampagne löste heftige Debatten aus. Walden Bello (Focus on the Global South) warf Oxfam vor, die Handelsliberalisierungsagenda der WTO grundsätzlich zu akzeptieren, einem exportorientierten Entwicklungsmodell anzuhängen, das den KleinbäuerInnen des Südens eher schadet, und die Bewegung gegen die WTO zu spalten (-> De-Globalisierung).
Das Dilemma der Fair Trade-Bewegung wird in der Zusammenarbeit zwischen TRANSFAIR und dem Lidl-Konzern deutlich. Zwar werden so mehr Fairtrade-Produkte verkauft, die Initiative legitimiert aber gleichzeitig einen Protagonisten der kapitalistischen Globalisierung und zementiert somit strukturelle Ausbeutung im Welthandelssystem. Auch im Bundestag wird Gepa-Kaffee getrunken, eine faire Handelspolitik betreibt er dadurch aber trotzdem nicht. Statt die Fair Trade Bewegung zu einer Lifestyle- und Konsumentscheidung von Besserverdienenden zu entpolitisieren, brauchen wir eine Rückbesinnung auf die emanzipatorische Sprengkraft, die im konkreten Projekt den Schrei gegen ein menschenverachtendes Handelssystem mit der Vision einer menschenwürdigen Alternative verband.

Zum Weiterlesen

Bello, Walden (2002): What's Wrong with the Oxfam Trade Campaign. Focus on Trade 77.
Oxfam (2002): Rigged Rules and Double Standards. Trade, Globalisation and the Fight against Poverty.
Stiglitz, Joseph E./Charlton, Andrew (2006): Fair Trade. Agenda für einen gerechten Welthandel, Hamburg.

Sven Giegold

Die Kuschelzeit ist vorbei: Klimapolitik zur Machtfrage machen!

Rede zum globalen Klimaaktionstag, Neurath, 8. Dezember 2008

Wir wissen um die Dramatik des Klimawandels, um seine Opfer, die Täter und seine himmelschreiende Ungerechtigkeit zwischen Arm und Reich. Wir wissen, dass Deutschland wahrlich kein Vorbild ist. Über 10t CO2 pro Kopf pro Jahr, in NRW sogar 17t. Wir produzieren die schmutzigsten Autos, errichten zweidutzend neue Kohlekraftwerke, bauen die Autobahnen aus und subventionieren etliche neue Flughäfen. Das alles, obwohl wir bei den Ländern des Südens schon hohe Klimaschulden aufgetürmt haben. Erste Erfolge bei der CO2-Minderung können darüber nicht hinweg täuschen.

Wir sehen die verbreitete Klimaheuchelei. Alle sind für Klimaschutz, aber wenn es ernst wird, wird gekniffen. Merkel verteidigt Spritfresser in Brüssel. Glos eilt den Energiekonzernen gegen die EU-Kommission zu Hilfe. Und Gabriel reist selbst nach Krefeld, um die lokale SPD auf das geplante Kohlekraftwerk einzuschwören. Gott sei Dank steht es nun dank Bürgerengagement trotzdem vor dem Aus. Das Klima-Paket der Bundesregierung zeigt ebenso deutlich: Die Auto-, Airline- und Energiekonzerne und Hausbesitzer werden geschont.

Möchtegern-Klima-Kanzlerin Merkel sowie Auto- und Kohleminister Gabriel, der scheinbar immer schon an seine erhoffte Kanzlerschaft denkt, sollen wissen:

Die Kuschelzeit ist vorbei! Wir wollen Taten sehen und zwar konsequente Taten! Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen! Die klimapolitische Einäugigkeit zugunsten von Energie-, Auto- und Airlinekonzernen werden wir nicht mehr hinnehmen!

Wir haben verstanden, dass Klimaschutz eine harte Machtfrage ist. Die zentrale Frage nach diesem Klima-Aktionstag ist daher: Wie können wir diese Machtfrage für einen gerechten und konsequenten Klimaschutz gewinnen? Die öffentliche Meinung wissen wir auf unserer Seite. Vier Hebel können wir in Bewegung setzen, um das in Erfolge umzusetzen:

Seien wir mächtig als VerbraucherInnen

Boykottieren wir die vier großen Energiekonzerne! Wechselt Euren Stromanbieter! Aber lasst uns auch an die Wurzel des Problems gehen: Jeder und jede kann den eigenen Energieverbrauch senken und auf erneuerbare Energien umsteigen: Dämmt Eure Häuser oder bringt Eure Vermieter dazu! Nehmt kleine, verbrauchsarme Autos, oder besser schafft sie ab! Esst Bio-Produkte! Produziert Erneuerbare Energien!
Einzelaktionen und Eigenverantwortung werden jedoch nicht genügen. Wir brauchen bindende und gerechte Regeln durch die Politik für Alle.

Seien wir mächtig als BürgerInnen

Alle im Bundestag vertretenen Parteien sind am schmutzigen Geschäft mit der Kohle beteiligt. Allen voran SPD, CDU & FDP sind die Büttel der Energiekonzerne. Aber auch die Linken sind sich in Berlin beim Bau eines Kohlkraftwerks beteiligt. Auch im Schwarz-Grün regierten Kiel wird ein Kohlekraftwerk geplant. Wir erwarten, den Kohleausstieg aller Parteien!

Wir erwarten, dass der Filz zwischen Auto- und Energiekonzernen und den Parteien endlich ein Ende hat! Müller kam von der VEBA wurde Wirtschaftsminister und ging dann zur RAG. Glos kam von der E:ON und wurde Wirtschaftsminister. Clement kam als Journalist in die Politik und arbeitet heute für RWE. Gerade hier in Nordrhein-Westfalen müssen alle Parteien sich klare Regeln geben, für die Trennung zwischen Politik und Wirtschaftslobbies.

Attac wird im nächsten Jahr eine große Kampagne zur Zerschlagung der vier großen Energiekonzerne führen. Wir wollen, dass die Energieversorgung und -verteilung wieder unter demokratische Kontrolle kommt! Dann ist endlich Schluss mit dem Filz zwischen Energiekonzernen und Energiepolitik!

Wir erwarten von Abgeordneten, Landesverbänden, Ortsvereinen aller Parteien, dass sie sich zu den kritischen Klimafragen klar positionieren. Auch im Widerspruch zur Bundesregierung. Wir werden das bis zu den Europa- und Bundestagswahlen 2009 nicht vergessen.

Wir werden die Klimaheucheleien in die kommenden Wahlen tragen!
Wo es möglich ist, sollten wir Volksentscheide nutzen, um dem Willen der Mehrheit in Sachen Klimapolitik Gehör zu verschaffen.

Lasst uns mächtig sein durch breite Bündnisse

Nur einer breiten, entschlossen Allianz kann es gelingen, sich gegen die alten Verschmutzerindustrien durchzusetzen. Die Klima-Allianz ist für die sozialen Bewegungen ein entscheidender Schritt: Erstens, weil sie ein globale Bewegung ist. Zweitens, weil Kirchen, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Attac und viele andere zusammen Druck machen. Wann haben wir schon einen Bischof, der hier Präses heißt, vor einem Bauplatz auf einer Demo sprechen hören?

Im Bündnis der Klimaallianz gibt es jedoch einen großen weißen Fleck: Wir brauchen die Gewerkschaften und ihre Macht, um die Globalisierung unter sozial-ökologische Kontrolle zu bringen. Bislang ist jedoch keine einzige Gewerkschaft oder Gewerkschaftsgliederung der Klimaallianz beigetreten. Deshalb fordern wir die Gewerkschaften auf: Nehmt Euren internationalistischen und gesellschaftspolitischen Anspruch ernst und schließt Euch der Bewegung für Klimaschutz an! Hier entsteht mit Eurer Hilfe die gute Arbeit von morgen!

Zur Entwicklung der Klima-Allianz brauchen wir nun einen weiteren Schritt: Bildet lokale Klima-Allianzen! Bringt die alle BündnispartnerInnen in der Klimaallianz vor Ort zusammen. Fordert von Euren Bundestags-, Landtags- und KommunalpolitikerInnen konsequente Klimaschutzpolitik. Zieht vor die Filialen der Vermutzerindustrien aus Energiekonzernen, Daimler, BMW, usw. bei Euch vor Ort. Mit hunderten lokaler Klima-Allianzen schaffen wir die Basis für starke Mobilisierungen in der Zukunft!

Werden wir mächtig durch Massenprotest
Der Tag heute beweist es: Die Umweltbewegung hat wieder gelernt, auf die Straße zu mobilisieren. Von der Anti-Atom-Bewegung, der Amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, der Arbeiter- und Frauenbewegung können wir lernen, dass Massenmobilisierung die Voraussetzung ist, um gegen mächtige Interessen gewinnen zu können.
Das darf nicht wieder für lange Zeit die letzte bundesweite Demo der Umweltbewegung gewesen sein. 2008 finden die Klimaverhandlungen im Polnischen Poznan statt, 2009 in Kopenhagen. Spätestens dann müssen wir noch viel zahlreicher auf die Straße gehen. Wir wissen: An die Klimakatastrophe kann man sich nicht gewöhnen. Mit jedem Unwetter und Hitzesommer, jeder Dürre und Hungersnot in den Ländern des Südens wird unsere Bewegung zynischerweise wachsen!

Schließlich sollten von der Anti-Atom-Bewegung in Gorleben, Whyl, Wackersdorf lernen: Die Bauplätze der Kohlekraftwerke und Billigflughäfen warten auf die ersten friedlichen, aber ungehorsamen Besetzerinnen und Besetzer!

Die Hausaufgaben nach dieser Demo sind also:

· Boykottieren wir die Energiekonzerne!
· Lassen wir Parteien und PolitikerInnen mit unseren Forderungen keine Ruhe mehr!
· Bauen wir hunderte lokaler Klimaallianzen!
· Unterstützt die nächsten Massenproteste unserer neuen Klimabewegung!

Walden Bello

Die Umweltbewegung in den Ländern des globalen Südens: Dreh- und Angelpunkt im Kampf gegen die Erderwärmung?

Die Haltung der Entwicklungsländer zur Frage der Umwelt wurde oft mit der bissigen Bemerkungen des früheren malaysischen Premierministers Mohamad Mahathir beschrieben. So werden häufig seine berühmten Sätze auf der Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro zitiert: *„Als die Reichen ihre eigenen Wälder abholzten, ihre Gift speienden Fabriken bauten und die Welt nach billigen Rohstoffen durchkämmten, sagten die Armen nichts. Tatsächlich zahlten sie für die Entwicklung der Reichen. Jetzt fordern die Reichen das Recht, die Entwicklung der armen Länder zu regulieren… Zuerst wurden wir als Kolonien ausgebeutet. Jetzt, als unabhängige Nationen, sollen wir ebenso ausgebeutet werden.*“ (1)
Im Norden wurde Mahathir so interpretiert, dass er für einen Süden spricht, der um jeden Preis aufholen will und in dem Umweltbewegungen schwach oder nicht vorhanden sind. Heute wird China hingestellt als das prominenteste Beispiel dieser Besessenheit mit schneller Industrialisierung, mit minimaler Rücksicht auf die Umwelt.
Diese Betrachtungsweise des Umgangs des Südens mit der Umwelt ist eine grobe Verzerrung. Tatsächlich sind die Umweltkosten der rapiden Industrialisierung eine Hauptsorge in weiten Teilen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.
In vielen dieser Länder spielte die Umweltbewegung eine gewichtige Rolle. Mehr noch, es gibt gegenwärtig dort eine aktive Diskussion über Alternativen zu dem destabilisierenden Modell des Turbo-Wachstums.

DIE ENTSTEHUNG DER UMWELTBEWEGUNG IN DEN SCHWELLENLÄNDERN

Unter den am weitesten fortgeschrittenen Umweltbewegungen sind die in Korea und Taiwan, die ehedem als „Schwellenländer“ galten (an der Schwelle zur Industrienation). Dies sollte nicht überraschen, da in diesen beiden Gesellschaften der Prozess der rapiden Industrialisierung von 1965 bis 1990 mit wenigen oder gar keinen Umweltschutz-Bestimmungen stattfand.

In **Korea** waren der Han Fluss, der durch Seoul fließt, und der Nakdong Fluss, der durch Pusan fließt, durch uneingeschränkte Einleitung von Industrieabwässern so verschmutzt, dass sie nahe daran waren, als biologisch tot eingestuft zu werden. Die Entsorgung von Giftmüll erreichte kritische Ausmaße. Seoul schaffte 1978 die Auszeichnung als Stadt mit dem höchsten Schwefeldioxyd-Gehalt in der Luft, hohe Werte wurden auch in Inchon, Pusan, Ulsan, Anyang und Changweon registriert.(2)

In **Taiwan** nahm die rasante Industrialisierung ganz besonders höllische Konturen an. Taiwans Formel für ausgeglichenes Wachstum war, Industrie-Ballungen zu verhindern. Man ermutigte die Produzenten, Standorte auf dem Land zu suchen. Das Ergebnis war, dass eine sehr große Zahl der 90.000 Fabriken dieser Insel auf Reisfeldern, an Gewässern und neben Wohngebieten angesiedelt wurden. Mit drei Fabriken pro Quadratmeile (ca. 2,56 qkm) erreichte die Dichte an Industriebetrieben auf Taiwan das 75-fache der USA. Eines der Ergebnisse war, dass 20 % des Ackerlandes durch industrielle Abwässer verseucht waren und 30 % des auf der Insel angebauten Reis mit Schwermetallen wie Quecksilber, Arsen und Kadmium kontaminiert waren.(3)
In beiden Gesellschaften zahlten die Bauern, die Arbeiter und die Umwelt den Preis für die rapide Industrialisierung. Nicht überraschend entstanden in beiden Gesellschaften spontan ziemlich militante Umweltbewegungen. Unterschiedliche Klassen der Bevölkerung beteiligten sich. Man erkannte den Zusammenhang zwischen Umwelt und Arbeitsplatz-Sicherheit, Berufskrankheiten und der Krise der Landwirtschaft. Aktives Einmischen wurde das Mittel der Wahl, weil, wie Michael Hsiao aufzeigte:
„Die Menschen erkannten, dass Proteste Wirkung haben können. Die meisten Aktionen, deren Ergebnisse wir kennen, haben ihre Ziele erreicht. Fabriken, welche die Umwelt verschmutzten, wurden entweder gezwungen, unmittelbar die Umweltbedingungen zu verbessern, oder die Opfer zu entschädigen. Manche Fabriken waren sogar gezwungen, zu schließen oder an einen anderen Ort zu verlagern. Einige Aktionen erreichten sogar, dass geplante Industriebauten nicht ausgeführt wurden.“(4)
Die Umweltbewegungen in beiden Gesellschaften waren imstande, die Regierungen zu zwingen, neue strenge Regeln für giftige Substanzen, industriellen Abfall und Luftverschmutzung zu erlassen. Ironischer weise schufen die erfolgreichen Bürgeraktionen ein neues Problem. Die Umwelt verschmutzenden Industrien **wanderten** von Taiwan und Korea nach China und Südost-Asien **ab**. Zusammen mit japanischen Firmen gingen koreanische und taiwanesische Unternehmen hauptsächlich aus zwei Gründen nach Südost-Asien und China: **billige Arbeitskräfte** und **lasche Umweltgesetze**.

UMWELTKÄMPFE IN SÜDOSTASIEN

Anders als in Korea und Taiwan existierten in einigen südost-asiatischen Ländern Umweltbewegungen, die dort schon vor der Periode der rasanten Industrialisierung - Mitte der Achtziger bis zur Mitte der Neunziger Jahre - auftraten. Diese Bewegungen entstanden in den Siebzigern und Achtziger Jahren im Kampf gegen Kernkraftwerke, wie auf den Philippinen; gegen riesige Staudämme zur Stromerzeugung, wie in Thailand, Malaysia und den Philippinen. Das waren sagenhafte Schlachten, wie der Kampf gegen den Damm am Chico River in den nördlichen **Philippinen** und dem Kampf gegen den Pak Mun Damm im Nordosten von **Thailand**. Damit wurde die Weltbank gezwungen, ihre geplante Unterstützung für diese gigantischen Wasserkraft-Projekte zurückzunehmen. Wie wir später sehen werden, wurde im Kampf gegen den Narmada Damm in Indien das gleiche Ergebnis erzielt. Im Kampf zur Erhaltung der Umwelt entstand eine neue Front gegen Industrie-Unternehmen ausländischer Firmen, die den strengeren Umweltauflagen in ihrer Heimat zu entkommen suchen.

Vielleicht noch mehr als in Nordost-Asien war die Umweltfrage in Südost-Asien ein Thema, das die Massen bewegte und nicht nur die Mittelklasse. Im Chico Kampf wurde die Opposition von indigenen Volksgruppen gebildet, während es im Kampf gegen den Pak Mun Damm Kleinbauern und Fischer waren.
Das Umweltthema war auch besser integriert in einer weiter reichenden Kritik. Im Falle der Philippinen, zum Beispiel, wurde die Abholzung der Wälder als eine unausweichliche Folge einer exportorientierten

Wachstumsstrategie erkannt, welche durch ein Struktur-Anpassungs-Programm der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds erzwungen wurde. Die hohen Auslandsschulden des Landes sollten mit dem Erlös getilgt werden, der mit dem Export der nationalen Hölzer, anderer Naturschätze und mit Industriegütern, erzeugt mit billiger Arbeitskraft, erzielt werden sollte. Aus der Mittelklasse, den Arbeitern, den Armen der Großstädte und den Umweltschützern entstand unter diesem Zwang eine natürliche Allianz. Zugleich mussten das internationale Kapital, die lokalen Monopolkapitalisten und die Zentralregierung die Rolle einer Achse gegen die Umwelt übernehmen.

Die Umweltbewegungen in Südost-Asien spielten nicht nur eine gewichtige Rolle beim Verhindern von Projekten wie dem Bataan Kernkraftwerk, sondern auch im **Verjagen der Diktaturen**, die dort in den Siebziger und Achtziger Jahren regierten. Es war in der Tat so, dass die Umweltbewegungen durch die autoritären Regime nicht als „politisch" wahrgenommen wurden. Deshalb wurden Umweltschutz-Organisationen und solche für die öffentliche Gesundheit anfangs nicht entsprechend sanktioniert. Der Kampf für den Umweltschutz wurde zu einem Thema, in dessen Umfeld sich Bewegungen gegen die Diktatur organisieren und neue Leute erreichen konnten. Die Zerstörung der Umwelt wurde ein anschauliches Beispiel für die Verantwortungslosigkeit eines Regimes. In Indonesien, zum Beispiel, ging die Umweltorganisation WALHI so weit, ein Gerichtsverfahren gegen sechs Regierungsinstitutionen, einschließlich des Ministers für Umwelt und Bevölkerung, wegen Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt anzustrengen. (5) Als die Diktaturen endlich bemerkten, was geschah, war es oft schon zu spät: Umweltschutz und Antifaschismus nährten einander.

Gegenwärtig ist die Umweltbewegung in der ganzen Region im Abnehmen, aber das Bewusstsein über Bedrohungen der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit ist weit verbreitet und kann eine neue Runde von Aktivitäten einläuten, wenn die richtigen Umstände zusammenkommen.

UMWELTPROTESTE IN CHINA

Die Umweltbewegung in China zeigt vielfach die gleiche Dynamik, wie sie in den Schwellenländern und in Südost-Asien zu beobachten ist.

Die Umweltkrise in China ist sehr ernst. Zum Beispiel fällt der Grundwasserpegel der nordchinesischen Ebene um 1,5 Meter (5 Fuß) jährlich. Diese Region erzeugt 40 Prozent von Chinas Getreide. Wie Umweltschützer Dale Wen anmerkt, „*Man kann sich nur den Kopf darüber zerbrechen, wie China ernährt werden soll, wenn dieser unterirdische Wasservorrat erschöpft ist*." (6) Wasserverschmutzung und Wasserknappheit, Bodenverschmutzung, Bodenerosion und Wüstenbildung; globale Erwärmung und die kommende Energiekrise – dies alles sind **Nebenprodukte der Turbo-Industrialisierung Chinas und des massiven Anstiegs des Verbrauches**.

Die größten Gefahren für die Umwelt Chinas werden durch lokale Unternehmen und durch kolossale Regierungsprojekte wie den Drei-Schluchten-Damm verursacht, aber der Beitrag ausländischer Investoren ist nicht unbedeutend. Unter Ausnutzung der sehr laschen Durchsetzung von Umweltgesetzen in China, haben viele westliche internationale Unternehmen ihre schmutzigsten Fabriken in dieses Land verlagert und damit viele Umweltprobleme verstärkt oder gar erst hervorgerufen. Wen stellt fest, dass die Deltas des Pearl-Flusses und des Jangtse-Flusses, die beiden Wirtschaftszonen, wo die meisten internationalen Unternehmen angesiedelt sind, am schlimmsten durch Schwermetalle und nicht abbaubare organische Substanzen verschmutzt sind. (7)

Der Treibhauseffekt ist keine ferne Drohung. Die erste umfassende Studie zu den Auswirkungen des Treibhauseffekts auf den Anstieg des Meeresspiegels von Gordon McGranahan, Deborah Balk und Bridget Anderson weist China als das Land in Asien aus, das am stärksten bedroht ist durch den Anstieg des **Meeresspiegels** von bis zu 10 Metern über die nächsten 100 Jahre. (8) 144 Millionen der chinesischen Bevölkerung leben in den tief liegenden **Küstenregionen** und ihre Zahl wird wegen der exportorientierten Industrialisierung und der Errichtung von Sonder-Wirtschafts-Zonen in genau diesen Regionen wahrscheinlich noch ansteigen,. „*Aus einer Umweltperspektive*," warnt die Studie, „*gibt es einen doppelten Nachteil bei exzessiver (und potentiell rascher) Entwicklung der Küstenregion. Erstens: Die unkontrollierte Entwicklung dieser Region wird höchstwahrscheinlich empfindliche und wichtige Ökosysteme und andere Naturschätze schädigen. Zweitens: Die Besiedlung der Küsten nahen Region, besonders im Tiefland, wird die Bewohner wahrscheinlich Gefahren vom Meer her aussetzen, wie der Anstieg des Meeresspiegels und tropische Stürme. Beides wird vermutlich durch den Klimawandel noch ernster*." (9) Die jüngste Serie von Super-Taifunen, die vom Westpazifik her den asiatischen Kontinent erreichten, unterstreicht die Bedeutung dieser Beobachtungen.

Was die öffentliche Gesundheitsversorgung betrifft ist, laut Dale Wen, die ländliche **Gesundheitsinfrastruktur** praktisch zusammengebrochen. Das System wurde mit der Einführung einer „Dienstleistungsgebühr" privatisiert, das war ein Teil des neo-liberalen Reformprogramms. Eine Folge ist das Wiederauftreten von Krankheiten, die schon unter Kontrolle gebracht worden waren, wie Tuberkulose und Schistosomiasis (Bilharziose). Kuba, als Gegenbeispiel, hat Anerkennung für sein ländliches Gesundheitssystem gefunden, was ironisch ist, sagt Wen, wenn man bedenkt, dass das kubanische System auf dem System der „barfüßigen Ärzte" aus der Mao-Ära beruht. (10)
Ein anderes großes Thema der öffentlichen Gesundheit ist die Ernährungssicherheit. Die Kombination von Industrialisierung der Nahrungsmittel-Produktion und der Verlängerung der Nahrungskette von der Produktion bis zum Konsum steht unter dem massiven Verdacht, die Ursache für die Vogelgrippe zu sein, die von China in andere Länder übertragen wurde. Die Regierung wurde zu einem nicht vertrauenswürdigen Partner im Umgang mit neuen Krankheiten wie Vogelgrippe und SARS (Deutsch: Schweres Akutes Atemwegssyndrom). Sie neigt zum Verharmlosen der Bedrohung oder gar Vertuschen, wie im Fall von SARS.

Wie in Taiwan und Korea 15 Jahre früher, sehen wir eine **ungehemmte exportorientierte Industrialisierung**. Das führt Arbeitsmigranten, die zu niedrigst-Löhnen arbeiten müssen, ländliche Gemeinden, deren Land enteignet oder verunreinigt wurde, Umweltschützer und jene, die eine grundsätzlichen Änderung der politischen Wirtschaft fordern, genannt die **neue "Linke",** zusammen. In China haben im Jahre 2005 Aufruhr, Proteste und Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Umweltproblemen um 30 Prozent auf mehr als 50,000 zugenommen. Unruhen im Zusammenhang mit Umweltproblemen seien eine „*ansteckende Quelle der Instabilität im Lande*" geworden, wie es in einem Bericht heißt. In der Tat, viele der Proteste, von denen berichtet wurde, betrafen Umwelt, Landrechte, Einkommen und politische Themen zugleich. 1995 gab es noch 8.700 „Vorfälle mit Menschenmassen" wie sie vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit genannt werden, 2005 schon 87.000, die meisten davon auf dem Land. Mehr noch, Mitte der 1990er beteiligten sich an Protesten im Durchschnitt 10 oder weniger Personen 2004 52 Personen per Vorfall. (11) Bemerkenswert waren die Unruhen in Huashui im April 2005, wo schätzungsweise 10.000 Polizisten mit verzweifelten Leuten aus kleinen Dörfern zusammen stießen, die es schafften, mächtige Interessenten abzuwehren, die ihr Land verschmutzen wollten.

Wie in Taiwan, haben die Menschen im ländlichen China die Wirksamkeit aktiver Proteste entdeckt. „*Ohne die Unruhen, hätte sich nichts geändert*“, sagte Wang Xiaofang, ein 43-jähriger Bauer. „*Schließlich haben die Leute einen Wendepunkt erreicht*.“ (12) Wie in Südost-Asien können die Kämpfe um die Umwelt und die öffentliche Gesundheit ein umfassenderes öffentliches Bewusstsein bewirken.

Die Stärke der Umweltbewegung in China darf nicht überschätzt werden. Tatsächlich gibt er mehr Fehlschläge als Erfolge. Allianzen sind oft spontan und erreichen nur lokale Bedeutung. Was Dale Wen eine nationale „rot-grüne“ Koalition für den Wechsel nennt, bleibt eine Kraft mit Potential. Aber sie muss erst aufgebaut werden. Dennoch spielt die Umweltbewegung nicht länger eine marginale Rolle und sie ist definitiv etwas, womit die Regierung und das Großkapital umgehen müssen.

DIE UMWELTBEWEGUNG IN INDIEN

Wie in China waren in Indien die Umwelt und die öffentliche Gesundheit Themen von Auseinandersetzungen. Während der vergangenen 25 Jahre ist die Bewegung für Umwelt und öffentliche Gesundheit im Land explosionsartig gewachsen. Man kann tatsächlich sagen, dass diese Bewegung eine der Kräfte geworden ist, die die Demokratie in Indien vertiefen helfen.

Auseinandersetzungen über die Umwelt und die öffentlichen Gesundheit gehen weit zurück. Das vielleicht herausragendste Ereignis aber, das die Bewegung auf eine kritische Masse anwachsen ließ, war der Gas-Austritt in **Bhopal** am 3. Dezember 1984. Es traten 40 Tonnen Methyl-iso-Zyanat aus. 3.300 Menschen waren sofort tot und insgesamt starben zwischen 15.000 und 20.000 Menschen an den Folgen. (13) Die Auseinandersetzung um eine gerechte Entschädigung für die Opfer von Bhopal dauert bis heute an.

Die Auseinandersetzungen in diesem riesigen Land werden immer häufiger.

Es gibt eine landesweite Kampagne gegen Fabriken von **Coca-Cola und Pepsi Cola** wegen des Auspumpens von Grundwasser und der Kontamination von Feldern mit Abwässern. Da sind die lokalen Kämpfe gegen die Intensiv-Kulturen von Fischfarmen in Tamil Nadu, Orissa und andere Küstenprovinzen. Es gibt eine gewaltfreie, aber entschlossene Kampagne von Bauern gegen **GMOs** (genetisch manipulierte Organismen). Das führte dazu, dass die Bauern genetisch verändertem Reis aus rissen oder die Felder abbrannten. Natürlich gibt es auch Bewegungen gegen große Staudämme, wie die Narmada Bachao Andolan Bewegung. Diese Auseinandersetzungen brachten hervorragende Anführer hervor, manche wurden sogar zu Schlüsselfiguren in der internationalen Umweltbewegung.

Das Schlüsselthema im öffentlichen Gesundheitswesen war der enorme Druck von ausländischen Pharma-Konzernen um Indien dazu zu bringen, **Patentgesetze** zu erlassen, in Übereinstimmung mit dem „Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum“ (TRIPS) der Welthandelsorganisation. Die Hauptbefürchtung ist, dass damit die Fähigkeit der pharmazeutischen Industrie des Landes beeinträchtigt würde, billige Generika sowohl für den einheimischen Markt als auch für den Export zu erzeugen. In Indien leben zwischen 2 und 3,6 Millionen Menschen mit HIV – Indien nimmt nach Südafrika und Nigeria den dritten Platz in der Liste der mit HIV-Betroffenen ein. Viele afrikanische Länder mit großen HIV-infizierten Bevölkerungsgruppen sind abhängig von billigen indischen Medikamentenimporten. Die Einhaltung oder Nicht-Einhaltung des TRIPS Abkommens wird zu einer Frage von Leben oder Tod.

Vor zwei Jahren wurden von fortschrittlichen Kräften gewichtige Anpassungen im indischen Patentrecht durchgesetzt. Das bedeutete„ein relativ lockeres Patentrecht für jetzt“ wie eine einflussreiche Zeitung schrieb. (14) Eine wichtige Anpassung war, dass indische Firmen weiterhin Medikamente produzieren und vermarkten dürfen, die vor dem 1. Januar 2005 von ihnen produziert wurden, nachdem sie eine „angemessene Abgabe“ an den Patentinhaber gezahlt hätten. Das vorherige Patentrecht verbot ein solches Vorgehen. Eine andere wichtige Anpassung machte den Medikamentenexport in ein anderes Land weniger aufwändig, indem es die Notwendigkeit einer Lizenzverpflichtung durch dieses Land aufhob. (15) Es gab einige Stimmen, die sagten, dass diese Anpassungen nicht weit genug gingen, um die Offensive der Transnationalen Gesellschaften abzuwehren, die Wissen zum Nachteil der öffentlichen Gesundheit privatisieren wollten. Andere stellen fest, dass die Anpassungen scheinbar geringfügig seien, in der byzantinischen Welt des TRIPS allerdings der Teufel im Detail stecke.

An dieser Stelle lohnt es sich, sich die einflussreichste indische Umwelt-Massenbewegung genauer anzusehen: die **Anti-Staudamm-Bewegung.**

Staudämme repräsentieren oft die Modernisierungsvision vieler Regierungen der Dritten Welt in ihrem dem Bemühen in, zum Westen aufzuschließen. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die technologische Bauanleitung zur Energiegewinnung in der Errichtung einiger weniger Kraftwerke, – gigantische Dämme, Kohle- , Öl- oder Atomhraftwerke. An strategischen Punkten sollte Elektrizität erzeugt werden, die von dort auch in die entlegendsten Winkel des Landes verteilt werden sollte. Traditionelle oder lokale Energiequellen, die einen gewissen Grad an Selbstversorgung gestattet hätten, wurden als rückständig betrachtet. Wenn man nicht an das zentrale Stromnetz angeschlossen war, dann galt man als rückständig.
Zentralisierte Stromversorgung mit großen Staudämmen, großen Kohlekraftwerken und Atomreaktoren kamen in Mode. Es gab tatsächlich unter Politikern und Technokraten einen fast religiösen Eifer für eine Vision, als ihr Lebenswerk die „missionarische Elektrifizierung“ zu definieren: Auch das letzte Dorf sollte mit dem zentralen Stromnetz verbunden werden.
Jawarharlal Nehru, die dominante Gestalt im Indien der Nachkriegszeit, nannte Dämme die „Tempel des modernen Indien“, eine Behauptung, die, wie die indische Schriftstellerin Arundhati Roy aufzeigt, jeder indischen Sprache ihren Weg in die Lehrbücher der Grundschulen fand. Große Dämme wurden zum Bestandteil des Glaubens, untrennbar verbunden mit dem Nationalismus. „*Ihren Nutzen in Frage zu stellen kam Verrat sehr nahe*.“ (16)

Wie Roy in ihrem brillanten Essay „*Politik und Macht*“ (Im Original: „The Cost of Living“) beschreibt, bauten Indiens Technokraten im Namen der missionarischen Stromversorgung, nicht nur „*neue Dämme und Bewässerungssysteme, sie erlangten [auch] die Kontrolle über kleine, traditionelle Bewässerungssysteme, die seit Tausenden von Jahren betrieben worden waren und gaben sie dem Verfall preis.*“ (17) Hier drückt Frau Roy eine wesentliche Wahrheit aus: eine zentralisierte Stromversorgung verhindert von vornherein, dass alternative Energiesysteme entwickelt werden, die dezentralisierter hätten sein können, stärker durch die Menschen kontrolliert, umweltverträglicher und weniger kapitalintensiv.

Die treibenden Kräfte hinter der zentralen Stromversorgung waren mächtige lokale Koalitionen von Energietechnokraten, Großunternehmern und die urbanen industriellen Eliten. Trotz der Rhetorik über „Elektrizität für die ländlichen Regionen“ war die zentrale Stromversorgung grundsätzlich auf die Städte und die Industrie ausgerichtet. Besonders im Fall der Staudämme wurde das natürliche Kapital des ländlichen Raumes und der Wälder verbraucht, um das Wachstum der Industrie in den großen Städten zu subventionieren. Die Industrie war die Zukunft. Die Industrie brachte echten Mehrwert. Die Industrie war gleichbedeutend mit der Macht der Nation. Die Landwirtschaft war Vergangenheit.

Während diese Interessen dominierten, mussten andere die Kosten tragen.. Es waren insbesondere die ländlichen Regionen und die Umwelt, die die Kosten für die zentrale Stromversorgung zu tragen hatten. Ungeheure Verbrechen wurden im Namen der Energiegewinnung und der Bewässerung begangen, sagt Roy, aber diese blieben verborgen, weil die Regierungen diese Kosten niemals verbuchten. In Indien, berechnete Roy, haben die großen Staudämme in den vergangenen 50 Jahren 33 Millionen Menschen vertrieben, rund 60 Prozent von ihnen waren Unberührbare (Dalits) oder indigene Völker.

Tatsächlich gibt es in Indien keine nationale Umsiedlungs-Politik für jene, die durch einen Staudamm vertrieben wurden. Die Kosten für die Umwelt waren enorm. Frau Roy weist darauf hin, dass „*die Beweise für die Folgen des Baus großer Staudämme alarmierend sind – katastrophale Ausfälle von Bewässerungsanlagen, Überschwemmungen die durch Dämme ausgelöst wurden, die Tatsache, dass es heute mehr Gebiete gibt, die von Dürren und Überschwemmungen bedroht sind, als 1947. Die Tatsache, dass kein einziger Fluss in den Ebenen trinkbares Wasser führt*." (18)

Die Dinge änderten sich, als die Regierung in den späten Siebzigern Pläne ankündigte, den mächtigen Narmada Fluss aufzustauen. Statt das durch die Weltbank unterstützte Unterfangen stillschweigend zu akzeptieren, begannen die betroffenen Menschen einen bis heute anhaltenden Widerstand.
Die Narmada Bachao Andolan Bewegung, geführt von Medha Patkar beim Sardar Sarovar Damm und von Alok Aggarwal und Silvi am Maheshwar Damm erhielt Unterstützung aus ganz Indien und weltweit. Der Widerstand der Menschen, die meisten von ihnen Adivasis oder indigene Völker, erreichte, dass die Weltbank die Unterstützung für das Projekt zurückzog. Sie bewirkten Verzögerungen, die die Fertigstellung des Dammes ungewiss machen. Zum Beispiel ordnete der Oberste Gerichtshof an, dass alle vom Bau des Sardar Sarovar Damms Betroffenen entschädigt werden und im März 2005 urteilte der Gerichtshof, dass der Bau des Staudammes so lange eingestellt bleibt, bis das geschehen ist.
Der Bau des Staudammes ist jetzt bei einer Höhe von 110,6 Metern gestoppt worden. Das ist schon weitaus höher als die 88 Meter, die von den Aktivisten als Maximalhöhe gefordert wurden, allerdings noch niedriger als die geplante Höhe von 130 Metern.
Derzeit ist nicht klar, wie das Projekt am Ende aussehen wird und wann es fertig gestellt sein wird, obwohl das Gesamtprojekt 2025 beendet sein soll. (19) Das Schicksal des Maheshwar Dammes ist gleichermaßen nicht klar.

Bedeutend sind auch die breiteren politischen Auswirkungen der Auseinandersetzungen um den Narmada Staudamm. Sie bedeutenden eine entscheidenden Wende für die gesellschaftlichen Bewegungen. Sie vertieften die indische Demokratie und verwandelten die politische Szene. Die staatliche Bürokratie und die politischen Parteien müssen jetzt auf diese Bewegungen hören oder sie riskieren Widerstand. Die politischen Parteien riskieren, dass sie von der Macht verdrängt werden.
Die gesellschaftlichen Bewegungen im ländlichen Raum trugen wesentlich dazu bei, das Bewusstsein der Massen zu erwecken, das 2004 zur Niederlage der neoliberalen Koalition unter der Leitung der hindu-chauvinistischen BJP (Bharatiya Janata Party) führte. Sie hatte mit dem pro Globalisierungsslogan „India Shining" geworben. Ihre Nachfolger, die von der Kongresspartei geführte Koalition, wendet nun dem ländlichen Protest, der ihr zum Wahlerfolg verholfen hatte, den Rücken zu und verfolgt den gleichen Kurs gegen den ländlichen Raum und eine pro Globalisierungspolitik wie früher die BJP. Damit riskiert sie einen noch größeren Rückschlag in der nahen Zukunft.

Die Umweltbewegung ist gegenwärtig mit ihrer größten Herausforderung konfrontiert: der Erderwärmung.
Wie in China ist die Bedrohung nahe, sowohl räumlich als auch zeitlich.
Das Hochwasser in Mumbai von 2005 wurde von Regenfällen verursacht, wie sie normalerweise nur einmal in hundert Jahren auftreten. (20)
Die Gletscher des Himalaja ziehen sich zurück. Der Größte von ihnen, Gangotri, ist in „*einem alarmierenden Ausmaß, und verändert damit den Abfluss des Schmelzwassers in den Flüssen aus dem Himalaja*", berichtet eine Fachzeitschrift (21).
Sechs Prozent oder 63,2 Millionen der Bevölkerung Indiens leben in den tief liegenden Küstenregionen, die durch einen Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind. (22) Der Anstieg des Meeresspiegels wird nicht nur an der Küste von Gujarat Dörfer überfluten, sondern auch in vielen anderen Gebieten an Indiens 7.500 km langer Küstenlinie. Ein Bericht behauptet, dass in den „*Sunderbans bereits 7.000 Menschen vertrieben wurden, weil zwei Inseln von der Landkarte verschwunden sind. Weitere zwölf Inseln werden wahrscheinlich untergehen, wenn der Meeresspiegel jährlich um 3,14 ansteigt und damit 70.000 Menschen zu Flüchtlingen machen wird. Fünf Dörfer im Bhitarkanika Nationalpark von Orissa, berühmt für das massenhafte Nisten von Olive Ridley Schildkröten, wurden überflutet und 18 weitere werden wahrscheinlich untergehen*." (23)

Wie in China besteht die Herausforderung im **Aufbau einer Massenbewegung**, die nicht nur bei der Elite unpopulär sein mag, sondern auch bei Teilen der städtischen Mittelklasse, welche die Hauptnutznießer der seit den frühen 90er Jahren verfolgten Wirtschaftsstrategie der extrem hohen Wachstumsraten waren.

DIE NATIONALEN ELITEN UND DIE DRITTE WELT

Die Entwicklung der breiten Umweltbewegung in Ostasiens und in Indien widerlegen den Eindruck, dass die asiatischen Massen starr und unkritisch die umweltschädigenden exportorientierten Industrialisierungsmodelle der regierenden Eliten akzeptieren. Es wird den einfachen Leuten überall in Asien immer deutlicher, dass dieses Modell die Landwirtschaft zerstörte, die Einkommensunterschiede vergrößerte, nach den asiatischen Finanzkrisen für zunehmende Armut sorgte und überall die Zerstörung der Umwelt verursachte.

Es sind die nationalen Eliten, die der Ultra-Dritte-Welt Linie folgen, nach der der Süden immer noch nicht seinen Anteil an der Verschmutzung der Welt verursacht habe, während der Norden seinen Anteil bereits überschritten hätte. Sie sind es, die für die großen, sich rasch industrialisierenden Länder Ausnahmen verlangen von den verpflichtenden Begrenzungen beim Ausstoß von Treibhausgasen unter dem neuen Kyoto-Protokoll. Wenn die Bush-Regierung sagt, dass sie das Kyoto-Protokoll nicht akzeptiert, weil es China und Indien nicht bindet und die chinesischen und indischen Regierungen sagen, dass sie keine Begrenzungen bei ihrem Ausstoß von Treibhausgasen akzeptieren wollen, weil die USA Kyoto nicht ratifiziert haben, dann schmieden sie tatsächlich eine unheilige Allianz, die es ihren Wirtschaftseliten gestattet, sich auch weiterhin ihrer Verantwortung für die Umwelt zu entziehen und auf Kosten der restlichen Welt weiterhin schwarz zu fahren.

Diese Allianz wurde jetzt in der so genannten „Asiatisch-Pazifischen Partnerschaft" formalisiert, die im vergangenen Jahr durch die USA, China, Indien, Japan, und Korea geschaffen wurde in Konkurrenz zum Kyoto-Protokoll, das von den Vereinten Nationen ausgehandelt wurde. Nachdem unlängst Kanada, das jetzt durch den Bush-Klon Stephen Harper regiert wird, in diese „Partnerschaft" aufgenommen wurde, strebt diese Gruppe freiwillige statt verpflichtende Beschränkungen beim Ausstoß von Treibhausgasen an. Diese Gruppe von Ländern ist eine gefährliche Vereinigung. Sie hat keinen anderen Plan als soviel Kohlendioxyd auszublasen, wie es ihr gefällt. Das ist es, was von freiwilligen Beschränkungen zu erwarten ist.

DIE NOTWENDIGKEIT EINER GLOBALEN ANPASSUNG

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Last der Anpassung an der Erderwärmung zum größten Teil auf den Norden fallen wird und dass diese Anpassung innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre zu erfolgen hat. Ebenso wird die Anpassung weit mehr bewirken müssen, als eine Reduktion um 50 Prozent vom Niveau der 90er Jahre bis zum Jahre 2050, wie die G8 vorgeschlagen haben. In den Augen mancher Experten, wird die nötige Reduktion in der Größenordnung von bis zu 90 oder 100 Prozent vom gegenwärtigen Niveau sein – das bedeutet Null-Ausstoß. (24) Was auch immer die wirkliche Zahl sein wird, es ist unausweichlich, dass auch der Süden seinen Anteil am Ausgleich wird beitragen müssen: im Verhältnis zum Norden weniger, aber dafür strikter.

Die Anpassung im Süden wird nicht stattfinden ohne die Führerschaft des Nordens. Aber er wird auch nicht stattfinden, wenn die Verantwortlichen im Süden ihre exportorientierten Vorgaben für ein Turbo-Wachstum nicht auf den Müll werfen. Es ist nötig, dass die Eliten und die Mittelklasse ihre Faszination für jene Modelle überwinden, wie sie von der Weltbank und den meisten Ökonomen entwickelt wurden.

Die Menschen im Süden sind offen für eine Alternative zu einem Wachstumsmodell, das sowohl der Umwelt als auch der Gesellschaft schadete.
In Thailand zum Beispiel, in einem Land, das durch die asiatische Finanzkrise verwüstet wurde und durch Umweltprobleme zerrüttet ist, sind Globalisierung und exportorientiertes Wachstum heute Schimpfworte. Zum Erstaunen des „Economist“ (britisches Wochenblatt) sind die Thais mehr und mehr offen für die Idee einer „*Bedarfs-orientierten Wirtschaft*“, unterstützt vom populären König Bhumiphol. Diese nach innen gerichtete Strategie betont die Eigenverantwortung an der Basis und die engere Vernetzung der heimischen Wirtschaft zugleich mit einem „*sorgsamen Umgang mit der Natur*“. (25)

Thailand mag eine Ausnahme sein, wenn dort die Elite eine Führungsrolle zu einem nachhaltigeren Weg ausübt. Aber selbst dort ist die Zustimmung dieser Elite zu diesem alternativen Weg nicht einhellig. Es ist klar, dass man sich in den meisten anderen Ländern des Südens für einen entscheidenden Kurswechsel nicht auf die Eliten und Teile der Mittelschicht verlassen kann. Im günstigsten Fall werden sie mit kleinlichen Einwänden kommen. Der Kampf gegen die Erderwärmung muss notwendigerweise hauptsächlich von einer Allianz aus der fortschrittlichen Zivilgesellschaft im Norden und den Massenbewegungen der Bürger des Südens vorangetrieben werden.

Wie im Norden, haben die Umweltbewegungen im Süden ihre Höhen und Tiefen erlebt. Es scheint, dass es - wie bei allen sozialen Bewegungen - einer besonderen Konstellation von Umständen bedarf, damit eine Umweltbewegung zum Leben kommt, nachdem sie einige Zeit ruhte. Ähnliche Voraussetzungen sind nötig, damit verschiedene lokale Kämpfe zu einer landesweiten Bewegung werden. Im Falle der Erderwärmung ist die Herausforderung für die Aktivisten im Norden und Süden sogar noch größer: es geht darum, jene Umstände herbeizuführen, welche die Bildung einer weltweiten Massenbewegung auslösen, die sich entschieden der größten Herausforderung unserer Zeit stellt.

ANMERKUNGEN

1. Mohamad Mahatma, Rede auf der Konferenz über Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro.
2. Die Umweltkrise von Korea wird ausführlich behandelt in Walden Bello und Stephanie Rosenfeld, Dragons in Distress: Asia’s Miracle Economies in Crisis (San Francisco: Food First, 1990), pp. 95-118.
3. Siehe ibid., p. 195-214.
4. Ibid, p. 213.
5. Frieda Sinanu, "Coming of Age: Indonesia's Environmental Network Faces Dilemmas as it Turns 25," Inside Indonesia, 2007; http://insideindonesia.org/content/view/72/29/
6. Interview with Dale Wen, Focus on the Global South website, http://www.focusweb.org/interview-with-dale-wen
7. Ibid.
8. Cited in R. Ramachandran, "Coming Storms," Frontline, Vol. 24, No. 7 (April 7-20, 2007); http://www.frontlineonnet.com/fl2407/stories/20070420016090000.htm
9. Quoted in ibid.
10. Email communication, Sept. 25, 2007
11. Fred Bergsten et al., China: What the World Needs to Know now about the Emerging Superpower (Washington: Center for Strategic and International Studies and Institute for International Economics, 2006), pp. 40-41.
12. "Increase in Environmental Unrest Causes Instability in China," Green Clippings, http://www.greenclippings.co.za/gc_main/article.php?story=20060906170952367
13. "Bhopalunglück," Wikipedia; http://de.wikipedia.org/wiki/Bhopalungl%C3%BCck
14. V. Sridhar Siddharth Narrain, "A Tempered Patents Regime," Frontline, Vol. 22, No. 8 (2005); http://www.flonnet.com/fl2208/stories/20050422004602800.htm
15. Ibid.
16. Arundhati Roy, Die Politik der Macht. Goldmann, 2002, ISBN 3-442-72987-4 (Originaltitel: The Cost of Living)
17. Ibid.
18. Ibid
19. "Narmada River,"Wikipedia; http://en.wikipedia.org/wiki/Narmada_River
20. R. Ramachandran, "Himalayan Concerns," Frontline, Vol. 24, No. 4 (2007); http://www.flonnet.com/fl2404/stories/20070309006201000.htm
21. Ibid.
22. R. Ramachandran, "Coming Storms..."
23. Dionne Busha, "Gone with the Waves," Frontline, Vol. 24, No. 14 (2007); http://www.fllonnet.com/fl2414/stories/20070727000206600.htm
24. Catherine Brahic, "Zero Emissions Needed to Avert ‘Dangerous' Warming," New Scientist, http://environment.newscientist.com/article.ns?id=dn12775&print=true.
25. Thailand Human Development Report 2007: Sufficiency Economy and Human Development (Bangkok: United Nations Development Program, 2007), pp. 48-49.

** Ich anerkenne dankbar die Unterstützung durch meine Kollegen Afsar Jafri und Dale Wen bei der Vorbereitung dieses Artikels. Sie sind jedoch nicht verantwortlich für mögliche Fehler in Fakten oder Interpretationen.*

*** Walden Bello ist Distinguished Visiting Professor für Internationale Studien an der St. MMary’s University, Halifax, Kanada; Professor für Soziologie an der Universität der Philippinen (Diliman) und Senior Analytiker und früherer geschäftsführender Direktor von Focus on the Global South, Bangkok, Thailand*

(http://www.focusweb.org/environmental-movement-in-the-global-south-the-pivotal-agent-in-the-fight-against-global-wa.html?Itemid=1

Übersetzung Paul WOODS, Herbert KASER, SiG-Redaktion)

Palästina

Sophia Deeg

Annapolis – die falsche Agenda

Die Interessen der Palästinenser werden bei Bushs Nahostkonferenz nicht vertreten

Mustafa Barghouti, Abgeordneter im palästinensischen Parlament (für Al Mubadera, die Palästinensische Nationale Initiative), hat es immer noch nicht aufgegeben, den Palästinensern eine Stimme zu geben.
Auf einer Pressekonferenz in Ramallah beschrieb er das Verhalten Israels unmittelbar vor Beginn der Nahostkonferenz in Annapolis. Es ziele darauf ab, »die palästinensische Uneinigkeit zu vertiefen, Demokratie zu verhindern, die israelischen Menschenrechtsverletzungen stillschweigend zu übergehen und dem besetzten Volk die Verantwortung für die Besatzung aufzubürden«.
Er äußerte sich zutiefst skeptisch, ob Annapolis irgend etwas Positives für die Bevölkerung von Gaza bringen könnte, da die Konferenz auch auf dem Ausschluß Gazas von den Verhandlungen beruhe, während sich dort eine durch Israel herbeigeführte und »kontrollierte humanitäre Katastrophe« abspiele.

Barghouti, ein Arzt, der seit Jahren mit den Palestinian Medical Relief Committees wesentlich zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung unter schwierigsten Bedingungen beiträgt, macht dafür die israelischen Besatzer verantwortlich.
Seit dem 17.Juli, dem Tag, an dem George Bush das Treffen von Annapolis angekündigt habe, hätten 1051 Angriffe Israels auf die Westbank und den Gazastreifen stattgefunden, so der Abgeordnete. Dabei wurden 148 Palästinenser getötet (16 davon Kinder) und 649 verletzt (101 davon Kinder). Im selben Zeitabschnitt kamen durch palästinensische Angriffe drei israelische Soldaten und ein Siedler um.
Vom 1. Januar 2007 bis zum 20. Juli wurden von der Besatzungsmacht 3743 Palästinenser verhaftet. Seit Jahren bereits sind ständig rund 10000 Menschen aus den besetzten Gebieten in israelischen Gefängnissen. Zwar wurden am 21. Juli 2007 256 dieser Gefangenen entlassen, seither wurden jedoch erneut 1581 Palästinenser verhaftet.
Insgesamt, resümierte Barghouti, sind diese Zahlen Beleg für eine Politik, die jegliche friedliche Absicht seitens Israels vermissen läßt. Im Übrigen bewiesen sie, daß Israel nach wie vor nicht nur den Gazastreifen, sondern auch die Westbank angreift, während es gleichzeitig erklärt, es sorge für »vertrauensbildende Maßnahmen«.
In diesem Zusammenhang wies Barghouti auch auf einen kürzlich erschienenen Bericht von Machsom Watch (der israelischen NGO an den Checkpoints innerhalb der Westbank) hin, der nachweise, daß von den 24 Straßensperren, die Israel angeblich abgebaut habe, nur zwei tatsächlich verschwunden seien und im übrigen viele der übrigen von Ehud Olmert großspurig benannten 22 überhaupt nicht existiert hätten. Die beiden tatsächlich abgebauten Barrieren seien ein Tropfen auf dem heißen Stein angesichts der systematischen Blockade jeglicher Bewegungsfreiheit für Menschen und Waren in der Westbank durch 837 tatsächliche Straßensperren (561 ständige und 276 vorübergehende; Stand: Oktober 07).

Außerdem, so der Abgeordnete, könne von einem Einfrieren des Siedlungsbaus keine Rede sein, solange Israel gegenüber den Vereinigten Staaten lediglich erkläre, es beabsichtige, keine weiteren Siedlungen in der Westbank zu errichten und erweitere nur die bestehenden.
Denn auch diese Politik verstoße flagrant gegen die UN-Resolutionen zur Lösung der palästinensischen Frage und gegen das internationale Recht, wonach alle Siedlungen durch eine Besatzungsmacht in besetztem Gebiet illegal sind. Barghouti zitierte in diesem Zusammenhang das Beispiel Ma'ale Adumim, Israels größter Siedlung in der Westbank, deren geplante Erweiterung um mehrere Wohnhäuser in dieser Woche angekündigt wurde.

Abschließend stellte er fest, daß diese lange Reihe von Übertretungen durch Israel eine unmißverständliche Sprache sind:
Israel hat kein Interesse an einem echten Frieden, die Palästinenser werden in Annapolis keinen israelischen Partner für Frieden finden.
Einmal mehr legte er der Palästinensischen Autonomiebehörde nahe, ihre Teilnahme an den Gesprächen an vier Bedingungen zu knüpfen, die Israel zu erfüllen habe.

- Zum ersten die Rücknahme der Erklärung Gazas zu einem »feindlichen Gebilde« durch Israel und ein Ende der israelischen Aggression gegen die palästinensische Bevölkerung.
- Zum zweiten sei ein umfassendes und vollständiges Einfrieren aller Siedlungsaktivitäten zu fordern.
- Drittens gehe es um das Ende der Baumaßnahmen an der Apartheidmauer sowie um deren vollständigen Abbau.
- Und schließlich müsse ein päziser Zeitplan zur Lösung aller existentiellen Fragen erarbeitet werden, bei denen es um Jerusalem, die palästinensische Staatlichkeit, Flüchtlingsrechte und die Siedlungen gehen müsse.

Nichts von alledem steht auf der Agenda von Annapolis.
Junge Welt 28.11.2007

Rosso Vincenzo

»Nationaler Dialog« statt Konferenz mit Bush

Palästinensische Linke wenden sich gegen alle »Schritte, die die innerpalästinensische Spaltung vertiefen«

Angesichts der für Ende November geplanten internationalen Nahostkonferenz verständigten sich die Parteien der palästinensischen Linken seit langem erstmals wieder auf ein Positionspapier und eine Initiative, mit der die innerpalästinensische Spaltung überwunden und der US-Politik entgegengetreten werden soll. In dem gemeinsamen Dokument betonten die »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP), die »Nationale Palästinensische Initiative Al-Mubadara« von Mustafa Barghuti, die »Demokratische Front für die Befreiung Palästinas« (DFLP) sowie die aus der aufgelösten KP hervorgegangene »Palästinensische Volkspartei« (PPP) und die kleine Fatah-Abspaltung FIDA, daß eine *»internationale Konferenz mit vollen Machtbefugnissen und der Beteiligung aller Protagonisten auf der Grundlage der legitimen internationalen Resolutionen und mit dem Ziel, diese Resolutionen unter einer kollektiven internationalen Überwachung im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Schirmherrschaft auch umzusetzen (...), die einzig mögliche Plattform darstellt, um zu einer Beendigung des israelisch-arabischen und israelisch-palästinensischen Konfliktes zu gelangen«.*
Die von US-Präsident George W. Bush

geplante Konferenz in Annapolis entspreche nicht diesen Anforderungen und sei »ein Versuch, sie zu umgehen und zu deformieren«. Diese Einladung sei der »x-te hartnäckige Versuch der USA, die arabische und palästinensische Unterstützung zu erlangen, um nach den für alle sichtbaren, irreparablen Schäden, die ihre Aggressionspolitik in Afghanistan und im Irak und anderswo in der Region hervorgerufen hat, wieder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen und ihre Pläne zur Spaltung der arabischen und islamischen Welt in zwei einander bekämpfende Lager zu verwirklichen«.
Die fünf palästinensischen Linksparteien, die bei den Parlamentswahlen Ende Januar 2006 mit drei konkurrierenden Listen insgesamt auf knapp zehn Prozent der Stimmen gekommen waren, rufen auf zu einer *»arabisch-palästinensischen Koordination und kollektiven Arbeit«* und wenden sich gegen alle *»Schritte, die die innerpalästinensische Spaltung vertiefen«.* Sie warnen ausdrücklich davor, »Alternativen zur PLO zu finden«. In diesem Zusammenhang fordern sie die Hamas auf, von ihrem »Militärschlag und der Verletzung der Demokratie« Abstand zu nehmen, »die separatistische Anomalie in Gaza zu beenden und in den legitimen Rahmen zurückzukehren«.
Zugleich mahnen sie Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und die Fatah, der US-Regierung nicht auf den Leim zu gehen und sich der Wiederaufnahme eines »nationalen Dialogs« nicht zu widersetzen. Ziel müsse *»die friedliche und demokratische Lösung der innenpolitischen Krise auf der Grundlage des Dokuments der Nationalen Übereinkunft und der Kairoer Erklärung«* sein. Kein leichtes Unterfangen, war es doch bereits schwer, die verschiedenen Teile der palästinensischen Linken an einen Tisch zu bringen. Die Distanz zwischen den Parteien ist teilweise enorm. In einem Punkt sind sich die Linkskräfte allerdings absolut einig: Jede ernsthafte internationale Anstrengung zur Lösung des Nahostkonflikts erfordere, Israel zur sofortigen Beendigung der Aggression und seines einseitigen Vorgehens zu zwingen. *»Das beinhaltet eine Beendigung der Besatzung, einen Baustopp für den Apartheidwall und den Abriß der bereits bestehenden Teile, das Ende der Invasionen, der Verhaftungen und Tötungen, den Abbau der Checkpoints, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Annullierung des anmaßenden Befehls, Gaza als Feindesland zu betrachten und die Beendigung des Embargos.«*
Junge Welt, 9.11.2007

Viktoria Waltz

'Ethnische Säuberung' in der Stunde der Wahrheit:

Die Gründungsväter des Staates Israels gingen über Leichen.
Eine Rezension des neusten Buches des israelischen Historikers Ilan Pappé



Einer sagt es: Ilan Pappé, israelischer Historiker und Autor vieler kritischer Bücher zum israelisch-palästinensischen Konflikt, beschreibt und belegt in seinem neusten Buch, was jedem Palästinenser als die "Nakba", die Katastrophe, in schmerzlichem Bewusstsein ist: die systematische Vertreibung von einer Dreiviertel Million Palästinenser aus dem heutigen Gebiet Israels, etwa die Hälfte der damaligen palästinensischen ansässigen Gesamtbevölkerung.

Dies geschah nach dem UN Teilungsbeschluss von 1947, auf der Basis eines Planes, der bereits 1940 von einer Gruppe zionistischer Politiker und Militärs unter der Leitung Ben Gurions erarbeitet wurde und in den sog. Plan D (Dalet) mündete. Plan C, ein Vorgänger von Plan D, sprach eine deutliche Sprache über die Ziele:
- Angriff auf politische Führer, Widerständler, auf finanzielle Unterstützer des Widerstandes, auf Araber, die gegen Juden vorgegangen sind, sowie auf erfahrene arabische Offiziere (der Mandatsverwaltung);
- Zerstörung der Transportwege, lebenswichtiger und ökonomischer Ressourcen wie Brunnen, Mühlen usw.;
- Übergriffe auf Dörfer, Nachbarschaften, Clubs, Cafés, Treffpunkte etc. (Pappé 2006)

Damit die Ziele auch für jeden Militanten erkennbar waren, wurde eine komplette Akte aller Dörfer und Orte erstellt, die nicht nur geographisch genaue Luftaufnahmen enthielt, sondern Details über die Bürgermeister, die soziale Mischung, Alter der Männer, Beziehungen zwischen den Dörfern, und vor allem eine Liste der Männer, die im Aufstand von 1936-39 gegen die britische Unterstützung der zionistischen Besiedlung beteiligt waren (dgl: 11). Diese Akte aller Dörfer, in der Hand Elimelech Avnir's, Kommandeur der Hagana (Miliz), wurde zur Basis dessen, was unter "ethnic cleansing" verstanden werden muss. Es gab dazu "hilfreiche" Anweisungen:
"Diese Operationen sollen in folgender Weise durchgeführt werden: in dem die Dörfer zerstört werden (in Brand setzen, in die Luft jagen, oder Minen in de Trümmer legen), und besonders dort, wo auf lange Sicht die Bevölkerung schlecht zu kontrollieren sein wird;... bei Widerstand müssen die militärischen Kräfte vernichtet und die Bevölkerung über die Staatsgrenzen hinaus vertrieben werden."
Innerhalb von sechs Monaten wurde diese "Mission", die mit Beschluss vom 10. März 1948 in die Tat umgesetzt werden sollte, in grausamster Weise erfüllt, mit Massaker, Hinrichtungen, Verwüstungen und Zerstörung. Das Ergebnis: 750.000 Flüchtlinge, in alle Himmelsrichtungen verstreut, 531 Dörfer waren zerstört und weitere 11 städtische Gebiete von ihren Bewohnern entleert worden (…)

Pappé wagt sich - auf der Basis historischer israelischer Dokumente (Armee und Staatsarchive) - weit vor im israelischen Diskurs über diese Zeit, die im israelischen Geschichtsbewusstsein als der "Unabhängigkeitskampf" und deren Akteure als Helden und Märtyrer glorifiziert werden. Selbst aus dem internationalen Bewusstsein, so seine kritische Einschätzung, sind die tatsächlichen Ereignisse getilgt worden - obwohl es dramatische Berichte internationaler Beobachter gab, die auf die verübten Massaker hinwiesen und Einhalt forderten. Sein Buch, so hofft er, soll diesen Zustand ändern, was geschehen ist öffentlich machen, dieses Verbrechen ebenso als solches anerkennen, wie der Genozid an den Armeniern, der auch erst langsam in das internationale öffentliche Bewusstsein gelangt ist. Den Opfern und den Tätern ein Gesicht geben, das ist seine Absicht. Es soll nicht mehr gelten "es waren die Umstände", "die Armee" oder "Krieg ist Krieg" oder dass gar die Opfer zu Tätern umdefiniert werden, die "freiwillig" davonliefen. **Nur über den schmerzlichen Weg in diese Vergangenheit könne eine "bessere Zukunft für Israelis und Palästinenser" entworfen werden.**
Bleibt noch zu fragen, ob dieser schleichende Genozid an den Palästinensern je aufgehört hat.

http://dpg-netz.de/index.php?option=com_content&task=view&id=70

Dr.Victoria Waltz ist Dozentin für Raumplanung an der Uni Dortmund und war 4 Jahre lang „Regierungs-Beraterin des palästinensischen Wohnungsbauministeriums in Gaza und Ramallah“. Mitglied der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft.

Zur Debatte über das Buch: S. eine Übersicht unter http://www.steinbergrecherche.com/levante.htm

Europa

REFERENDUM über den EU-REFORMVERTRAG!

200 000 Menschen hatten in Oktober in Lissabon gegen die Verabschiedung des „EU-Reformvertrags“ durch die Staatschefs in Lissabon demonstriert – In verschiedenen europäischen Ländern bilden sich Bündnisse, die ein Referendum fordern. Diese Bewegungen dokumentieren wir hier, in der vorigen Nummer hatten wir Kritiken am Inhalt des „Reformvertrags“ und an der Art und Weise seines Zustandekommens und der geplanten Ratifizierung veröffentlicht.



Attac Österreich: Mehr als 20 Organisationen in Österreich fordern ein Referendum

Mehr als 20 zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Friedens-, Antiatom-, globalisierungskritischen, Demokratie-, Datenschutz- und Gewerkschafts-Bewegungen; darunter Attac Österreich, fordern eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag. Auf der Homepage **www.volxabstimmung.at** sammelt die Plattform dafür Unterschriften. Bei unterschiedlichen Sichtweisen sind sich die Organisationen über die Notwendigkeit einig, dass die weitere europäische Integration nur in Abstimmung mit der Bevölkerung erfolgen darf. Die Organisationen wollen in den nächsten Wochen und Monaten eine breite Bewegung für eine Volksabstimmung ins Leben rufen.
Die unterstützenden Organisationen betonen, dass ein grundlegender Vertrag wie der EU-Reformvertrag zahlreiche Lebensbereiche und Interessen der Bevölkerung betrifft. Es gibt daher keinen Grund, die Betroffenen nicht selber über diesen Vertrag entscheiden zu lassen. Die Plattform Volxabstimmung ist überparteilich und fordert alle politischen Parteien auf, die Demokratiebestimmungen ihrer Parteiprogramme umzusetzen. Gleichzeitig grenzt sich die Plattform ausdrücklich gegenüber Parteien und Organisationen ab, welche die Forderung nach einer Volksabstimmung mit nationalistischen und ausländerfeindlichen Motiven vermengen.
http://www.attac.at/3526+M58b332d3021.html

Plattform für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag
Der EU-Verfassungsvertrag, der die Grundordnung und Politikbereiche der EU regeln will, ist aufgrund ablehnender Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert.Stattdessen sollen nun dieselben Inhalte des EU-Verfassungsvertrags in die bestehenden Verträge der EU eingearbeitet werden (dh. in den bestehenden EU-Vertrag und in den bestehenden EG-Vertrag, der künftig umbenannt werden soll in: Vertrag über die Arbeitsweise der EU).
Der EU-Reformvertrag wirkt sich auf viele Lebensbereiche der ÖsterreicherInnen aus. Es gibt daher keinen Grund, die Betroffenen nicht selber über den EU-Reformvertrag entscheiden zu lassen.
Infos uber diese Aktionseinheit, Flugblätter usw: : http://www.volxabstimmung.at/

Europaweiter Aufruf für ein Referendum

Es gibt fünf Hauptgründe warum wir Referenden über die EU Verfassung brauchen, die jetzt in "EU Reformvertrag" umbenannt wurde:

1.) Grundlegende Aufgaben nicht erfüllt
Einige der Hauptideen der EU Verfassung waren: die bestehenden Verträge zu vereinfachen, die EU Institutionen zu demokratisieren und die EU den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen. Diese Ziele wurden weder mit der EU Verfassung noch mit dem EU Reformvertrag erreicht. Daher müssen sich die Bürgerinnen und Bürger jetzt näher mit den Inhalten des Dokuments beschäftigen und darüber abstimmen.

2.) Demokratische Legitimation
Die einmalige Chance die demokratische Legitimation der EU durch einen Beteiligungsprozess zu erhöhen wäre verloren, wenn der EU Reformvertrag ohne Zustimmung der Menschen verabschiedet würde. Man kann Europa nicht ohne die Bürgerinnen und Bürger aufbauen. Die beste Möglichkeit, um die Menschen zu beteiligen ist es, in jedem einzelnen Mitgliedsstaat ein Referendum über dieses bedeutende Dokument abzuhalten. Werden Referenden hingegen verweigert, so wird die demokratische Legitimität der EU sogar noch weiter sinken.

3.) Keine Zustimmung der Menschen
Den neuen Vertrag ohne Referenden zu ratifizieren, wäre ein weiterer Schritt rückwärts in Richtung weniger anstatt mehr Akzeptanz des Europa-Projekts. Die Zustimmung über die Art und Weise wie die EU durch führende Politiker an den Bürgern vorbei entwickelt wird, nimmt ständig ab, gut sichtbar an der ständig rückläufigen Beteiligung an Europawahlen. Wie kommt die EU überhaupt auf die Idee, solche weitreichenden Veränderungen - wie im EU Reformvertrag vorgeschlagn - ohne die Zustimmung der Menschen vorantreiben zu wollen?

4.) Debatte über die Zukunft Europas
In einer Demokratie müssen die Bürgerinnen und Bürger verstehen, wie das politische System funktioniert. Die Aussage: "Das ist zu kompliziert für die Menschen!" ist unhaltbar. Entweder muss dann die Komplexität des Regelwerks reduziert werden oder man muss sich die Zeit nehmen, die Zusammenhänge den Bürgerinnen und Bürger zu erklären. Wir brauchen dringend eine breit angelegte Debatte über die Zukunft Europas, in der die Bürgerinnen und Bürger maßgeblich beteiligt sind. Es darf keinen neuen Vertrag geben, ohne dass die Menschen darüber diskutieren, ob dieses Dokument ein Europa schafft, in dem sie leben wollen. Die einzige Möglichkeit, solche Debatten zu erzeugen, ist durch Refereden in allen Mitgliedsstaaten.

5.) Undemokratisches Verfahren
Der gesamte Entwicklungsprozess der EU Verfassung war undemokratisch und ließ die Bürgerinnen und Bürgervöllig völlig außen vor: Der selbsternannte Verfassungskonvent, das Fehlen einer ehrlichen, öffentlichen Debatte über dessen Ergebnisse, die ignorierte Ablehnung des Texts durch die Franzosen und Holländer, die "period of reflection" (Nachdenkpause) kombiniert mit einer lächerlichen "Plan D" Kampagne... Es ist einfach unglaublich dreist, wie führende Politiker und Beamte die abgelehnte EU Verfassung unter neuem Namen und mit allen Mitteln in Kraft setzen und dabei jegliche Bürgerbeteiligung völlig umgehen wollen.

http://www.erc2.org/

Frankreich: Aufruf des Nationalen Komitees zu einer Volksabstimmung

Nachdem die französische und niederländische Bevölkerung den EU-Verfassungsvertrag bei den Volksabstimmungen im Mai bzw. Juni 2005 abgelehnt hatten, wurde nun ein neuer Vertrag – der EU-Reformvertrag oder Vertrag von Lissabon - von den Regierungs- und Staatschefs der EU angenommen.
Auch in diesem Fall muss in einer allgemeinen, direkten Wahl per Volksabstimmung entscheiden werden.
Angesichts eines Vertrags, der so einschneidende Auswirkungen auf das Leben der BürgerInnen und die Zukunft Frankreichs hat, ist eine neue Volksabstimmung eine grundlegende demokratische Notwendigkeit. Auch für den Aufbau Europas ist eine Befragung der Bevölkerung elementar wichtig, sollte dieser doch auf der Zustimmung der europäischen Völker und der Souveränität des Volkes gegründet sein.
Nur eine bisher beispiellose Mobilisierung der BürgerInnen kann den französischen Staatschef dazu bringen, eine Volksabstimmung durchzuführen. Einer solchen muss er zustimmen, wenn sich Anfang 2008 3/5 der französischen ParlamentarierInnen gegen eine vorherige Veränderung der französischen Verfassung aussprechen, die erforderlich ist, um den EU-Reformvertrag zu ratifizieren. Somit haben also die Abgeordneten mit ihrem Nein zur geplanten Verfassungsänderung, die Macht, eine Volksabstimmung durchzusetzen. Aus diesem Grund haben verschiedene Personen des öffentlichen Lebens, die sich bereits für eine Volksabstimmung ausgesprochen haben, beschlossen, sich gemeinsam, im Nationalen Komitee, für eine Volksabstimmung einzusetzen.
Wir rufen daher alle BürgerInnen – seien sie nun für oder gegen den EU-Reformvertrag – mit Nachdruck dazu auf, gemeinsam mit uns, das Aushöhlen der Demokratie zu beenden und eine Volksabstimmung einzufordern, wenn ihnen Demokratie und ein Europa, das auf der Zustimmung der Völker basiert, ein Anliegen sind.

http://www.nousvoulonsunreferendum.eu
http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1040

Attac Österreich: Zeitplan und Ratifizierung des EU-Reformvertrags

Die Unterfertigung des EU-Reformvertrags erfolgt am 13. Dezember 2007 um 11:00 in Lissabon.
"Die Regierungskonferenz wird ihre Arbeit so schnell wie möglich, auf jeden Fall jedoch vor Ende des Jahres 2007 abschließen, damit genügend Zeit bleibt, um den hieraus hervorgehenden Vertrag vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 zu ratifizieren." (Punkt 11 der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats vom 21./22.06.2007)

Die Struktur einer bloßen Änderung der bestehenden EU-Verträge wurde bewußt gewählt, um Forderungen nach Referenden die Grundlage zu entziehen. Angesichts des detailliert ausformulierten Mandats für die Regierungskonferenz und der geringen inhaltlichen Unterschiede zum gescheiterten EU-Verfassungsvertrag wird in etlichen EU-Staaten die Abhaltung eines Referendums diskutiert und eingefordert. (…)

Irland
In Irland ist ein verpflichtendes Referendum vorgesehen.

Niederlande
In Holland sah der sozialdemokratische Regierungs-Juniorpartner im Juli keinen Grund, warum kein Referendum abgehalten werden sollte. Tichelaar hält das Verhandlungsergebnis nämlich für exzellent. Er steht damit in offenem Gegensatz zum konservativen Regierungspartner bzw. in Übereinstimmung mit der holländischen Opposition. Im September hat sich die niederländische Regierung jedoch nach einer Stellungnahme des Staatsrats entschieden, kein Referendum abhalten zu wollen. Die Oppositionsparteien werden allerdings einen Gesetzentwurf für ein Referendum einbringen. Im Unterhaus ist dafür eine Mehrheit gegeben. Der Senat ist zwar von Parteien beherrscht, die ein Referendum ablehnen. Allerdings könnten einzelne Abgeordnete der Regierungsparteien für ein Referendum stimmen: Die Sozialdemokraten - damals noch in Opposition - hatten den Ausschlag für das Referendum zur EU-Verfassung gegeben. Fritz Bolkestein (liberale VVD) setzt sich für ein Referendum ein, *"um der Idee entgegenzutreten, dass Europa dem Volk durch die Hintertür gewaltsam aufgedrängt wird."* (EUobserver 21.09.2007).

UK
Etliche Tory- und einige Labour-Abgeordnete fordern von der Regierung, dass die zum EU-Verfassungsvertrag zugesagte Volksabstimmung nun zum EU-Reformvertrag abgehalten wird. Konservative Kreise fassen auch eine privat organisierte Abstimmung ins Auge. Premierminister Brown lehnt ein Referendum ab, da er die britischen Bedenken im Mandat für den Reformvertrag ausreichend berücksichtigt sieht (EUobserver 30.07.2007). Es besteht jedoch erheblicher Druck, ein Referendum abzuhalten. 86% der BritInnen bzw. 80% der Labour-WählerInnen fordern ein Referendum. 24% der Labour-WählerInnen machen eine Wiederwahl von einem Referendum abhängig (EUobserver 20.08.2007, Kronen Zeitung 04.09.2007). Mehrere Gewerkschaften haben für den Gewerkschaftskongress Anträge gestellt, ein Referendum über den EU-Reformvertrag anzusetzen. Vor allem wird scharf kritisiert, dass die BritInnen durch ihre Regierung als zweitklassige EU-BürgerInnen behandelt werden, da den BritInnen die Grundrechtscharta und deren soziale Rechte, insb. das Streikrecht, vorenthalten werden (EUobserver 23.08.2007). Gordon Brown sieht jedoch keinen Grund, ein Referendum abzuhalten (EUobserver 24.09.2007).

Dänemark
In Dänemark ist das hohe Quorum von fünf Sechstel der Abgeordneten für eine rein parlamentarische Ratifizierung erforderlich. Die liberal-konservative Regierung erhält für ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Referendum wegen eines erwarteten Nachzieheffekts bei Holländern, Briten u.a. sowie wegen einer Angst vor unabsehbaren Folgen für Dänemarks EU-Mitgliedschaft im Fall eines Nein bislang auch Rückendeckung von Sozialdemokraten und Sozialliberalen (Frankfurter Rundschau 18.07.2007). Die Entscheidung, ob es ein Referendum geben wird, wird nicht getroffen, bevor der endgültige Text des EU-Reformvertrags feststeht.

Frankreich
In Frankreich verfügt Sarkozy's Regierung nicht über die erforderliche 3/5-Mehrheit für die notwendige Verfassungsänderung und ist insofern auf eine Unterstützung durch Oppositionsparteien angewiesen.

Spanien, Luxemburg, Tschechien, Polen, Portugal
In Spanien und Luxemburg wurden über den EU-Verfassungsvertrag Referenden durchgeführt. In Tschechien, Polen und Portugal wurden Referenden zum EU-Verfassungsvertrag in Aussicht gestellt.

In Tschechien haben sich die großen Parteien festgelegt, ein Referendum zu verhindern und eine bloß parlamentarische Ratifizierung durchzuführen (Presse 20.09.2007).

Österreich
In Österreich sind sich die politischen Eliten einmal mehr einig, dass der Bevölkerung eine Volksabstimmung vorenthalten werden muss. Dies war bereits bei der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags ein potenzieller Verfassungsbruch und wird es voraussichtlich auch beim Reformvertrag sein. Von den österreichischen politischen Eliten ist jedoch erneut eher die Inkaufnahme eines Verfassungsbruchs zu erwarten, als im Zweifelsfall der Verfassungstreue den Vorrang zu geben und eine Volksabstimmung durchzuführen.

Erklärung Nr. 27 verankert (ähnlich wie Artikel I-6 EU-Verfassungsvertrag und dessen Erklärung Nr. 1) den Vorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH. Mit einer Ratifi-

zierung dieser Erklärung werden zugleich implizit die dem EuGH entgegenstehenden nationalen Höchstgerichts-Rechtsprechungen - aufgrund ihrer Nichterwähnung - verworfen. Aus österreichischer Sicht besteht ein integrations-resistenter Verfassungskern im Bereich der Baugesetze der Verfassung (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Grundrechte), deren Abänderung eine verpflichtende Volksabstimmung erfordert (Artikel 44 Absatz 3 Bundes-Verfassungsgesetz).

Der EU-Reformvertrag bringt vor allem eine Gesamtänderung des demokratischen Baugesetzes der österreichischen Bundesverfassung. Es werden 44 EU-Politikbereiche von einer Einstimmigkeits- in eine Mehrstimmigkeits-Kompetenz geändert (insb. Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit, Gemeinsame Verkehrspolitik, Asyl, Aufnahme und Ausübung selbständiger Tätigkeiten, Kontrolle an Außengrenzen sowie diplomatischer und konsularischer Schutz) Durch den damit verbundenen Verzicht auf die Vetomöglichkeit geht aber eine durchsetzbare demokratisch legitimierte Entscheidungsmacht Österreichs verloren. Weiteres werden die EU-Kompetenzen ausgeweitet insb. auf die Bereiche Energiepolitik, Raumfahrt, Tourismus, Sport und Katastrophenschutz.
In einer schleichenden Aushöhlung des demokratischen Baugesetzes fallen weiters alle Kompetenz-Verschiebungen an die EU-Ebene ins Gewicht, die seit dem EU-Beitritt durch die Verträge von Amsterdam und Nizza erfolgt sind. Darüber hinaus wurde 2007 eine Einschränkung des Wahlrechts beschlossen (selteneres Wählen: statt bislang alle 4 Jahre nur noch alle 5 Jahre), was auf ein Lebensalter bezogen die Vorenthaltung von etwa 3 Nationalratswahlen bewirkt.
Eine Zusammenschau dieser Aspekte ergibt, dass es sich um grundlegende Änderungen des demokratischen Baugesetzes handelt, die nicht bereits durch die Volksabstimmung über den EU-Beitritt genehmigt wurden. Es ist daher eine verpflichtende Volksabstimmung durchzuführen.

Am 28.08.2007 ist in der Kronen Zeitung folgende vom Herausgeber unterfertigte Ankündigung mit der Überschrift *"Volksabstimmung! Existenzfrage für Österreich"* abgedruckt worden, mit der sich die Chancen für eine Volksabstimmung in Österreich erhöhen: *"In der großen deutschen Wochenzeitung "Die Zeit" erschien ein Interview mit Vizekanzler Wilhelm Molterer. Eine ganze großformatige Seite wurde dafür aufgewendet. Alles durchaus positiv, nur eines fällt auf: Molterer erwähnt mit keinem Wort das derzeitige Hauptproblem der Österreicher, nämlich unser Verhältnis zur EU, vor allem die Absicht, die staatliche Existenz unseres Landes unter Ausschluss des Volkes - von dem in einer Demokratie ja das Recht ausgehen sollte - sozusagen abzuschaffen, denn etwas anderes wäre die Zustimmung zur als Vertrag getarnten EU-Verfassung nicht. Deshalb sehen wir uns als die weitaus größte und wirklich unabhängige Tageszeitung veranlasst, dieses Problem auf unseren Leserbrief-Seiten noch stärker als bisher in den Mittelpunkt zu stellen."*

Alt-Kanzler Wolfgang Schüssel hat sich in der ZIB2 vom 04.09.2007 festgelegt, dass eine endgültige Abschaffung der Neutralität einer Volksabstimmung unterzogen werden muss *("Würde je die Neutralität abgeschafft werden, Herr Wolf, müßte eine Volksabstimmung gemacht werden. Also da braucht sich niemand fürchten."*).

Durch den "Kriegsermächtigungs"-Artikel 23f Bundes-Verfassungsgesetz wurde 1998 - ohne angemessene öffentliche Debatte und trotz Neutralitätsverfassungsgesetz - eine weltweite Kriegsteilnahme Österreichs im Rahmen der EU-Verteidigungspolitik bzw. der NATO-Partnerschaft für den Frieden selbst ohne UN-Mandat ermöglicht. Es liegt seither im freien Ermessen von Bundeskanzler und Außenministerin, die österreichische Neutralität durch eine Kriegsteilnahme ohne UN-Mandat abzuschaffen.

Von Außenministerin Plassnik wird eine Teilnahme österreichischer Soldaten an Schlachttruppen selbst ohne UN-Mandat offen gehalten (Standard 07.09.2007). Damit hat sich die Außenministerin aber ausdrücklich zu einer endgültigen Abschaffung der Neutralität bekannt. Ab erfolgter Entscheidung für eine Teilnahme an Schlachttruppen bestünde aus Expertensicht eine unumkehrbare Kampfpflicht (Standard 08.09.2007).

Schüssel ist beim Wort zu nehmen! Seine Zusage einer Volksabstimmung im Fall der Abschaffung der Neutralität kann nur bedeuten, dass es eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag geben muss. Die Militärverpflichtungen des EU-Reformvertrags kommen nämlich faktisch einer Abschaffung der Neutralität gleich. Nicht zuletzt hat Schüssel eine Volksabstimmung über einen - noch sehr fernen - Beitritt der Türkei zur EU sogar ausdrücklich im SPÖ-ÖVP-Koalitionspakt verankert. Die Verweigerung einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag wäre ein nicht nachvollziehbarer Wertungswiderspruch.

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer zeigt kein Verständnis, *"wieso man über einen veränderten und verbesserten EU-Vertrag abstimmen solle, nachdem man schon über den ersten nicht abgestimmt habe"* (Standard 05.09.2007). Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ist derselben Auffassung, dass für die Ratifizierung des EU-Reformvertrags keine Volksabstimmung erforderlich ist, da auch schon der EU-Verfassungsvertrag ohne Volksabstimmung beschlossen wurde (Standard 16.09.2007).

Der Zynismus dieser Argumentation ist kaum überbietbar. Weil es zum EU-Verfassungsvertrag durchgegangen ist, die Bevölkerung zu entmündigen, wird beim EU-Reformvertrag dieselbe Entmündigung des Volkes durch dessen RepräsentantInnen nochmals versucht. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung sieht die Frage der Grundordnung der EU anders als die ParlamentarierInnen. Wenn ParlamentarierInnen aber (beinahe) einstimmige Entscheidungen treffen, welche von einem sehr großen Teil der Bevölkerung nicht mitgetragen werden, dann stellt dies auch das bestehende repräsentativ-demokratische System in Frage. "Alles Recht geht vom Volk aus" (Artikel 1 Bundes-Verfassungsgesetz) verliert seinen glaubwürdigen Gehalt, wenn es selbst einer Mehrheit der Bevölkerung verunmöglicht ist, auf direkt-demokratischem Weg gegen solche Entscheidungen der ParlamentarierInnen einzugreifen.

Deutschland
In Deutschland ist die Möglichkeit eines Referendums zwar grundsätzlich im Grundgesetz vorgesehen. Eine konkrete rechtliche Grundlage für die Durchführung von Referenden wurde jedoch bislang nicht geschaffen. Mit Hinweis darauf wird das politische Establishment ein Referendum über den EU-Reformvertrag - so wie schon zuvor über den EU-Verfassungsvertrag - verweigern. Aufgrund mehrerer anhängiger Verfassungsklagen hat Bundespräsident Köhler das Zustimmungsgesetz über den EU-Verfassungsvertrag nicht ausgefertigt. Die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags wurde in Deutschland daher - entgegen der üblichen Darstellung in den Mainstream-Medien - nicht abgeschlossen. Da sich zwischen EU-Verfassungsvertrag und EU-Reformvertrag an der Substanz wenig geändert hat, sind zum EU-Reformvertrag neuerliche Verfassungsklagen absehbar. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht steht der Rechtsprechung des EuGH u.a. zur Frage des Vorrangs von EU-Recht vor nationalem Recht ablehnend gegenüber (siehe z.B. Interview mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, FAZ 24.07.2007). Es gibt daher unübersehbare Anzeichen, dass das Bundesverfassungsgericht Bedenken zum EU-Reformvertrag äußern könnte.
http://community.attac.at/5694.html

Weitere Dokumente zu den Kampagnen gegen den EU-Reformvertrag:
S. auch: http://community.attac.at/euattac.html
Viele Materialien unter: „Den EU-Reformvertrag als Mogelverpackung entlarven! http://community.attac.at/5683.html
Artikel zur EU in Sand im Getriebe: http://community.attac.at/5676.html
"Demokratische Alternativen zu Armut und Unsicherheit in Europa - Euromemorandum 2007":
http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euromemo/indexmem.htm

Dorota Gardias
Gewerkschaftsbewegung in Polen

Referat der Vorsitzenden des Allgemeinen Polnischen Gewerkschaftsverbandes der Krankenschwestern und Hebammen ***Dorota Gardias*** *am 20.10.2007 im Cottbuser Konservatorium im Rahmen des deutschen Sozialforums.*

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich repräsentiere einen wesentlichen Teil der polnischen Gewerkschaftsbewegung. Ich bin die stellvertretende Vorsitzende einer der drei repräsentativen zentralen polnischen Gewerkschaften – dem Forum der Gewerkschaften, und die Vorsitzende der gewerkschaftlichen Organisation des Allgemeinen Polnischen Gewerkschaftsverbandes der Krankenschwestern und Hebammen, mit ca. 74 000. Mitgliederinnen. Diese Funktion sehe ich als eine enorme Verpflichtung zu einer effektiven Aktivität zum Schutz der Rechte und Interessen der Beschäftigten.

Bevor ich weiter auf die Fragen der eigenen Branche eingehe, bitte ich mir zu erlauben einige Bemerkungen und Reflektionen zur polnischen Gewerkschaftsbewegung zu machen.
Die Rolle der Gewerkschaft in den großen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen nicht nur in Polen der achtziger Jahre ist zweifelsfrei erwiesen. Der Mut, die Verdienste und die Ideale der damaligen **Solidarnosc** weckten und wecken immer noch Achtung und Anerkennung.
Wir können aber nicht mehr funktionieren und leben, indem wir uns ausschließlich dem „Gedenken" an die Vergangenheit widmen.
Die Proteste der Arbeiter in Polen führten zu grundlegenden Veränderungen und politischen Ansichten, die jedoch nicht automatisch zu einer Lösung der Probleme der Arbeitnehmer geführt haben. Im Gegenteil ist festzustellen, dass sich ein breites Spektrum an neuen Problemen, die uns vorher unbekannt waren – wie z.B. die Massenarbeitslosigkeit - gezeigt haben.
Die augenblickliche Situation der Arbeiterbewegung in Polen rührt von vielen Faktoren her, vor allem hat sie historische, politische und ideologische Ursachen.
Das **Forum der Gewerkschaften** ist eine junge apolitische gewerkschaftliche Zentrale. Wir haben uns 2002 gegründet. Zu uns gehören etwa 500 Tausend Arbeiter aus verschiedenen Branchen und Berufen. Die stärkste Organisation im Forum ist die **OZZPiP (Allgemeiner Polnischer Gewerkschaftsverband der Krankenschwestern und Hebammen**). (1)
Zu den etwa 50 zum allgemeinen polnischen Gewerkschaftsverband des Forums gehörenden Mitgliedern gibt es sowohl Bergleute, Werftarbeiter, Ingenieure, Techniker, Polizisten und Lehrer. Sie ist auch eine der wenigen Organisationen Polens, die stolz darauf sein kann, dass sie aus der Solidarnosc 80 hervorgegangen ist und eine unmittelbare Kontinuität der gewerkschaftlichen Ideale des polnischen Umbruchs darstellt.
Das Forum des Gewerkschaftsverbandes hat sich in ihrem Programm eindeutig zur Mitgliedschaft Polens zur EU bekannt.
Wir als gewerkschaftliche Zentrale sind für ein gesellschaftliches europäisches Modell. Wir sind der Auffassung, dass ein gesellschaftlicher Dialog eine grundlegende Methode ist, um Mechanismen in Gang zu setzen, die gesellschaftliche Konflikte und Spannungen zu lösen im Stande sind.
Unser Ideal und unser Ziel ist eine Zivilgesellschaft.

Die Situation im Gesundheitswesen

In der Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs und Übergangs in den achtziger und neunziger Jahren, war das Gesundheitssystem in Polen zentralistisch verfasst, es gab einen kostenlosen Zugang zu gesundheitlichen Leistungen und eine Regionalisierung der Leistungen nach dem Wohnortprinzip. Die Gesundheitszentren unterstanden der staatlichen Verwaltung und wurden durch den Staatshaushalt finanziert. In den ersten Jahren nach 1989 entstanden Kooperationen der Gesundheitsdienste, Apotheken wurden privatisiert, die Grundsätze zur Bezahlung der Medikamente wurden verändert und die Rolle der Ortsbehörde erweiterte sich. Es begann eine verstärkte private Finanzierung durch die Bezahlung oder Zuzahlung durch die Patienten.
Grundlegende Veränderungen in der Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens wurden 1999 eingeführt. Die Funktionen und Aufgaben des staatlichen Gesundheitswesens wurden eingeschränkt. Es wurden 17 Krankenkassen ins Leben gerufen, die die Finanzierungen der Gesundheitsdienste vertraglich mit Hausärzten, Polikliniken und Krankenhäusern vereinbarten. Die örtlichen Verwaltungen waren dafür zuständig, außer für Universitätskliniken. Die Versicherungsnehmer zahlten 7,75% ihres Lohnes in die Krankenversicherung. Beiträge für Arbeitslose und Landwirte zahlte der Staat. Es wurde die freie Arzt- und Krankenhauswahl eingeführt, aber es wurde der kostenlose Zugang beibehalten. Die Vereinbarungen der Krankenkassen mit Kliniken und Fachärzten wurde nach dem Grundsatz der Bezahlung für die entsprechende Leistung festgelegt und sie beziffern auch eine maximale Anzahl der Finanzierungen. Die ambulante Versorgung, insbesondere die Grundversorgung wurde größtenteils privatisiert.
Im Zusammenhang mit der allgemeinen Kritik an dem System mit all den Schwierigkeiten und Fehlern, die sich in den ersten Jahren im System der Krankenkassen zeigten, wurden im Jahr 2003 die Krankenkassen zusammen geführt und eine einheitliche Institution geschaffen NFZ (Nationaler Gesundheit Fond) und die Grundsätze der Leistungen wurden im ganzen Land vereinheitlicht.

Eine der Gründe für die Probleme nach 1999 waren die nicht ausreichend zur Verfügung gestellten Gelder, die zeitweise zu Konflikten führten und es gab keine Mechanismen zur Beilegung dieser Konflikte. Bis 1998 war durch den Staat der Lohn festgelegt worden. Das Parlament hat in 2000 das „Gesetz 203" zur Beendigung des Konfliktes über eine Lohnerhöhung verabschiedet und verpflichtete so die Krankenhäuer Ärzten und Krankenschwestern mehr Lohn zu zahlen, ohne ihnen jedoch mehr zur Verfügung zu stellen. Das war einer der Gründe für die Krankenhäuser, die zu einer Verschuldung führte. Letztlich musste die Regierung 2005 ein Gesetz zur Hilfe für die Krankenhäuser beschließen.
Seit 2005 kommt es in Polen zu einer Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums im Bereich von 6-7% BIP., was zu einer Lohnerhöhung in der Wirtschaft führt. Gleichzeitig wird die geringe Bezahlung im Gesundheitswesen beibehalten, besonders betroffen davon sind die Krankenhäuser – und dort die Krankenschwestern und junge Ärzte. Diese Gegebenheiten haben 2006 zu einer Phase der Spannungen und Konflikte geführt. Die neue Regierung hat ein Gesetz zur Erhöhung der Löhne bis Ende 2007 verabschiedet mit der gleichzeitigen Entscheidung den Krankenhäusern für Lohnerhöhungen bis Ende 2007 Geld zu überweisen.
Allerdings führten die Erhöhungen zu keiner Änderung in den Proportionen und es gab keine systematischen Absprachen für weitere Lohnerhöhungen. In dieser Situation eines anwachsenden Konflikts hat die Regierung eine arrogante Haltung eingenommen und war nicht zum Dialog bereit.

Die Regierungsseite war zwei Jahre mit uns in Verhandlungen. Die im Gesundheitswesen tätigen Gewerkschaften forderten eine stufenweise Lohnerhöhung in den nächsten vier Jahren. Erhöhungen von etwa 30%

erhielten wir seit dem IV Quartal 2006 und über ganz 2007. Aber Erhöhungen für 2008 und 2009 hat die Regierung nicht zugesagt. Wir organisierten eine Manifestation der Beschäftigten im Gesundheitswesen am 19. Juni 2007. Wir übergaben eine Petition beim Präses des Ministerrats. Der Premierminister der Republik Polen Jaroslaw Kaczynski hat sich nicht mit den Vertreten der Gesellschaft getroffen. Drei Kolleginnen und ich - Mitglieder der OZZPiP – haben beschlossen auf den Premier zu warten. Ich konnte mir nicht vorstellen, wie ich zu den Demonstranten herausgehen sollte, die auf eine Antwort des Premiers warteten.
Was sollte ich den protestierenden Kolleginnen und Kollegen sagen, unseren Gewerkschaftsmitgliedern?
Aus dem ganzen Land waren 14 000 Gewerkschafter gekommen. Deswegen haben wir vier beschlossen in der Kanzlei des Premiers der Republik Polen zu bleiben in der Erwartung eines Gespräches mit dem Premierminister.(2) Auf dieses Treffen haben wir dann acht Tage gewartet.

Die Entstehung des „Weißen Städtchens“

Als wir, die Vertreterinnen der Gewerkschaft zur Kanzlei des Premiers gingen, blieben draußen unsere Kolleginnen, die vor dem Gebäude protestierten und vom Premierminister verlangten unsere gewerkschaftlichen Forderungen anzuhören. Die Polizei versuchte die Proteste zu unterbinden und hat mit Gewalt die Protestler von der Straße vor dem Gebäude des Premiers zu einer Wiese in 50 m Entfernung abgedrängt. Für die Protestler sollte dies für einige Wochen ihr Wohnort werden.
Als die Regierung statt Dialog Gewalt anwendete, haben die Kolleginnen beschlossen einen Dauerprotest durchzuführen und auf dem Gelände unter den Fenstern des Premiers ihre Zelte aufzuschlagen. Von Anfang an wurde der Protest von der Warschauer Bevölkerung unterstützt. Sie brachten etwas Warmes zum Trinken, auch Nahrung und haben sie auch verbal unterstützt.

Sehr schnell wuchs die Zahl der Zelte an und vor den Fenstern des Premiers wuchs ein großer Zeltplatz, der das „Weiße Städtchen“ genannt wurde. In dem Städtchen herrschte eine Atmosphäre der Gemeinschaft und Solidarität. Dies war kein geschlossener Raum, sondern ein offener Raum, in dem sich die unterschiedlichsten Menschen trafen. Unterstützt wurden die Protestierenden von Gewerkschaftern, Künstlern, Intellektuellen und Vorübergehende. Es entstand eine Zeitung „Kurier des weißen Städtchens“, die von der Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen sowie einer Gruppe junger linker Intellektueller gemacht wurde.

Der Protest wurde oft mit den Ereignissen vom August 1980 verglichen. Dieser Vergleich war nicht ganz verkehrt. So wie sich die Arbeiter im August nicht mit dem Diktat der Regierung zu ihren Rechten einverstanden waren, so haben jetzt die Krankenschwestern einer Regierung Widerstand geleistet, die die Forderungen der Arbeiter ignorierte. Im August 1980 verbanden sich ökonomische Fragen mit Forderungen nach Demokratie und im Juni 2007 kämpften die Krankenschwestern darum, dass Demokratie nicht ausschließlich bedeutet zur Wahl zu gehen, sondern sie als Sozialpartner anzuerkennen und einen praktischen Dialog zu realisieren. Im August 1980 sind die Arbeiter zusammen mit den Intellektuellen auf die Straße gegangen, 27 Jahre später haben wieder die Arbeiter und die Intelligenz ihre Kräfte vereint und haben soziale Forderungen mit Forderungen nach mehr Demokratie verbunden.

Das weiße Städtchen weckte in den Menschen Hoffnungen und Begeisterung, dass ein anderes Polen möglich ist, wo Demokratie durch Dialog vertieft wird und Gerechtigkeit ernst genommen wird.

Der Erfolg des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes der Krankenschwestern und Hebammen war die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Lohnerhöhung für das IV. Quartal 2007 und die nächsten Jahre festlegt(3). Ein Problem für einen Teil der Krankenhäuser ist jedoch die geringere Bereitstellung von Finanzen aufgrund geringerer Leistungen wegen des Streiks der Ärzte. So wird es schwierig diesen Kliniken die Lohnerhöhungen zu zahlen. Die Lösungen, die in den letzen Monaten erzielt wurden sind jedoch keine endgültige Lösung. Spätestens Mitte 2008 müssen wir für die nächsten Jahre grundlegende Lösungen ausarbeiten.

Im Namen unseres Forums und auch für die OZZPiP möchte ich feststellen, dass wir mit großem Interesse und mit großen Erwartungen einer internationalen Zusammenarbeit entgegen sehen. Vor allen Dingen sehen wir in der Möglichkeit eines schnellen Kontaktes auf regionaler und grenzüberschreitender Ebene eine außergewöhnliche Möglichkeit eines Austausches von gewerkschaftlichen Erfahrungen, ohne durch offizielle Steifheiten behindert zu sein.

Dies wird Vertrauen schaffen, kann Vergleiche ziehen und könnte bewährte Methoden und Mechanismen in der gewerkschaftlichen Arbeit nutzbar machen.
Im gemeinsamen Europa, durch die Probleme der Globalisierung sind sich die Probleme der Gewerkschaften ähnlich. So haben auch die Erfahrungen einen universellen Wert.

Ich stimme dem Kollegen Martin Backmann aus der IG Metall zu, dass die europäische gewerkschaftliche Tätigkeit verstanden werden muss als ein vielschichtiges System und sich auf europäischer, nationaler, regionaler und auch betrieblicher Ebene abspielen muss.
Allerdings fürchte ich, ob uns nicht die hohen und im weiten Sinn großen Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit und gewerkschaftliche Solidarität, nicht durch nationale, regionale und fachbezogene Egoismen durchkreuzt werden.

Übersetzung: Norbert Kollenda/ Berlin

Anmerkungen des Übersetzers:
(1) In Polen gibt es nicht wie bei uns eine Einheitsgewerkschaft, sondern ähnlich wie in Frankreich Parteien nahe stehende. Zwei große Gewerkschaften, dass sind der OPZZ der aus der Staatsgewerkschaft hervorgegangen ist ebenso wie die SLD aus der Staatspartei mit etwa 3 Millionen Mitglieder. Dann gibt es die NZZ "Solidarność", die den konservativen Parteien nahe steht mit etwas einer Million Mitgliedern.
Das Forum der Gewerkschaften mit ca. ½ Million Mitgliedern und vielen Branchengewerkschaften. Sie bezeichnen sich als apolitisch und führen ihre Ursprünge auf die ursprüngliche Solidarność zurück. Dazu gehört auch die hier besprochene OZZPiP- der Krankenschwestern
Darüber hinaus gibt es eine Weite von Gewerkschaften, die mehr oder weniger an Parteien und Gruppierungen gebunden sind, wie z.B. Sierpien 80 auch in Personalunion mit der PPP (Polnische Partei der Arbeit) verbunden ist und recht kämpferisch auftritt.
Gewerkschaft der Bergarbeiter ZZG ist auch eine größere Gewerkschaft, die wohl mit Unterstützung aus dem Ausland das „linke“ Spektrum abdecken soll.
Es könnte eine lange Liste folgen und Kenner der Szene würden wohl immer eine Unvollständigkeit bemängeln. Allerdings gehören nur die ersten beiden OPZZ und NZZ "Solidarność“ internationalen Gremien an.

(2) Was die Kollegin Dorota nicht sagte – die Vertreter anderer Gewerkschaften Nachfolger der ehemaligen Staatsgewerkschaft (OPZZ) und die Solidarnosc - verließen brav die Kanzlei. Die bei der Konferenz anwesende Vertreterin der „Solidarnosc“ warf der Gewerkschaft der Krankenschwestern vor unprofessionell zu sein und nur darauf aus gewesen zu sein sich in Szene zu setzen. Ähnliche Vorwürfe kann ich in Polen seitens dieser „Gewerkschaft“ immer wieder beobachten, wenn es um Arbeitskämpfe geht.

(3) übrigens im ganzen Ostblock galt die „Gleichberechtigung“ auch in Lohnfragen, aber typische Frauenberufe wurden sehr schlecht bezahlt.

Jahresversammlung von Attac Frankreich
- Ergebnisse und Debatten -

Vorbemerkung der Redaktion: Die Jahresvollversammlung von attac Frankreich fand am 13. und 14.Oktober in Lyon statt. Auf der Tagesordnung waren der Finanzbericht und der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrats, mehrere Anträge und Workshops zu der Leitfrage „Welches Europa wollen wir?"(1). Wahlen fanden nicht statt, denn der Verwaltungsrat wird alle drei Jahre gewählt. Gemäß der Satzung (2) verabschieden alle Mitglieder den Finanzbericht und den Tätigkeitsbericht. Da bei weitem nicht alle Mitglieder an der Jahresversammlung teilnehmen, findet die Abstimmung per Briefwahl noch vor der Jahresversammlung statt. Dafür werden die Berichte 2-3 Monate vor der Versammlung veröffentlicht. Dieses Jahr nahmen 2975 Mitglieder an den Abstimmungen teil (3).
Wir veröffentlichen Auszüge des Tätigkeitsberichts von Juli 2007 und kritische Anmerkungen von „Avenir d'attac"(4).

Bericht des Verwaltungsrats von Attac Frankreich

Den Volksbildungsauftrag von Attac weiterführen (5)

1. Das Manifest für eine Andere Welt (6)

Das Manifest ist ein Schritt hin zur Ausarbeitung konkreter und glaubwürdiger Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus, insbesondere weil es ein Zusammenspiel der sozialen Frage mit der Ökologie- und Demokratiefrage, von der lokalen bis zur globalen Ebene vorschlägt, aber auch nur ein Schritt, denn es behandelt Fragen wie beispielsweise die der Wohnverhältnisse und der Finanzierung der sozialen Grundsicherung weiterhin nur ungenügend. Bei einschneidenden Fragen wie der des Aufbaus Europas und der Struktur der internationalen Handelsbeziehungen ist noch viel Klärungsbedarf, und es sagt wenig aus über die für tiefgreifende Veränderungen notwendigen sozialen Bündnisse.

Das Manifest ist verfasst worden, um Attac ein Mittel in die Hand zu geben, im ersten Halbjahr 2007 wirkungsvoll in den Wahlkampf einzugreifen. Aber sowohl der vorherrschende Wahlkampfstil der Hauptkandidaten, an deren Fersen sich die Medien geheftet haben, als auch der Charakter der Präsidentschaftswahl als solcher, die die Person und nicht den politischen Inhalt des Wahlprogramms in den Vordergrund stellt, haben es erschwert, dass die Beiträge der altermondialistischen Bewegung und von Attac sowieso durch die interne Krise geschwächt - wahrgenommen wurden. Trotz dieser Schwierigkeiten hat die Vereinigung im ersten Halbjahr 2007 in den Wahlkampf eingegriffen.

2. Strategische Überlegungen anlässlich der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Nach dem ersten Wahlgang bei den Präsidentschaftswahlen wurden die Ortsgruppen befragt, ob sie eine Abstimmungsempfehlung von Attac wünschen; ungefähr ein Drittel antwortete und lehnte eine Empfehlung ab. Daraufhin beschloss der Verwaltungsrat auf seiner Sitzung vom 28. April, an Stelle einer Abstimmungsempfehlung eine Pressemitteilung zu veröffentlichen und ein Flugblatt zu verteilen, das die Gefahren von Nicolas Sarkozys Wahlprogramm deutlich anprangert; der Verwaltungsrat verfasste eine ausführliche Analyse dieses Programms im Lichte der Aussagen des „Manifests" und setzte innerhalb der Vereinigung schließlich eine Debatte über die politische Lage nach dem 6. Mai in Gang.
Für die darauf folgenden Parlamentswahlen wurden den Ortsgruppen und den Mitgliedern Flugblätter zur Verfügung gestellt (7)

Die Niederlage der Linken - sowohl vom rein wahlpolitischen Standpunkt wie von den von der Rechten vorgegebenen Themen her - und die Unfähigkeit der „antiliberalen" Linksbündnisse, zu einer Einigung zu gelangen, haben eine Lage geschaffen, die es unbedingt erforderlich machte, den Angriffen des Neoliberalismus im Allgemeinen und der in Frankreich von Nicolas Sarkozy angeführten Neukonservativen im Besonderen strategische Überlegungen entgegenzusetzen. Der Verwaltungsrat und das Büro haben am Tag nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen solche Überlegungen in die Wege geleitet. Schon jetzt lassen sich einige Anhaltspunkte erkennen, die dazu auffordern, unsere Überlegungen wieder in einen globalen Rahmen zu stellen:

Der Sieg von Nicolas Sarkozy ist getragen von einem neukonservativen Gesellschaftsentwurf, dessen treibende Kraft die Verallgemeinerung der Warenbeziehungen ist. Sie geht mit dem Angriff auf zahlreiche soziale Errungenschaften einher, wie Arbeitsrecht, Öffentliche Dienste und Umverteilung durch das Steuersystem.
Dieser Sieg ist durch die Fähigkeit der Rechten errungen worden, einen ideologischen Block um Werte und Themen zu bilden, die ihnen zum Teil angestammt sind (Ehre, Sicherheit, Fremdenfeindlichkeit) aber auch mit Hilfe von Themen, die ihnen eigentlich fremd sind, die sie aber zu ihren Gunsten wenden konnten (zum Beispiel die Rede von der Wertschätzung der Arbeit).

Dennoch enthält dieser Sieg bedeutende Widersprüche. Der Slogan „mehr arbeiten um mehr zu verdienen" heißt im Klartext „mehr arbeiten, um statt der Reichen mehr zu bezahlen". In der Tat werden die ungeheuren Steuergeschenke an die wohlhabendsten Klassen, das Projekt der „sozialen" Mehrwertsteuererhöhung und der Krankenkassenpauschalen zu einer beträchtlichen Rückentwicklung der Lebensbedingungen der unteren Gesellschaftsschichten führen. Attac muss sich darauf vorbereiten, in diesen Prozess einzugreifen, um die Brisanz dieser aufkommenden gesellschaftlichen Rückschrittes bewußt zu machen und ihn zu bekämpfen.
Auf europäischer Ebene ist das Kräfteverhältnis kaum günstig für eine Neuausrichtung des europäischen Aufbaus. In dieser Hinsicht kündigt der am 21., 22. und 23. Juni 2007 erfolgte Konsens im Europarat keine Rücknahme der neoliberalen Gebote an, die in der EU den Ton angeben und schließt die Bürger von der Übernahme einer echten Verantwortung für die wesentlichen Entscheidungen aus.

Auf globaler Ebene treten bilaterale Handelsvereinbarungen an die Stelle fehlgeschlagener Verhandlungen im Rahmen der WTO, erweisen sich aber als ebenso verheerend, insbesondere für die Menschen, die Strukturanpassungsplänen ausgesetzt, von transnationalen Konzernen ausgebeutet und vom Schuldenberg erdrückt werden.(8)

Mobilisierungen gegen den Neoliberalismus

1. Europa
Mit seinem Engagement hatte attac einen großen Anteil am “NEIN” der französischen Bevölkerung zum europäischen Verfassungsvertrag am 29. 5. 2005. Weitere Mobilisierungen waren dann notwendig, um das andere Europa, das wir wollen, in den Vordergrund zu rücken. Der neue Verwaltungsrat (VR) hat sofort nach seiner Wahl die Absicht bekräftigt, Europa zu einem zentralen Thema der Vereinigung zu machen. Bei der Sitzung des VR im April 2007 wurden folgenden Vorhaben festgelegt:
- Weiterführung der gemeinsam mit den europäischen attacs angestellten Überlegungen zu Europafragen. Dies hat ab Ende 2006 zur Ausarbeitung der „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ geführt, gemeinsame Vorschläge der europäischen attacs für die Neuverhandlung der Europäischen Verträge;
- Festigung und Erweiterung des Netzwerks der europäischen attacs
- Regelmäßiger Austausch zwischen den europäischen attacs über gemeinsame Kampagnen und Projekte; wie die Europäische Sommerakademie 2008, eine gemeinsame Antwort auf den EU-Reformvertrag, die Mobilisierung gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA), die Mobilisierung für das soziale Europa ab Mitte 2007 vor dem Hintergrund des ESF im Herbst 2008 und die Europawahlen im Juni 2009.

2. International
Angesichts der spärlichen Kontakte in einigen Teilen der Welt, vor allem in Asien und Ländern der ehemaligen UdSSR, plant attac, sein Kontaktnetz zu erweitern. Eine ASIEN-Gruppe bildet sich gerade neu, vor dem Hintergrund der Olympiade im August 2008 in Peking, die China in das Zentrum internationaler Aufmerksamkeit rückt. Ein weiteres Ziel: die Verbindungen mit afrikanischen Bewegungen auszubauen und zu intensivieren, und somit die Arbeit der AFRIKA-Gruppe der Arbeitsgruppe “Internationales” weiterzuführen. Beim WSF in Belem, 2009, wird attac die ökologische Dimension in Verbindung mit der sozialen Frage thematisieren.
Um die Mängel bei bestehenden Texten und Übersetzungsprobleme in den Griff zu bekommen, wurde der Kontakt mit Coorditrad wieder aufgenommen und die Rubrik “International” auf der Website von attac Frankreich eingerichtet.

<u>Der Gegengipfel zu G8</u>
attac Frankreich war – gemeinsam mit anderen französischen Organisationen, darunter auch Gründungsmitglieder von attac Frankreich, und ein paar europäischen attacs – beim zweiten internationalen Vorbereitungstreffen in Rostock, Mitte November 2006. Im Netzwerk „Réseau de convergence des mouvements sociaux“ beteiligte sich attac Frankreich auch an der Vorbereitung der Euromärsche 2007. Zusätzlich erstellte das G8-Kampagnen-Team einen monatlichen Newsletter.
Ergänzend sei gesagt, dass während der G8-Kampagne in Frankreich Präsidenten- und Parlamentswahlen stattfanden. Dies erklärt, dass attac Frankreich – leider - als einzige französische Organisation Mitte April in Rostock am dritten und letzten internationalen Vorbereitungstreffen teilnahm.
Zum Gegengipfel selbst kamen rund 40 Mitglieder von attac Frankreich, beim Alternativgipfel war attac Frankreich bei drei Workshops und einer Plenarveranstaltung vertreten.

3. Internationale Handelsbeziehungen
Der Verhandlungsstopp innerhalb der WTO führt zu einer Zunahme der bilateralen Freihandelsabkommen. Zwar gelang es dem Projekt der All-Amerikanischen Freihandelszone (FTAA/ALCA) nie richtig Fuß zu fassen, dafür sind andere zwischenstaatliche Abkommen umso erfolgreicher. Dies gilt für die regionalen Freihandelsabkommen (EPAs), die die EU im Dezember 2007 mit den AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) unterzeichen will.
Lateinamerika wiederum zeigt, dass andere Wege gangbar sind und beschreiten diese auch – z.B. mit der Bolivianischen Alternative für die Völker Amerikas (ALBA).
In diesem Zusammenhang hat der VR, auf Anraten der Arbeitsgruppe ”WTO -GATS”, diese in AG “Internationale Handelsbeziehungen” umgetauft und deren Handlungsfeld auf alle Freihandelsabkommen und Projekte und Alternativen zum Freihandel erweitert.

4. Kampagne “Strom und Gas sind keine Waren”
Mit 1. Juli 2007 begann im Zuge der entsprechenden EU-Richtlinien die letzte Etappe der Strom- und Gasmarktliberalisierung. In Hinblick auf dieses Datum beschloss attac im Januar 2007, eine Kampagne gegen die Liberalisierung des Energiesektors zu starten und gegen die daraus resultierende Verschlechterung der öffentlichen Versorgung sowie die Unterordnung der Energiepolitik unter das Profitstreben.
Auch wenn es nicht gelang, die Liberalisierung des Strommarktes als Wahlkampfthema zu verankern, gab es trotzdem einen spürbaren medialen Niederschlag unserer Argumente – sowohl was die Folgen der Deregulierung als auch die demokratische, soziale und unweltrelevante Bedeutung dieser energiepolitischen Entscheidungen angeht. Der Stichtag 1. Juli 2007 ist vorbei, aber die Verteidigung von europäischen Energiedienstleistungen in öffentlicher Hand – die genauer definiert werden sollten - bleibt aktuell, und die Kampagne wird unter diesem Blickwinkel weitergeführt.
Gleichzeitig muss attac Frankreich einen internen Klärungsprozeß über die Energiepolitik durchführen, die nicht auf ein JA oder NEIN zur Atomenergie reduziert werden kann.

5. Ökologie und Gesellschaft
Die Globalisierung der Finanzmärkte und das Ausweiten des kapitalistischen Ansatzes auf neue Felder wie die Biotechnologie verschärfen die Unterordnung der Natur unter kurzfristiges Gewinnstreben und zerstören das Gleichgewicht innerhalb der Ökosysteme. Die sogar die Zukunft der Menschheit bedrohenden Auswirkungen heißen Klimawandel, Ausschöpfen der nicht erneuerbaren Rohstoffe, schwindende Biodiversität. Bereits heute sind die am stärksten Benachteiligten täglich von der ökologischen Krise betroffen. Die Menschen in den Ländern des Südens sind den Folgen des Klimawandels am stärksten ausgesetzt, werden ihrer natürlichen Rohstoffvorkommen beraubt, müssen in der Nähe stark verschmutzender Industrien leben, sind häufig gezwungen, ihre Landwirtschaft auf Export statt auf umweltverträgliche Selbstversorgung auszurichten. Auch in den reichen Ländern zahlen die sozial Schwächsten die ökologische Rechnung: ArbeitnehmerInnen in Risikojobs, KonsumentInnen, die in die Falle des “low cost – low quality” Konsums gelockt und gezwungen werden, Ghettoisierung in ungesunden Wohngebieten.

Aus all diesen Gründen muss die Frage der Ökologie ins Zentrum unserer Analysen und unseres Widerstandes rücken. Attac muss miteintreten für eine echte politische und soziale Ökologie, anstelle neuer Kompromissvorschläge, wie sie die herrschenden Kräfte unter dem Motto “Lasst uns den Planeten retten” in die Luft malen, häufig nur mit dem Ziel, das aktuelle System zu retten.

6. GVO: vom Nein zur Koexistenz zum Moratorium
Im November 2006 haben sich die meisten Organisationen, darunter auch attac, für die bevorstehenden Wahlen auf folgende Devise geeinigt: ein Moratorium in Frankreich vor Saatbeginn 2007.
Am 26. und 27. Februar hat sich attac aktiv beteiligt am “Forum für ein Moratorium” und die Abschlusserklärung mit unterzeichnet, die Grundlage für eine Petition wurde. Diese wurde während des Wahlkampfs, innerhalb von vier Monaten, von mehr als 80 000 Personen unterzeichnet (9). Auch wenn sich die WählerInnen für den Kandi-

daten entschieden haben, der GVO als einziger positiv gegenüber steht, geht die Arbeit weiter, mit dem Ziel, so schnell wie möglich ein Moratorium für den Anbau von GVO zu durchzusetzen. (10)

attac hat auch an den zahlreichen Unterstützungskundgebungen für die "freiwillige MäherInnen" teilgenommen, die wegen ihres zivilen Ungehorsams angeklagt wurden, insbesondere während der Prozesse von Orléans und Versailles.

Die Schwerpunkte ab Herbst 2007

(…) Bereits jetzt gibt es **zwei große Termine**, die wichtige Momente des Widerstandes darstellen und bei denen Vorschläge für eine andere Welt erarbeiten können:
Das Weltsozialforum 2008, bei dem weltweit eine Woche lang dezentrale Aktionen stattfinden werden. Es wird am 26. Januar mit einem weltweiten Tag der Demonstrationen enden.
Der 10. Jahrestag der Gründung von Attac Mitte 2008 wird ein großes öffentliches Ereignis werden, als Markstein für ein Jahrzehnt der Mobilisierung gegen den Neoliberalismus und für alternative Konzepte. Er könnte die Gelegenheit sein, die anderen Bewegungen für eine andere Welt und die anderen Attac Gruppen weltweit zu versammeln.

Ebenso wurden **drei Kampagnen** beschlossen: (11)

1. Für ein anderes Europa, das solidarisch, ökologisch und demokratisch ist.

Die europäische Integration verändert die europäischen Gesellschaften grundlegend. Die Europäische Union nimmt hier einen vorherrschenden Platz ein, insofern als zwei Drittel der nationalen Gesetze aus der EU kommen und diese direkt den Alltag der Bürger betreffen. Europa darf also nicht mehr als eine ausländische Angelegenheit betrachtet werden und muss hinsichtlich der Aktionen eines Verbandes wie Attac Priorität haben.
Der « Reformvertrag » muss unsere volle Aufmerksamkeit erhalten. Attac muss für ein Referendum mobilisieren, und so echte Bedingungen für eine Demokratisierung der europäischen Themen schaffen.
Darüber hinaus müssen wir uns in unterschiedliche Richtungen mobilisieren:
- Anprangerung des Ausverkaufs des öffentlichen Dienstes als Ergebnis der europäischen Richtlinien: dies ist bei der Postrichtlinie der Fall, die den "Postmarkt" spätestens zum 1. Januar 2011komplett liberalisieren soll. Hier müssen wir viel Arbeit zur Sensibilisierung und Mobilisierung leisten, - wie bei den Kampagnen um die Märkte für Strom und Gas - und eine Rahmengesetzgebung auf europäischer Ebene fordern, um den öffentlichen Dienst zu schützen und weiterzuentwickeln.
- Ablehnung des Abbaus der sozialen Errungenschaften und der zunehmenden Prekarität der Arbeit.
- Forderung nach einer substantiellen Erhöhung des europäischen Budgets, anlässlich der Budgetrevision 2008-2009, nach Verstärkung und Veränderung der Europapolitik (insbesondere die Kohäsionspolitik, die europäische Agrarpolitik, welche immer mehr dem Imperativ des globalen Wettbewerbs untergeordnet werden.)
- Kampf gegen die derzeitige Ausrichtung der Wirtschafts- und Außenpolitik der europäischen Union, insbesondere die Zunahme der bilateralen Wirtschaftsabkommen zum Nachteil der Länder des Südens;
- weiter gefasst, Vorschlag von Alternativen hinsichtlich einer europäischen Politik: diese Dimension macht es erforderlich, die Debatten in Frankreich und mit unseren europäischen Partnern zu vertiefen, um gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten.
Diese Arbeitsperspektiven müssen sich an die wichtigsten Daten orientieren: die französische Präsidentschaft der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2008, die Europawahlen im Juni 2009. Darüber hinaus wird das europäische Sozialforum in Schweden im Herbst 2008 ein wichtiger Moment sein, um eine breite Mobilisierung für eine europäische und weltweite Politik, die eine Alternative zum Neoliberalismus und Imperialismus darstellt.

2. Die Solidarität gegenüber den Ungerechtigkeiten

Einer der großen Erfolge der von ihren Komplexen befreiten Rechten von Nicolas Sarkozy war es, den Wert der Solidarität zu zertrümmern, um ihr die Werte der individuellen Leistung - also des Wettbewerbs - ntgegen zu setzen. Diese Veränderung hinsichtlich der Werteordnung verstärkt die neoliberale Politik in Bereichen, die die Regierungen bisher nicht anzurühren wagten. Es besteht kein Zweifel, dass eine solche Politik die Ungleichheit verstärken wird und dass die Menschen, die bereits Opfer von Diskriminierungen waren, ihr besonders ausgeliefert sein werden.
In Verbindung mit dem Widerstand, der sich gegen die Angriffe der Regierung formieren wird, schlagen wir vor, dass Attac eine große Kampagne führt, in der sie die Solidarität gegen die Ungleichheit stärkt. Durch diese Kampagne wird Attac dazu beitragen, dass die heutigen Herausforderungen und Analysen der heutigen Ungerechtigkeit klarer werden und Vorschläge machen, um diese zu reduzieren.
Attac wird aktiv an den Initiativen und Mobilisierungen teilhaben, die in diese Richtung gehen. Diese Kampagne könnte nationale Aspekte gegen die Maßnahmen der Regierung annehmen, europäische für ein soziales Europa und internationale wie anlässlich des Europa-Afrika Gipfels im Dezember 2007. (12)

Es wird ganz bestimmt notwendig werden, dass wir uns gegen weitere Angriffe mobilisieren und uns mit dem nötigen Handwerkszeug ausstatten, um hieran konkret zu arbeiten. Die Einrichtung einer Kommission « Arbeit, Prekariat, Arbeitslosigkeit, Einkommen» sollte hierzu beitragen.
Wir haben einiges vorgesehen, um gegen eine regressive Sozialpolitik zu kämpfen. Hierzu sollte die Initiative für ein Observatorium für Sozialpolitik (OUPS) ergriffen werden, damit die Fachkenntnisse der Kritiker über die Neoliberale Politik gebündelt werden.

3. Weiterentwicklung der ökologischen Fragen und deren Verbindung mit der sozialen Frage

Die ökologische Frage ist mit der sozialen Frage verbunden und hat in den Mobilisierungen von Attac eine viel zentralere Rolle erreicht. Eine dritte große Kampagne wird um diese Problematik herum aufgebaut. Regelmäßige Treffen vertiefen die Beziehungen zwischen ökologischen Bewegungen und der sozialen und Gewerkschaftsbewegung. Die gemeinsamen Vorbereitungen für die europäischen und Weltsozialforen sollen u.a. dazu führen, dass an erster Stelle die Verbindungen zwischen sozialen und ökologischen Kämpfen thematisiert werden.
Attac wird auch an Initiativen um die „Grenelle“ genannten Umweltgespräche teilnehmen.

Fazit

In den letzten sechs Monaten haben wir begonnen, die Finanzen unserer Vereinigung zu ordnen, eine gemeinsame Dynamik zu finden, um unser Engagement für eine gerechtere Welt anzukurbeln. Vor uns steht jedoch eine doppelte Herausforderung, die intern wie extern wirkt. Die interne Herausforderung besteht darin, unser Funktionieren und unseren Zusammenhalt durch mehr Demokratie und Kollegialität zu verbessern. Die externe Herausforderung besteht darin, die Alternativen zum Neoliberalismus zu erweitern und zu vertiefen und sie allen Bürgern darzulegen, in Frankreich wie in der ganzen Welt, und ebenfalls zusammen mit den anderen sozialen Bewegungen gegen die Mißachtung der Menschenrechte zu kämpfen.

Um dieser doppelten Herausforderung gerecht zu werden, im aktuellen Kontext der sozialen und ökologischen Krise, des Erstarkens der rechtsextremen Ideale in unserem Land, ist das Engagement eines jeden von uns und der Arbeitszusammenhänge unserer Vereinigung wichtiger denn je.

Anmerkungen der Redaktion

1) *http://www.france.attac.org/spip.php?article7403*
http://www.france.attac.org/spip.php?article7415
2) *http://www.france.attac.org/spip.php?article604*
3) *Das entspricht rund 22% der eingetragenen 13 505 attac-Mitglieder. Diese Mitgliederzahl weist übrigens auf die Krise von attac Frankreich hin: Im Dez. 2005 waren es noch 25 141.*
4) *Wir haben wir versucht, Debatten innerhalb von attac zu dokumentieren. Im* ***Forum*** *zur Debatte um die Bericht, das erst am 22.9. eingerichtet wurde, findet man nur 10 Dokumente, die im übrigen wenig Aufschluss über die inhaltlichen Differenzen geben, http://www.france.attac.org/spip.php?article7286. Die Protokolle des* ***Verwaltungsrats,*** *http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique130, geben einen Überblick der Aktivitäten und benennen einige Differenzen (Europafrage, Haltung zu den Medien,...), sie sind aber sehr knapp und ersetzen also nicht die angedeutete Diskussion. Auf der Seite der* ***Gründungsmitglieder*** *ist auch nichts Inhaltliches zu finden, http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique125. Auf der Seite des* ***wissenschaftlichen Beirats****. http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique39, sind viele sehr interessante Beiträge, die nur „darauf warten", übersetzt zu werden – explizite Debatten haben wir aber da nicht gefunden.*
Einige Debatten findet man auf der Seite „Nach dem 6.Mai 2007" (Wahl von Sarkozy), http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1014; diese haben wir schon zum Teil in Sand im Getriebe veröffentlicht (Nr. 59). Ein Beitrag von Jean-Marie Harribey (Ko-Präsident) ist in ATTACTUELL Nr4 von Attac Schweiz nachzulesen (http://www.schweiz.attac.org/Welche-Strategie-fur-attac) .
5) *Die beiden ersten Abschnitte behandeln interne Organisationsfragen und die Finanzsituation.*
6) *S. Sand im Getriebe 58 (Die 7 Pfeiler des Neoliberalismus) und Nr 57 (Europa)*
7) *- der "illegitime G8";*
http://www.france.attac.org/spip.php?article7186
- Europa;
http://www.france.attac.org/spip.php?article7108
- die Arbeit und die Befreiung der Überstunden von Steuern und Abgaben;
http://www.france.attac.org/spip.php?article7167
- die Umwelt.
http://www.france.attac.org/spip.php?article7162
8) *Es folgen Abschnitte über die Webseite von Attac, die neuen Mitgliederrundbriefe und über den Erfolg der Sommerakademie.*
9) *http://altercampagne.free.fr/*
10) *Am 30. Oktober 2007 haben die EU-Agrarminister haben im Ministerrat gegen das österreichische Importverbot für 2 Genmaissorten gestimmt. Begründung der EU-Agrarminister: Urteil des WTO-Schiedsgericht und daher drohende Strafzahlungen. Somit muss Österreich der Einfuhr von MON810 und T25 von Bayer zustimmen. Auch Deutschland ist seit der Regierung Merkel deutlich GVO-freundlicher geworden. Dies zeigt sich in neuen Versuchsfeldern, Urteilen zu Ungusten von Imkern, die wegen gvo-verseuchtem Honig geklagt haben, Darstellung der Biotechnologie als Wachstums- und Arbeitsplatzindustrie, etc.*
(Anmerkung der Übersetzerin, Birgit Wörishofer)
11) *Die Tagesordnung der* ***CNCL*** *(Nationalversammlung der Ortsgruppen), die dreimal im Jahr tagt, weist auf ihre Schwerpunkte hin: EU-reformvertrag, EPA, „Grenelle" (Forum der Regierung über ökologische Fragen), WSF, Gemeinderatswahlen, Wasser, Demokratie…*
(http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique36)
12) *Beschlossene Themen: Renten, Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen, Bildung für alle, Wohnungswesen, „soziale" Mehrwertsteuer, Armut von Frauen und die Diskriminierungen, denen sie ausgeliefert sind, Migranten.*

Übersetzung: Angelika Gross, Birgit Wörishofer, Kirsten Heininger, coorditrad
http://www.france.attac.org/spip.php?article7403

„Avenir d´Attac" (1)

Unangemessene politische Prioritäten

Drei „große Kampagnen" sind beschlossen worden:
„Für ein Europa, das wir an Stelle desjenigen aufbauen wollen, dessen neoliberale Ausrichtung durch das Vorhaben eines vereinfachten Europavertrags bestätigt wird;
„Die Bekämpfung der Ungleichheiten, die sich mit den Angriffen gegen das Recht auf Gesundheit und das Arbeitsrecht, mit den Steuernachlässen zu Gunsten der wohlhabenden Klassen noch zu verschlimmern drohen";
„Die Abstimmung zwischen den sozialen und ökologischen Zielen angesichts einer doppelten Krise, deren beide Aspekte sich gegenseitig hochschaukeln"

Problematisch ist der Unterschied zwischen diesen „Prioritäten" und den Schlüssen, die aus den Wahlen gezogen werden können. Nur die Kampagne zu Europa entspricht den aktuellen politischen Erfordernissen, unter der Bedingung jedenfalls, die institutionelle Frage mit den demokratischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu verbinden. Die beiden anderen Kampagnen könnten anscheinend stimmig sein. In Wirklichkeit halten sie einer Prüfung nicht Stand, da sie die Kohärenz der neoliberalen Politik nicht aufdecken können, denn sie stellen alles auf den Kopf. Nach der Wahl von Nicolas Sarkozy hätten drei Prioritäten entschieden werden müssen: hinsichtlich der Arbeit, des Finanzwesens und des Aufbaus Europas.

Erste Priorität: die Arbeit

Der Hauptgrund für den Sieg Sarkozys bei den Präsidentschaftswahlen sind wahrscheinlich seine Aussagen zur Frage der Arbeit. Er hat sich nicht auf die Arbeitslosigkeit beschränkt, sondern hat sich (natürlich auf seine Weise!) die Arbeit als solche vorgenommen. Das erklärt, warum ein beträchtlicher Teil der Arbeiter und Angestellten, die zwei Drittel der Wählerschaft bilden und insbesondere die der privaten Wirtschaft beim ersten Wahlgang für Sarkozy gestimmt haben (11 % der Lohnempfänger, die sich als der CGT „nahestehend" erklärten; 20 % derjenigen, die sich der CFGT und FO (2) „nahestehend" erklärten). Insgesamt waren es 48 % der Arbeiter und 44 % der Angestellten, die sich mit der Wahl von Sarkozy zum Präsidenten „zufrieden" erklärt haben.
Attac wird endlich mal die Frage der Arbeit in seinem vollen Umfang angehen müssen: ihr Endzweck, ihr Inhalt, ihre Vergütung, ihre Bedingungen, ihre Reduzierung, die Erweiterung ihres Begriffs, im Norden wie im Süden, die Nicht-Beschäftigung, die Unterbeschäftigung, die schlechten Arbeitsbedingungen … Denn von den Antworten auf diese Fragen werden die Finanzierung der Sozialversicherung und der Öffentlichen Dienste, das Steuersystem, die Demokratie und die Umwelt abhängen. In Wahrheit gibt es kein Finanzierungsproblem der Sozialversicherung, es gibt bloß ein Beschäftigungsproblem. Das beste Mittel, die Sozialversicherungssysteme zu finanzieren, ist die Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Von Sozialversicherung zu sprechen ohne von der Beschäftigung zu sprechen, macht keinen Sinn. Von der Bekämpfung der Ungleichheiten und der Solidarität zu sprechen, wie es eine der vom Vorstand der Vereinigung vorgeschlagenen Kampagnen macht, ist sehr gut, aber das heißt, die Dinge auf den Kopf stellen. Denn der wesentliche Grund für die Ungleichheiten ist in der Tat in der Arbeitslosigkeit und den ungesicherten Arbeitsverhältnissen zu suchen. Was ist dann eine Kampagne gegen die Ungleichheiten wert, das das Übel nicht an seinen Wurzeln packt? (...)

Tabu des freien Handels
Die Frage der Beschäftigung steht im engen Zusammenhang mit der Frage der sozialen Sicherung, da sie wohl deren Voraussetzung ist, und sie kann auch nicht von der Problematik des Freihandels getrennt werden. Hat die Globalisierung zum Ziel auf planetarischem Maßstab die Arbeit neu zu ordnen, so ist der Freihandel ihr Werkzeug. Nun lassen die leitenden Kreise von Attac schon wieder ein bedrohliches, verhängnisvoll gezwungenes Schweigen bei dieser Frage herrschen. Der Freihandel wird wohl kritisch betrachtet und es ist zu „bekämpfen“, aber es wird nichts Ernsthaftes vorgeschlagen, um es aus der Welt zu schaffen. Die vier Seiten die das Manifest zusammenfassen, gehen so weit, „Dummheiten dieser Art vorzutragen: "Auf den Freihandel zu verzichten, bedeutet auf keinem Fall in einen ängstlichen Protektionismus zurückzufallen sondern die Handelsströme nach dem Prinzip der Solidarität und nach bestimmten Auswahlkriterien zu gestalten.". Das ist waschechte Mundwäsche aber auch die Ablehnung jeglicher Alternative zu Produktionsverlagerungen.
Man muss hinzufügen, dass der Freihandel sowie die Frage der Arbeit auch mit der europäischen Frage in Zusammenhang stehen. Es geht darum, Alternativen zu dem Freihandel zu entwickeln, der zurzeit als globales System für den internationalen Handel und die Beziehungen zwischen den Ländern gilt. Man sollte reinen Wein einschenken und in aller Öffentlichkeit über die Maßnahmen debattieren, die man auf nationaler Ebene zu unternehmen gedenkt, um aus dem Freihandel herauszukommen. Noch deutlicher: man muss über das Austreten Frankreichs aus der WTO debattieren.

Beziehungen zwischen Umwelt und Arbeit
Grundsätzlich sind die Ursachen für die Klimaerwärmung und andere Umweltschäden in der Art der Produktion zu finden. Die Entscheidungen für die jetzige Produktionsart haben weltweit katastrophale Auswirkungen, die Hauptverantwortung dafür trägt die neoliberale Politik.
Daher muss man die Frage des Umweltschutzes und der Reparatur der Umweltschäden mit der Frage der Arbeit verbinden. In der Tat, die Frage der Arbeit darf nicht allein unter dem quantitativen Aspekt betrachtet werden. Die qualitativen Aspekte müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Das heißt man muss folgende Fragen stellen: Warum wird produziert? Was wird produziert? Wie wird produziert? Anders gesagt: die gesamte Gesellschaftsorganisation hängt mit der Arbeit zusammen (lokale Infrastrukturen, Versorgungsunternehmen, Rationalität bei der Standortfrage der verschiedenen Wirtschaftsakteure). Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nicht erreicht werden, wenn man nicht auch über den Inhalt der beruflichen Tätigkeiten nachdenkt, insbesondere über die Beruftätigkeit der fünf Millionen Arbeitslosen, die im Rahmen einer Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Prekariats eine Arbeit finden werden.

Zweite Priorität: die Globalisierung der Finanzmärkte

Dies ist das zentrale Betätigungsfeld von Attac. Dieses Gebiet ist am schwersten zu entziffern und ihr Einfluss auf die Realwirtschaft ist beachtlich. Nun aber, wie für die Beschäftigung, ist die Produktivität des wissenschaftlichen Beirats und von Attac im Allgemeine gleich null. (...) Man musste und man muss immer noch - die Bemerkung gilt ebenso für die Frage bezüglich der Beschäftigung - Argumente, Flugblätter und Lehrmaterialien für die Arbeit der Gruppen vor Ort entwickeln. Dieser einzigen Aufgabe sollten sich die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats widmen.
Es gilt also wichtige Mittel zu mobilisieren um eine breite Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über die Frage der Finanzmärkte durchzuführen. Wie für die Beschäftigung, muss man grundlegende Kenntnisse über die Finanzmärkte vermitteln, die Globalisierung der Finanzmärkte demystifizieren und der Bevölkerung verständlich machen, wo der Spielraum zur Bekämpfung der neoliberalen Globalisierung liegt.
Über diesen Einstieg ist es möglich, Aufklärung über die Finanzierung der Wirtschaft und der sozialen Sicherungssysteme zu betreiben, über das Bankwesen, die Geldmarktpolitik und die Finanzpolitik, über die externen Staatsschulden, die Pensionsfonds, die Hedgefonds, die LBOs, (3) über Fusionen und Firmenkauf, über den Aktienbesitz der Unternehmen, Steuerparadiese, das internationale Steuerwesen, internationale Steuern und die staatliche Entwicklungshilfe. Nicht nur ist die Verbindung zur Beschäftigungsfrage sehr groß - man denke an die famöse NAIRU (4) der Zinspolitik - aber auch zur Frage des Umweltschutzes (zum Beispiel Verschmutzungsrechte, die zum Gegenstand ungezügelter Spekulationen geworden sind). Soviele Themen, bei denen die neoliberale Ideologie dem wissenschaftlichen Beirats mehrere Länge voraus ist.

Die dritte Priorität: der europäische Aufbau

Wir müssen den Schwung der Kampagne zum Referendum 2005 wieder finden. Um dahin zu kommen, ist eine politische Klärung innerhalb von Attac notwendig, da die Diskussion über die «10 Grundsätze » von Attac Europa (wieder einmal leider beschränkt auf die führenden Köpfe) eine sehr klare grundlegende Meinungsverschiedenheit erscheinen ließ. Der Rückschritt dieses Dokuments im Bezug auf das Manifest (5) ist offensichtlich. Hohe Verantwortliche von Attac haben heftig Begriffe verteidigt wie «wirtschaftliche Neutralität» des neuen Vertrages oder einer «europäischen Integration», Begriffe, die bislang dem Vokabular von Attac fremd waren.
Ganz im Gegenteil – Attac muss sich im europäischen Maßstab für eine wirtschaftliche Politik einsetzen, die mit dem Neoliberalismus bricht und darf sich nicht hinter einer juristischen Pseudo-Neutralität verstecken. Von unserer Seite aus gesehen muss der Begriff des «europäischen Aufbaus» den der «europäischen Integration» ersetzen. Attac Frankreich hat sich bis jetzt nicht zugunsten einer «europäischen Integration» geäußert. Die Vereinigung kann nicht für sich ohne Distanz und ohne Vorsicht einen Ausdruck aus dem Vokabular des Brüsseler Systems verwenden. Umso mehr als dieser Begriff im wesentlichen mit der Einrichtung eines Marktes auf europäischer Ebene verknüpft ist, dessen hauptsächliche Etappen der Vertrag von Rom von 1957 war, der den gemeinsamen Markt einführte, die Einheitliche Europäische Akte von 1986-87, die auf einen wirklichen Binnenmarkt abzielte, und der Vertrag von Maastricht, dessen Ziel war, den einheitlichen Markt mit einer einzigen Währung zu vollenden (1993 bis heute).
Attac Frankreich hat sich auch bis heute zugunsten des «einheitlichen Marktes» nicht geäußert. Dennoch erklärt der Entwurf der Erklärung von Attac Europa: «ein einheitlicher Markt ohne politischen Rahmen für Steuern und soziale Fragen ist wie ein Haus ohne Dach» und etwas weiter: «eine koordinierte soziale und steuerliche Politik ist eine Voraussetzung für den einheitlichen Markt». Diese Formulierung kann so verstanden werden, dass Attac nicht nur für den «einheitlichen Markt» ist, sondern ihn darüber hinaus auch mit steuerlichen und sozialen Mitteln verstärken möchte.

Europäistische Tendenzen
Für die heutige Leitung der Vereinigung scheint der europäische Aufbau nur positiv zu sein und Träger von Hoffnung und Stabilität. Das aktuelle Abdriften der EU wäre die Frucht einer wirtschaftlichen Deregulierung, die aber gänzlich durch ein neuerliches Ankurbeln des europäischen Ideals gebremst werden könnte, sich auf das europäische Volk stützend, das schon eine Realität sei. Das souveräne Organ sollte das EU-Parlament sein.
Es ist notwendig, zu vermerken, dass der Tätigkeitsbericht, der den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt wird, vorgibt, dass «das Gründergremium Debatten durchgeführt hat, die wesentlich waren für Attac, dass es Impulse für manche Mobilisierungen gegeben hat, im besonderen über Euro-

pa.» Das ist falsch! Das Gründergremium ist gerade gekennzeichnet durch die völlige Abwesenheit jeglicher «wesentlicher» Debatte. Um sich hiervon zu überzeugen reicht es auf die Internetseite der Vereinigung zu gehen und die seltenen Protokolle ihrer Sitzungen zu lesen. Wenn ein Thema tabu bleibt innerhalb des Gründergremiums dann ist es Europa! Einzelheiten zu den Positionen, die die Gründerorganisationen von Attac über den Verfassungsvertrag für Europa einnahmen, wurden in einem Workshop der Sommeruniversität von Poitiers im August 2005 gegeben: 4 haben aufgerufen, für Ja zu stimmen, 17 haben keine Position ergriffen, 5 haben sich gegen den EVV ausgesprochen ohne aufzurufen, für Nein zu stimmen und 15 haben aufgerufen, Nein zu stimmen. Es war nicht möglich, die Position von drei Gründungsmitgliedern zu erfahren.
Um glaubwürdig zu bleiben, muss Attac seine Kritiken am gegenwärtigen Aufbau Europas fortführen, der in Wirklichkeit ein Aufbau des Neoliberalismus ist. So wurde der Sieg vom 29.Mai 2005 errungen. Diese neue Schlacht Europas kann nicht in den institutionellen Aspekten verbleiben, in die man uns einsperren will. Wir müssen die neoliberalen Politiken ansprechen, die die EU führt, in Sachen Arbeitslosigkeit, Prekarität, Freihandel, des Euros und der Rolle der Europäischen Zentralbank, des Kapitalverkehrs (und der Steuerparadiese), der globalen Steuern, der sozialen Sicherheit, des Öffentlichen Dienstes, der Laizität, der Immigration, der internationalen Zusammenarbeit ... Genau so wie den demokratischen Aspekt, der sich ausdrücken sollte durch eine Petition für das Abhalten eines Referendums. Warum ergreift Attac nicht die Initiative? (6)

Die globale Positionierung von Attac neu bestimmen

Attac hat eine entscheidende Rolle zu spielen. Nur unsere Vereinigung ist in der Lage - zumindest war sie es bis jetzt - im großen Maßstab und global die neoliberale Ideologie " zu delegitimieren". Keine andere Organisation setzt sich dieses Ziel, auch wenn natürlich viele Organisationen Gegner des Neoliberalismus sind und eine wirksame Arbeit in ihrem Bereich leisten. Keine andere Organisation, wirklich keine, setzt sich als HAUPTZIEL, globale und kohärente Alternativen zur neoliberalen Ideologie aufzubauen.
Die Themen Arbeit, Finanzwesen und Europa haben diesen globalen Charakter, weil sie alle anderen Themen integrieren und dem Kampf gegen den Neoliberalismus und für fortschrittliche Alternativen Sinn und Kohärenz geben. Aber dafür müssen die führenden Instanzen von Attac-Verwaltungsrat und wissenschaftlicher Beirat - diese Konzeption der Vereinigung akzeptieren.
Man muss innerhalb von Attac die politische Reflektion weiterentwickeln.
Die politische Reflektion ist unerläßlich und legitim, wenn man den Bürgern helfen möchte, diese selber zu führen. Sie ist grundlegend, wenn man dem Vorgehen, das die altermondialistische Bewegung in Gang brachte, zum Sieg verhelfen will. Diese Reflektionen dürfen nicht die Form einer Konfrontation mit den politischen Parteien einnehmen, auch wenn die Vorwürfe, die man der einen oder anderen macht, je nach den Vorlieben des einen oder des anderen, zahlreich sind. Jedes ausschließende Anti-Parteiliche, sei es zum Beispiel anti-trotzkistisch, anti-sozialistisch oder anti-kommunistisch würde nur die Argumentation durch Polemik ersetzen und die Kräfte zersplittern statt sie zu addieren. Es wird also Zeit, das Verbot einer Debatte innerhalb von Attac über die Macht, die Politik und den Staat zu beenden.
Die altermondialistische Bewegung, indem sie jede wirkliche Diskussion über die Macht verweigert, indem sie auf das zwiespältigen Begriff der Gegenmacht verweist, begünstigt ihre Instrumentalisierung und ihre Schwächung. Mit der Verweigerung, den politischen Fragen ins Auge zu schauen, ist es genauso: wie kann man die Bestrebungen, die aus der altermondialistischen Bewegung entstanden, in die Realität übertragen anders als durch die Reflektion über die Macht, wenn man sich nicht mit frommen Wünschen zufrieden geben will ?
Das Zögern, über den Staat neu zu denken, ist genauso, es ermuntert zu beschwörerischen abstrakten Vorschlägen, statt zu konkreten Alternativen zu kommen, die bis in durchführbare Details gehen.
Die Rolle von Attac ist unersetzlich, um diese Wege einzuschlagen. Denn Attac nimmt dank seiner Aktivitäten für eine breite Aufklärung hauptsächlich auf dem ideologischem Gebiet einen Platz ein - hier gewinnt oder verliert man mittelfristig - und nicht auf dem der Wahlen. Und hier besonders ist Attac dieses einzigartige politische Objekt, das mit großer Effektivität Kampagnen durchführen kann, ohne parteiisch zu werden.
Die Grundlagen sind die Inhalte, nicht die Persönlichkeiten, so charismatisch sie auch sein mögen, und auch nicht die Parteien. Eine klare Analyse der Globalisierung und der neoliberalen Logik muss tief verankert werden in die Bevölkerung. Kohärente und für alle verständliche Alternativen müssen verbreitet werden. Nur Attac kann zur Aktion hinführen, kann den Unterschied ausmachen dank der Qualität seiner Aufklärungsarbeit, die im Land durch die lokalen Gruppen verankert ist.

Aus diesem Grund haben wir den Eindruck, dass die neue Führung von Attac die Vereinigung in einen "Ort der Konvergenz" zwischen den Organisationen der "sozialen Bewegung" umwandeln will, und somit das ursprüngliche Projekt von Attac schwerwiegend verändern. Denn für den Aufbau einer selbstverständlichen, wünschenswerten und notwendigen Konvergenz zwischen Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und sogar politischen Parteien und Abgeordneten ist das Soziale Forum der natürliche Ort. Auf jeder Ebene: örtlich, national, europäisch, weltweit. Attac aber muss Attac bleiben und seine theoretische Arbeit fortsetzen, ohne in einer Wolke von Bündnissen gestört, verwässert, gelähmt zu werden.

Übersetzung: Daniel Clerc, Reiner Schleicher, www.coorditrad.attac.org
http://www.avenirdattac.net/spip.php?article368

Anmerkungen der SiG-Redaktion

(1) *«Avenir d´attac» = Die Zukunft von Attac (www.avenirdattac.net) ist ein Zusammenschluss von Attacies (z.B. Nikonoff, der frühere Attac Präsident). Diese haben für die Wahlen für den Verwaltungsrat vor einem Jahr eine der 4 Listen gebildet (http://www.france.attac.org/spip.php?article6648) Sie haben ein Drittel der Stimmen erhalten, jedoch wegen dem Wahlmodus (Persönlichkeitswahl) nur 4 von 24 Sitzen. http://www.france.attac.org/spip.php?article6796 Diese Attacies haben durch Beiträge und Vorschläge sich öfter sehr kritisch in das Innenleben von Attac Frankreich eingebracht; inzwischen sind sie vom Verwaltungsrat zurückgetreten und das Netz eingestellt „da von den Gruppen und Personen, die die Vereinigung führen, nichts mehr zu erwarten war. Hingegen handeln in vielen Ortsgruppen ehrliche, unabhängige Attacies. Sie konnten diese aktiven Gruppen aufrechterhalten und entwickeln und sie haben auf lokaler Ebene ihre Mobilisierungsfähigkeit behalten. Da ist die Zukunft von Attac. Die noch existierenden Ortsgruppen werden jedoch ihre Dynamik nur behalten können, wenn der Verwaltungsrat von Attac Frankreich starke Impulse für eine kohärente Strategie und für die Präsenz der Organisation auf der nationalen Ebene schafft. Nur eine außerordentliche Mobilisierung der Mitglieder und der Ortsgruppen mit dem Ziel, das Innenleben und die Orientierungen von attac zu beeinflussen, kann heute das Weiterleben der Organisation sichern“ http://www.avenirdattac.net/spip.php?article405.*

(2) *CGT,CFDT,FO= Drei Gewerkschaften*

(3) *= Eine teils mit Fremdkapital gestemmte Übernahme*

(4) *= Die non accelerating inflation rate of unemployment, zu deutsch: „Natürliche“ Arbeitslosenquote)*

(5) *S. Sand im Getriebe Nr.57*

(6) *Die Kritik ist wohl veraltet, s. die Europa-Kampagne, www.france.attac.org*

Tätigkeitsbericht 2006-2007 von Attac Schweiz

Überblick: ein ständiger Zuwachs an neuen Mitgliedern, aber ein Mangel an ständigen AktivistInnen

Zunächst ein paar Zahlen zur Bilanz von Attac Schweiz, um einen besseren Einblick in die Vereinigung zu bekommen. Laut Schätzungen gibt es ungefähr 2500 Mitglieder von Attac Schweiz. Diese Zahl ist in den letzten Jahren mehr oder weniger stabil geblieben und widerspiegelt den Zustand der einzelnen Attac in Europa sehr gut, die, obwohl sie keine Mitglieder verlieren, seit etwa 3 Jahren einen Stillstand verzeichnen. Auf nationaler Ebene zählt Attac Schweiz etwa fünfzig aktive Mitglieder, wobei jedes in seiner Sektion aktiv ist, sowie ca. hundert Mitglieder, die vor allem in den Ortsgruppen aktiv sind. Angesichts der vielen Tätigkeiten, für die sie sich einsetzt, leidet die Vereinigung an einem Mangel an einsetzbaren Personen.
Die Steuerkampagne hat jedoch gezeigt, dass überall dann Mitglieder mobil werden und aktiv teilnehmen, wenn wir eine große Kampagne auf die Beine stellen. Dieses Jahr war für die Vereinigung dennoch schwierig, da mehrere Personen, die bei der Koordination und im Sekretariat sehr aktiv waren, wegen stärkerer Beanspruchung durch studentische oder berufliche Tätigkeiten ihrem politischen Engagement weniger Zeit widmen konnten. Die interne Organisierung von Attac Schweiz wurde durch die Auflösung des nationalen Sekretariats stark erschwert. Dessen Aufgabe war es, die Koordination vorzubereiten und einzuberufen, es war aber auch der Ort der täglichen Koordinierung der Kampagnen und der oft schwierigen und unsichtbaren Verwaltungsarbeit unserer Bewegung. Aufgrund des Rückzugs aktiver Mitglieder sahen sich die wenigen Leute, die den Hauptteil der Arbeit erledigten, gezwungen, die Struktur des Sekretariats vorübergehend aufzulösen, da es in der Tat unmöglich wurde, die Bewegung in kollektiver Verantwortung zu führen. So wurde das Mandat an die Koordination zurückgegeben, die seither diese Rolle ausgeübt hat. Im Anschluss an die interne Aktivistenversammlung, die letzte Woche stattgefunden hat, ist ein neues „Übergangssekretariat" gebildet worden, um eine bessere Führungsarbeit der Vereinigung sicherzustellen. (…)

Mobilisierung gegen den G8-Gipfel und die Europäischen Märsche gegen die Prekarität

Sommerakademie 2006 vom 1.-3. September 2006 Die Sommerakademie mit dem Motto « Generation Prekär » war die erste Veranstaltung zur Großkampagne, die wir zur Frage der Prekarisierung unserer Gesellschaft bis im Juni geführt haben. Die TeilnehmerInnen konnten sich auf vielfältige Weise mit der Thematik auseinander setzen.(..) Auch diesmal schuf sie wieder einen Rahmen für neue Leute, sich mit unseren Forderungen vertraut zu machen, und sich in der Folge aktiv in die Arbeit von Attac einzubringen.

Das Andere Davos, 19 Januar 2007
Die zweite wichtige Veranstaltung zur Kampagne war Das Andere Davos. Titel des internationalen Treffens, das im 2007 zum 7. Mal stattgefunden hat, war « Global prekär? Wie aus Menschen Wegwerfbeschäftigte werden ». Zu den TeilnehmerInnen des hochkarätigen Podiums gehörten die britische Soziologin und Aktivistin Bridget Anderson, Autorin eines Buches über die Arbeit von illegalisierten Migrantinnen in Privathaushalten; die Industriesoziologin und Journalistin Mag Wompel, Redakteurin von LabourNet Germany, dem Treffpunkt der gewerkschaftlichen Linken mit und ohne Job; Marc Bernadot, zuständig für den Schwerpunkt "Lager und Einsperrung von AusländerInnen" beim Wissenschaftsnetzwerk Terra in Paris; Spitou Mendy, Gewerkschafter, der sich für die Rechte der LandarbeiterInnen in Andalusien einsetzt. Eröffnet wurde der Abend mit dem Film Voices in Transit. Wir haben auch beschlossen, die internationalen Proteste gegen die Repressionswelle in Marokko gegen mehr als 300 Immigranten aus Subsahara-Ländern zu unterstützen. Mit über 250 TeilnehmerInnen war der Abend ein großer Erfolg.

Mobilisierung gegen den G8-Gipfel
In Heiligendamm fand zwischen dem 6. und 8. Juni das Gipfeltreffen der acht Großmächte (Deutschland, Kanada, USA, Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien und Russland) statt. Europaweit wurde gegen den Gipfel mobilisiert und Attac war intensiv daran beteiligt. Die Idee, an den Europäischen Märschen gegen die Prekarität teilzunehmen, entstand anlässlich des Europäischen Sozialforums in Athen im Mai 2006. Sie wurde an der letzten Generalversammlung von Attac Schweiz vorgestellt. Gemeinsamer Endpunkt der Märsche, die von vier Ecken Europas starteten, war der G8-Gipfel in Rostock.
Unsere Ziele gingen allerdings über die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel hinaus: Im Rahmen der kollektive Mobilisierung wollten wir auch gegen die Unterordnung der ArbeitnehmerInnen unter die Gesetze des Freihandels protestieren und zudem die Zusammenhänge zwischen Präkarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen einerseits und der neoliberalen Politik andererseits aufzeigen. Und schließlich ging es uns darum, deutlich zu machen, dass wir den Diskurs über "soziale Gerechtigkeit" in der Schweiz in Zukunft maßgeblich mitgestalten werden, und dass wir die Solidarität, die von der neoliberalen Politik ausgehöhlt wird, Schritt für Schritt wieder aufbauen müssen. Damit legen wir das Fundament für eine andere Welt.

Die Märsche gegen Prekarisierung in der Schweiz vom 20. bis zum 26. Mai 2007
In der Schweiz sind die Märsche von einem breitgefächerten Kräftebündnis organisiert worden, insbesondere von Attac, der Gewerkschaft Unia und einzelnen MigrantInnen- und Arbeitslosenvereinigungen. Die Mobilisierungen begannen mit einer Kundgebung auf den Genfer Quais und einem großen Fest am Abend des 19. Mai. Der Marsch im eigentlichen Sinn hat sich am 20. Mai vom WTO-Gebäude in Genf aus in Bewegung gesetzt, um den Zusammenhang zwischen Liberalisierung der Märkte, Entindustrialisierung, Vernichtung des Bauerntums und Massenarbeitslosigkeit aufzuzeigen. (…) In jeder Stadt wurden Ereignisse rund um die Themen Prekarisierung, Migration und ungesicherte Lebensgrundlagen organisiert. So stand der Themenbereich Arbeitsrecht im Mittelpunkt der Genfer Mobilisierungen, Nyon hat eine Abendveranstaltung und eine Ausstellung zum Thema der ungesicherten Lebensgrundlage bei den LandarbeiterInnen organisiert, mit einer kontrovers geführten Debatte zwischen Valentina Hemmeler, Philippe Sauvin und John Dupraz. Ein Bühnenstück von Dario Fo wurde in Renens aufgeführt, die ungesicherten Lebensbedingungen der Jugendlichen war dagegen in Lausanne durch eine Kundgebung und eine Abendveranstaltung in den Blickpunkt gerückt. (…) Eine Person hat mit den Europäischen Märschen die Strecke bis Rostock fortgesetzt. Die Bilanz dieser Kampagne ist zwiespältig: Einerseits haben wir eine gute Netzwerkarbeit geleistet, Verbindungen zu den Migranten-, Künstler-, Arbeitslosen-, Studentenvereinigungen, den Gewerkschaften und Parteien geschaffen. Die Leute sind zusammengekommen und haben eine gemeinsame Arbeit begonnen. Wir haben auch grenzüberschreitende Verbindungen mit Vereinigungen geschaffen, die mit dem benachbarten Frankreich oder mit Süddeutschland arbeiten. Dennoch ist das eigentliche Ziel dieser Mobilisierung, die prekär Lebenden anzusprechen und sie zu mobilisieren, nur in geringem Maß erreicht worden. Unsere Mobilisierung war also nur ein erster Schritt einer langfristigen Arbeit. Im Unterschied zu Frankreich beispielsweise, gibt es in der Schweiz nur vereinzelt Vereinigungen, in denen sich ungesichert Lebende zusammenschließen. Sie organisieren nur wenige Kundgebungen und können sich

nicht auf längeren Erfahrungen von Kämpfen und Widerstand stützen. Diese Mobilisierung sollte als Ausgangspunkt dienen und als erste Kontaktaufnahme angesehen werden. In den letzten Jahren häuften sich Hinweise, die parallel zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen erste Zeichen von Widerstand gegen die von der neoliberalen Politik generierten Mechanismen erkennen ließen (Kampf der Streikenden der Boillat zum Beispiel). Es würde sich lohnen, diese Arbeit weiterzuverfolgen. Aber liegt es an unserer Vereinigung, sie umzusetzen?

Der G8-Gegengipfel vom 1. bis 8.Juni 2007

Die Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel haben in Norddeutschland vom 1.bis 8. Juni stattgefunden. Für Tausende von AktivistInnen war das eine intensive Zeit.(…) Die AktivistInnen, die aus ganz Europa und von weiterher kamen, aus den verschiedensten Vereinigungen, Bewegungen, Parteien oder Gewerkschaften, haben sich am 2.Juni in Rostock an der Ostsee getroffen. Attac Schweiz hat aus diesem Anlass eine große Mobilisierung mit dem Netzwerk Dissent! gestartet. Wir haben am Kartenverkauf für den Zug teilgenommen, den Attac Deutschland für die Fahrt nach Rostock organisiert hat. Die Mobilisierung in der Schweiz war gut und wir konnten es mehr Leuten als vorgesehen ermöglichen, mit dem Zug nach Rostock zu fahren, Fahrkarten mussten sogar nachbestellt werden. Andererseits mussten wir auf die Ankündigung reagieren, die wir einen Tag vor der Abreise erhielten, dass 15 Polizisten mit dem Zug mitfahren würden. Da wir dagegen waren, haben wir die Entscheidung der deutschen Polizei in einer Pressemitteilung bekannt gegeben und somit auf die Polizei Druck ausgeübt, damit sie nachgibt. Schließlich haben nur zwei Personen der Polizei an der Fahrt teilgenommen.
Die Mobilisierungen vor Ort sind für die Mitglieder von Attac Schweiz gut gelaufen, trotz den Unruhen bei der großen Demonstration, von denen die Medien ausführlich berichtet haben. Im Anschluss an diesen Ereignissen wurde die Gewaltfrage bei den TeilnehmerInnen des Gegengipfels intensiv diskutiert. Es ist sicher wichtig, diese Diskussion fortzusetzen. Wir erhoffen uns dadurch Lösungsstrategien für den Umgang mit Gewalt bei Demonstrationen.
Weitere Höhepunkte dieser Woche waren die Massenblockaden. Sie waren im Voraus seit mehr als anderthalb Jahren durch die Koalition Block G8 organisiert worden. Aus einem harten Kern von Personen bestehend, die Erfahrungen bei den Blockaden der Nukleartransporte gesammelt hatten, hat der Block G8 eine große Rundreise durch verschiedene europäische Länder organisiert, um das Konzept und das Ziel der Blockaden vorzustellen. Diese Blockaden waren ein großer Erfolg: die Zufahrtswege zum G8-Gipfel waren praktisch während der ganzen Dauer des Gipfeltreffens blockiert, wobei alles im Geist großer Solidarität vonstatten ging, ohne dass Gewalt zu beklagen gewesen wäre. Die EinwohnerInnen der Dörfer der Umgebung haben, ebenfalls auf ihre Weise, diese Blockaden unterstützt. Sie brachten uns Lebensmittel, Wasser und boten Fahrdienste an, manche über mehrere Stunden, um die Aktivisten in ihre Camps zurückzubringen. Warum, so kann man sich fragen, hatten diese Blockaden so einen Erfolg? Warum sind an den Folgetagen Leute aus allen Ecken Deutschlands gekommen, um daran teilzunehmen? Wohl, weil die Blockaden für skeptische Menschen einen Sinn machen. Sie glauben nicht mehr an die von oben verordnete Politik, noch an die Möglichkeit, sie auf demokratischem Wege zu verändern. Sie suchen nach einem friedlichen Mittel, um eine Veränderung zu fordern.

Drei Tage für den öffentlichen Dienst in Genf

Am letzten Wochenende im Oktober 2006 haben in Genf zwei wichtige Treffen zum öffentlichen Dienst stattgefunden.

Zum GATS-Abkommen, die internationale Konvention der lokalen Gemeinden zur Förderung des öffentlichen Dienstes vom 28. bis 29. Oktober 2006

Die aktiven Mitglieder von Attac Schweiz, insbesondere diejenigen von Attac Genf, und die Nachbarn von Attac Frankreich haben dieses Event gemeinsam organisiert, das gewählte Vertreterinnen und Vertreter von weltweiten sozialen Bewegungen und Gewerkschaften versammelt hat, um über den öffentlichen Dienst zu debattiert. Diese Veranstaltung ist die dritte dieser Art, nach dem „États généraux“ der Kollektive der Gemeinden außerhalb des GATS (2004 in Bobigny, bei Paris), und die europäische Konvention der lokalen Kollektive zur Förderung des öffentlichen Dienstes (2005 in Lüttich, Belgien). Ca. 200 Menschen (davon fast ¾ lokale gewählte Vertreterinnen und Vertreter) aus einem Dutzend Länder (im wesentlichen Westeuropa und Quebec) haben sich in Genf getroffen. Qualitativ hochwertige Zeugnisse und Diskussionen fanden darüber statt, wie man einen qualitativ hochstehenden öffentlichen Dienst fördern kann, trotz der neoliberalen Welle, die heutzutage fast alle europäischen Regierungen erfasst hat.

Verglichen mit den Erwartungen, war die Beteiligung relativ enttäuschend, nicht was die Anzahl anbelangt, jedoch die geografische Herkunft der Vertreterinnen und Vertreter. 90% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus fünf Ländern (Frankreich, Italien, Kanada/Quebec, Belgien, Schweiz). Davon war die Mehrheit aus Frankreich. Einige wenige kamen aus sieben anderen Ländern (Österreich, Deutschland, Finnland, Norwegen, Südafrika, Neuseeland, Niederlande). Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter kamen ausschließlich aus Frankreich, Belgien, Italien und nur vier bis fünf aus der Schweiz. Dieses relativ negative Ergebnis lag an zwei Aspekten.
Der erste ist ein praktischer Grund: Die Initiative, diese Veranstaltung in Genf abzuhalten, kam von der Stadt Genf selbst. Sie hatte den Vorschlag Gérard Scheller von Attac Genf gemacht, einer der beiden Schweizer Delegierten in Lüttich. Es hat sich im nachhinein herausgestellt, dass die Stadt Genf ihre Begeisterung ein wenig eingebüßt hatte und dass das lokale Organisationskomitee, das mit einer breiten öffentlichen Unterstützung gerechnet hatte, auf ehrenamtlicher Basis und mit sehr begrenzten Mitteln arbeiten musste.
Der zweite Grund ist politisch und aktivistisch: Das internationale Leitungskomitee dieser Veranstaltung, das zum Teil aus den vorangegangenen Auflagen hervorgegangen ist, war hinsichtlich der Gemeinden relativ begrenzt und zu wenig repräsentativ. Es ist möglich, dass eine nächste europäische Auflage im Laufe des Jahres 2008 in Wien (Österreich) stattfinden wird.

Das europäische Netz für den öffentlichen Dienst

Dieses Netzwerk ist eine Initiative, die aus dem europäischen Sozialforum von Athen hervorging (Mai 2006) und ursprünglich Gewerkschaften und Vereinigungen aus Frankreich, Italien, Österreich, Belgien vereint hat. Es war ursprünglich im Unterschied zur Veranstaltung durch die mehrheitliche Anwesenheit von gewählten Vertreterinnen und Vertretern mit einem "institutionellen Aspekt" ausgestattet. Das erste Ziel war es, die Idee des öffentlichen Dienstes auf europäischer Ebene sichtbarer zu machen und die erste Stufe dafür soll ein europäisches Sozialforum des öffentlichen Dienstes sein, was eines der ersten thematischen Sozialforen dieser Tragweite sein wird. Am 27. Oktober fand in Genf die erste Versammlung des Netzwerkes statt, das gemeinsam mit Attac Schweiz organisiert wurde. Zwischen fünfzig und sechzig AktivistInnen aus Gewerkschaften und Bewegungen aus ca. 15 europäischen Ländern hatten sich versammelt. Das Forum wird schließlich am 5. und 6. Dezember 2007 in Brüssel stattfinden. Attac Schweiz hat sich teilweise aus der Organisation zurückgezogen, da es nicht genügend Kapazitäten seitens der AktivistInnen gab.

Attac Europa

Nach einem Jahr interner Krise, befindet sich Attac Frankreich wieder in einer stabilen politischen Lage. Der Lösung dieser schwierigen Situation lag Attac Schweiz

sehr ans Herz. Obwohl wir nicht direkt in diese Situation verwickelt waren und wir in der Krise neutral geblieben sind, war es uns wichtig, dass Attac Frankreich seine politische Stabilität wiedergewinnt. Im Januar hat das neue Büro von Attac Frankreich, um an das Vertrauensverhältnis mit den lokalen französischen Komitees wieder anzuknüpfen, die Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Verbände von Attac eingeladen, an der CNCL (coordination nationale des comités locaux, Nationale Koordination der lokalen Komitees) in Paris teilzunehmen. Attac Schweiz hat zusammen mit Attac Deutschland, Spanien, Italien und Österreich daran teilgenommen. Durch diese Momente der Diskussion konnten wir neue Kooperationen zwischen den französischen lokalen Komitees und den anderen europäischen Ländern erreichen. Insbesondere hinsichtlich des Themas der Euromärsche gegen die Prekarität.

Die Beteiligung am europäischen Netz der Attac Verbände findet vor allem über die Seminare von Attac Europa statt. 2006 hat Attac Schweiz am Seminar von Catania in Sizilien vom 10. bis 13. Dezember teilgenommen.(…) Die großen internationalen Treffen sind dazu geeignet, sich zu vereinen und gemeinsame Kampagnen zu koordinieren. Wir haben uns so auch mehrmals in Rostock getroffen, um über wichtige Themen auszutauschen, wie die Attac Sommeruniversität, die 2008 in Saarbrücken, Deutschland stattfinden soll. Dieses Ereignis wird auf die gesamte Bewegung Auswirkungen zeigen, denn es wird eine ideale Gelegenheit werden, um die politischen Ideen und Traditionen von Attac in den verschiedenen Ländern einander gegenüber zu stellen. Und schließlich hat das Treffen in Rostock ebenso für die unterschiedlichen Attac Verbände in Europa gemeinsame Pressearbeit während dieser Tage ermöglicht, wodurch eine gute Anzahl von Pressemitteilungen an verschiedenen Ländern gerichtet und von uns gemeinsam unterzeichnet wurden. Dies zeigt, dass zwischen unseren verschiedenen Vereinen Kohärenz besteht. Andererseits gibt es zum ersten Mal ein gemeinsames Buchprojekt aller Attac-Verbände in Europa zu einem vorgegebenen Thema, das sich aus dem Attac Europa Netzwerk während des Seminars in Madrid ergeben hat. Attac Schweiz hat an der Redaktion der ersten beiden Hefte zur europäischen Frage und zur Frage der Migration teilgenommen. Diese beiden Werke werden zunächst im Internet verfügbar sein und vielleicht zukünftig veröffentlicht werden.

Mobilisierung gegen den Krieg

Verschiedene Sektionen von Attac Schweiz haben weiterhin gegen den Krieg im Nahen Osten mobilisiert und damit Verbindungen zu anderen Kriegen in der Welt geschaffen. Verschiedene lokale Mobilisierungen (Demos, Filmvorführungen) und Artikel im Angles d'Attac haben sich daraus ergeben.

Feministische Kommission

(…) Ihr Ziel ist, die Attac-Mitglieder mit den feministischen Themenbereichen vertraut zu machen, die Grundlagen über die Auswirkung der neoliberalen Globalisierung auf die Lebensbedingungen der Frauen zu erarbeiten und schließlich das gesammelte Material für eine Veröffentlichung in Form zu bringen.
An den Treffen der Kommission, die seit der letzten GV von Attac Schweiz 4 Mal zusammengetreten war, nehmen im Durchschnitt etwa zehn Personen teil. Die dieses Jahr durchgeführten Tätigkeiten waren sehr reichhaltig: eine vielbesuchte Konferenz zur den an Frauen verübten Gewalttaten, (..), die weitergeführte Hinarbeitung auf die Veröffentlichung von Artikeln von Attac zu verschiedenen Themen: Frauenmigration, die Ungleichbehandlung im Schweizer Zivilrecht, der feministische Fundamentalismus und die Laizität, Frauen und Armut, das Bild der Frau und das des Feminismus. Schliesslich hatte die Kommission auch Gelegenheit zu einem Treffen mit zwei Reporterinnen der Nouvelles Questions Feministes (Neue feministische Fragen), die in der Nr. 26 von Perspectives féministes et sciences économiques (Feministische Perspektiven und Wirtschaftswissenschaften) unter dem Titel Commission féministe d'Attac Suisse : Les femmes à l'attaque !(Die feministische Kommission von Attac Schweiz: Die Frauen im Anmarsch!) einen zweiseitigen Artikel über die Kommission erscheinen liessen.

Die Kommission beabsichtigt, künftig innerhalb der Initiative gegen den Gebrauch von Schusswaffen aktiv zu werden, die jedes Jahr zahlreiche Unfälle verursachen, von denen Frauen betroffen sind.

Die Steuerkampagne

Mit dem Thema Steuern hat Attac eines seiner Kernthemen in einer breit angelegten Kampagne wieder aufgegriffen. Dabei konnte sich die Steuerkommission inhaltlich auf die im Vorjahr produzierte hervorragende Attac-Publikation „Kassenkampf“ basieren. Themen wie internationale Steuerflucht, Ungerechtigkeiten des Schweizer Steuersystems und die Unternehmenssteuerreform II (UStRII) standen im Mittelpunkt. Die Steuerkommission hatte sich entschieden, seine Kampagne in zwei Phasen zu strukturieren, wobei die erste abgeschlossen ist und die zweite in Form einer Motion der GV vorliegt.
In den letzten Monaten wurden die Prioritäten auf die Herstellung von Materialien, auf die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die UStRII und auf die inhaltliche Ausbildung interessierter AktivistInnen gesetzt. Verschiedene Flugblätter und Artikel informierten die Öffentlichkeit und die Mitglieder von Attac über die steuerrelevanten Diskussionen in der Schweiz. Um die UStRII im Detail zu besprechen, verfasste die Steuerkommission eine Spezialausgabe von Angles d'Attac, die auch im ATTACTUELL beigelegt wurde. Eine 30-seitige Broschüre, die alle Themengebiete der Steuerkampagne abzudecken versucht, wurde ebenfalls verfasst. Vania Jaikin, drehte im Auftrag von Attac den Film Permis d'évader (deutscher Titel wurde noch nicht festgelegt), der in einer kopierten Rohfassung und ohne Untertitel zum Kauf vorliegt. Dieses ambitiöse Projekt, bei dem mehrere AktivistInnen von Attac eng beteiligt waren, darf als sehr gelungen bezeichnet werden und die Vulgarisierung unserer Inhalte erheblich erleichtern.

Eine symbolische Aktion vor dem Bundeshaus mit stilisiertem Steuerparadies und Verkleidung trug dazu bei, dass wir unsere Anliegen auch bildlich umsetzen konnten und war ausserdem ein Heidenspass.

Die Steuerkommission nahm sich ausserdem vor, 5000 Unterschriften für das Referendum gegen die UStRII zu sammeln, die Attac die Legitimation und die Öffentlichkeit bringen sollen, sich intensiv in die öffentlichen Diskussion zur Schweizer Steuerpolitik einzumischen. Mit 5090 beglaubigten Unterschriften konnte Attac genau diesen Beitrag leisten.

Obwohl, en gros, die Minimalziele der ersten Phase der Steuerkampagne erreicht wurden, gibt es einige kritische Punkte anzumerken. Obwohl die Steuerkampagne vor einiger Zeit in einem breiten Konsens aller Sektionen entschieden wurde, war die lokale Unterstützung zuweilen eher zögerlich, was dazu führte, das Aktionen und Anlässe zum Thema, sowie Unterschriftensammlungen nicht in allen Attac-Sektionen aktiv durchgeführt werden konnten. Zudem wurde festgestellt, dass nur sehr wenige der nichtaktiven Mitglieder zu einem solchen Thema (oder überhaupt) mobilisiert werden können, so sandten nur die wenigsten die in Angles d'Attac oder ATTACTUELL beigelegten Unterschriftsformulare zurück.

http://www.schweiz.attac.org/Tatigkeitsbericht-2006-2007-von

Kampagne zur Steuergerechtigkeit:
http://steuergerechtigkeit.wordpress.com/category/deutsch/

Kein Lohn unter 10 €!



„Wie hoch müsste Ihr Lohn mindestens sein, damit Sie noch bereit wären, dafür zu arbeiten?"
Das wurden Anfang 2006 rund 11.000 Erwerbslose gefragt.
Sie nannten einen Stundenlohn von mindestens 6,80 € netto, d.h. umgerechnet ca. 10 € brutto. (Stefanie Bender u.a. Was muten sich Arbeitslose zu? IAB DiscussionPaper No.23/2007, 22)
Die gängigen Mindestlohnforderungen liegen alle darunter. Sie berücksichtigen offensichtlich nicht die Vorstellungen von LohnarbeiterInnen.
Ein Alleinstehender hätte mit 10 € brutto einen Nettomonatslohn von 1.122 € (bzw. 1.670 € brutto bei 38,5 Stunden die Woche und 14% Krankenversicherungsbeitrag).
Dieser Betrag liegt

- rund 20% über dem Alg II-Niveau eines vollzeiterwerbstätigen Alleinstehenden (im Durchschnitt 942 €: 347 € Regelsatz + 315 € Warmmiete + mindestens 280 € nicht als Einkommen angerechneter Freibetrag vom Erwerbseinkommen),
- rund 20% über dem Betrag, der als Armutsrisikogrenze in Deutschland gilt (938 €),
- rund 13% über dem Betrag, der bei einem Alleinstehenden nicht gepfändet werden darf (989,99 €).

10 € brutto
– immer noch ein Niedriglohn
International gelten als Niedriglohn zwei Drittel des Wertes, der von der Hälfte aller Bruttolöhne erreicht wird. Danach ist ein Bruttolohn von 1.670 € ein Niedriglohn. (T. Kalina, C. Weinkopf, Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland, IAT-Report 2006/03, 3)

10 € reichen nicht,
wenn man Kinder hat
10 € brutto decken selbst bei einer Gesamtarbeitszeit der Eltern von 66,5 Stunden in der Woche nicht die vollen Unterhaltungskosten einer vierköpfigen Familie auf Hartz IV-Niveau.
Beispiel: Familie Müller hat zwei Kinder unter 18. Bei einer durchschnittlich als angemessen anerkannten Warmmiete von 488 € haben sie je nach Alter der Kinder einen Alg II-Bedarf zwischen 1.529 € und 1.669 €. Wenn Frank M. 38,5 und Eva M. 28 Stunden die Woche für 10 € brutto die Stunde arbeiten würden, würde ihr Nettolohn zusammen 1.976 € (Steuerklasse III/V) betragen. Von Frank M.'s Lohn werden 310 €, von Eva M.'s Lohn 280 € nicht als Einkommen angerechnet. Angerechnet werden also nur 1.386 € (1.976 € - 590 €). Je nach Alter der Kinder hätten sie allein mit ihren Nettolöhnen (d.h. ohne Kindergeld) noch einen Alg IIAnspruch zwischen 143 € und 283 €.

10 € brutto
– knapp an der Armutsrente
10 € brutto ergeben (bei 38,5 Wochenstunden) einen Jahresverdienst von 20.040 €. Das entspricht nur etwa 68% des gegenwärtigen durchschnittlichen Bruttojahresentgelts.
Pro Versicherungsjahr würden damit in Westdeutschland 68% des gegenwärtigen Rentenwerts von 26,27 € oder rund 18 € erzielt.
Bei 40 Versicherungsjahren erreichen Männer eine Rente von 720 €, Frauen bei 30 Jahren eine Rente von 540 €.

All das zeigt:
Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 € ist äußerst bescheiden!

Arbeitgeber: Wer von seinem Lohn leben will, macht sich arbeitslos
Arbeitgeber interessieren sich nicht dafür, ob man von seinem Lohn Miete zahlen, Kinder ernähren oder eine ausreichende Rente erarbeiten kann. Sie kaufen die Ware Arbeitskraft, um Gewinne daraus zu erzielen. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde die Rendite des Kapitals schmälern. Die Arbeitgeber- Propaganda verschleiert die Profitgier und nennt den gesetzlichen Mindestlohn "beschäftigungsfeindlich". Lohnabhängige, die danach streben, über den Lohn das soziale Existenzminimum zu decken, machen sich angeblich selbst arbeitslos.
Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) kämpft, solange es geht, gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, damit Unternehmen ungehindert Löhne unterhalb des Existenzminimums zahlen und Arbeitskräfte auf staatliche Lohnzuschüsse z.B. über Hartz IV verweisen können. Auch Kombilöhne erhöhen die Prozentsätze der Renditen.

Arbeitslosigkeit
wegen zu hoher Löhne?
Arbeitgeber behaupten, dass die Massenarbeitslosigkeit nur eine Folge zu hoher Löhne sei. Schon bei einem Armutslohn von 7,50 € malen sie das Drohbild Hunderttausender Arbeitsloser an die Wand. (BDA kompakt, Juli 2007)
Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten jedoch ist in Deutschland von 29,5 Mio. im Jahre 1991 auf 23,2 Mio. im Jahr 2006 gesunken (IABKurzbericht 5/2007, 8), obwohl es keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt und die Nettoreallöhne im Durchschnitt gesunken sind. (FAZ 25.09.2007, 11)



Die Nachfrage nach Arbeitskraft sinkt eben nicht wegen zu hoher Löhne. Sie sinkt aufgrund technischer Fortschritte und höherer Produktivität, aufgrund von Fusionen und Kapitalexport in profitablere Auslandsmärkte und aufgrund des wachsenden Drucks von Finanzanlegern. Sie sinkt nicht zuletzt auch aufgrund von Krisen, mit denen die Überproduktion von Waren und Kapital alle Jahre wieder vernichtet wird. Das daraus folgende Überangebot an Arbeitskraft, d.h. die wachsende Arbeitslosigkeit, erlaubt es dann Arbeitgebern, das Lohnniveau immer mehr unter das Existenzminimum zu drücken.
Um dieser Rücksichtslosigkeit der Käufer der Ware Arbeitskraft Schranken zu setzen, brauchen wir dringend einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens zehn Euro.

www.klartext-info.de



Gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro statt Kombilöhne und Lohnsubventionen mit Hartz IV!